

darauf an, diesen amtlichen Stimmzettel zu verhindern, denn Sie würden mit der Auflösung des Landtages die Legislaturperiode ja nur um zwei Monate verkürzen. Wenn es zur Auflösung des Landtages käme, würde damit gleichzeitig der amtliche Stimmzettel fallen. Und nur weil Sie gegen diesen amtlichen Stimmzettel sind, haben Sie die Auflösung beantragt und nicht aus einem anderen Grunde. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Die Gründe werden anderwo liegen!“) Weil wir die Durchsetzung des amtlichen Stimmzettels erreichen wollen und auch erreichen werden! (Lebhafter Beifall bei der WdU.)

Landeshauptmann **Krainer**: Zur tatsächlichen Berichtigung! Ich möchte festhalten, daß das Wort „Abruzzenräuber“ oder „Raubritterschloß im Mittelalter“ sehr wohl als Beispiel gefallen ist, aber gegen niemanden gerichtet war, weder gegen die SPÖ noch gegen die WdU. Von einem Überfall war ja die Rede, berechtigt die Rede, von jenem Überfall nämlich, daß dieser Stimmzettel in drei Stunden, wie am 18. September vorgesehen, beschlossen werden sollte. Das war ein Überfall, das war eine Methode nach Art der Abruzzenräuber oder Raubritter. (Abg. R ö s c h: „Also doch Abruzzenräuber!“) (Zwischenrufe!) Die Tatsache, daß Sie uns überfallen haben, ist nicht wegzuleugnen, denn ein Regierungsmitglied hat in der Regierungssitzung erklärt, in drei Stunden sei dieser Ihr Vorschlag erledigt. Das muß uns zu denken geben. Und in diesem Zusammenhang sind diese Ausdrücke gefallen, die aber gegen keine Person gerichtet waren, sondern nur als Beispiel gebraucht wurden.

Ich möchte noch bezüglich der Behauptung des Herrn Vizepräsidenten Scheer, ich hätte ihn einen Anarchisten genannt, feststellen, daß diese Behauptung unwahr ist. Ich habe auf die Begründung, man wolle damit die kleinen Parteien fördern, erklärt, daß man damit auch Anarchie erzeugen könne, weil man durch diese Förderung 20 und mehr Parteien die Möglichkeit gibt, Wahlvorschläge einzureichen. Diese Splitterparteien haben letzten Endes nichts anderes zu tun, als ihre Stimmzettel auf Kosten des Steuerzahlers drucken zu lassen und als wahlwerbende Parteien aufzutreten. Sie tragen auf diese Weise zur Verwirrung bei. In diesem Zusammenhang habe ich davon gesprochen, daß man mit diesem Vorschlag eher anarchistische Zustände hervorrufen als kleine Parteien fördern könne. Es könne auch die Atomisierung einer Partei bedeuten. Ich bitte mit Vorwürfen etwas vorsichtiger zu sein oder aber, wenn die Herren es für zweckmäßig befinden, das Protokoll herbeizuschaffen, das diese Dinge vermerkt hat. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Rösch**: Zur Geschäftsordnung! Nachdem mehr als 10 Redner den Standpunkt des Klubs der ÖVP vertreten haben, halte ich dies für ausreichend. Ich stelle daher gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung den Antrag auf Schluß der Wechselrede.

Präsident: Es wurde der Antrag auf Schluß der Wechselrede gestellt, ich lasse darüber abstimmen und bitte die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist a n g e n o m m e n.

Nach § 36 unserer Geschäftsordnung steht nach dem Schluß der Wechselrede es jeder Gruppe zu, einen Redner zu nennen, der noch zur Debatte das Wort ergreift.

Abg. **Dr. Kaan**: Ich bitte, die Sitzung zu unterbrechen, damit unserer Fraktion Gelegenheit gegeben ist, einen Redner namhaft zu machen.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde.

(Die Sitzung wird um 11.05 Uhr unterbrochen und um 11.30 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ersuche um Bekanntgabe der beiden Redner.

Abg. **Scheer**: Hohes Haus, ich gebe bekannt, daß die Proredner der Auffassung sind, Ihre Meinung hinreichend dargelegt zu haben und verzichte auf die Namhaftmachung eines Redners.

Abg. **Dr. Kaan**: Ich schlage den Herrn Abg. Hegenbarth vor.

Abg. **Hegenbarth**: Hohes Haus! Von Seite unserer Gegner ist heute mehr als einmal der Vorwurf erhoben worden, daß die Abgeordneten der ÖVP eine Art Obstruktion betreiben und versuchen, mit bisher nicht üblichen Mitteln die sachliche Arbeit des Landtages zu hemmen und was sonst noch alles an Vorwürfen erhoben wurde. Ich finde es nun für notwendig, namens der Fraktion der ÖVP hiezu einige grundlegende Worte zu sagen: Es ist sehr bedauerlich, und niemand bedauert es mehr als unsere Fraktion, daß im Laufe der letzten Tage und Wochen eine gewisse Verschärfung in das politische Leben unseres Landes gekommen ist. Wir fühlen uns an dieser Verschärfung unschuldig, weil unsere heutige Reaktion die Antwort ist auf gewisse Methoden, die von der Gegenseite angewendet worden sind.

Es hat uns überrascht, daß im Gemeinde- und Verfassungsausschuß bei der Beratung der Vorlage betreffend den amtlichen Stimmzettel der Abg. Taurer, obwohl er dem größten Teil der Beratungen fern geblieben ist, auf eine Anregung des Herrn Landeshauptmannes, zu versuchen, im Wege von Parteiverhandlungen der Schwierigkeiten Herr zu werden, erklärt hat, Parteienverhandlungen kämen nicht in Frage. (Rufe: „Hört, hört!“ bei ÖVP), (Abg. **Dr. Kaan**: „Apparatschiki-Methoden!“) Ein derartiges Vorgehen gegenüber dem ersten Beamten des Landes war bisher in der steirischen Landespolitik gelinde gesagt ungewohnt. Aber der Herr Abg. Taurer hat schon bei anderen ähnlichen Gelegenheiten im Laufe des heurigen Jahres eine ähnliche Taktik bewiesen. Wir erinnern an den Vorfall beim Blindengesetz, wo der Herr Abg. Taurer aus einer gewissen Verkennung der Kritik des Abg. Rainer impulsiv aufgestanden ist und den bekannten Antrag gestellt hat. Die erstaunten Gesichter selbst seiner eigenen Parteifreunde (Abg. **Rösch**: „Erfreuten Gesichter!“) haben uns gesagt, daß sich der Abg. Taurer wieder einmal ein Bravour-

stück geleistet hat. Er kann es sich auch leisten auf Grund seiner Stellung als Landespartei sekretär. Ein derartiges Vorgehen stellt einen Bruch der bisherigen Übungen dar und wird auch von der Gegenseite als Faustschlag empfunden. Über die Folgen darf man sich dann nicht wundern. Der Abg. Taurer hat sich in seiner gestrigen Rede, die etwas müde war, versucht, die OVP der Illoyalität zu beschuldigen. Er hat Vergleiche angeführt mit der ersten Session des Landtages 1945 und hat der OVP die Zensur „gut“ in der Demokratie gegeben, dann aber behauptet, daß wir uns im Laufe der Jahre sehr verschlechtert hätten.

Ich will einige Jahre zurückblicken und auch über die Haltung Ihrer Partei uns gegenüber einige Worte sagen: Loyalität, Korrektheit und gute Zusammenarbeit, eine gewisse Kameradschaftlichkeit aller politischen Parteien sind Sachen, die auf Gegenseitigkeit beruhen. (Abg. Taurer: „Sehr richtig!“) Wenn wir von der OVP immer wieder die Beweise erhalten, daß dieser Wille zu einer sachlichen und loyalen Zusammenarbeit auf der Gegenseite nicht besteht, so bitte, wundern Sie sich nicht darüber, wenn wir mißtrauisch sind. Wir müssen mißtrauisch sein, denn Sie haben bisher seitens Ihrer Partei bei jeder Wahl versucht, uns durch irgendwelche Winkelzüge zu schaden und die Wahl zum Nutzen Ihrer eigenen Partei zu beeinflussen. (Gegenrufe bei SPO.)

Im Jahre 1949 hat Ihr Parteifreund, Innenminister Helmer, alle Kräfte angespannt, um doch noch den VdU rechtzeitig wahlreif zu machen. Er hat Ihnen keine Freude bereitet, denn Ihre Hoffnung, daß dieser VdU als zweite bürgerliche Partei die Volkspartei soweit schwächen würde, daß Sie die erste Partei im Staate werden, hat sich nicht erfüllt. Der VdU hat Ihnen mindestens so viele Stimmen weggenommen wie uns. (Zwischenruf: „Mehr!“) Der VdU war dann die „Nazipartei“ und man kann in den stenographischen Protokollen aus der damaligen Zeit nachlesen, daß Sie in mehr oder weniger versteckter Form den Abgeordneten des VdU vorgeworfen haben, er sei nichts anders als wie 1945. 1953 war der VdU bereits vollkommen uninteressant für Ihre Partei, denn da hatte sich eine neue Partei, die sogenannte Christlichsoziale Partei gebildet, die von einigen Ehrgeizlingen gegründet worden war. Sie haben von dieser Partei die Zersplitterung der OVP erwartet und ihnen die Flugblätter und Stimmzettel gedruckt. Sie haben diese Förderung abbrechen müssen, Sie haben Pech gehabt. Nun sind all diese Mittel ausgegangen und nun versuchen Sie es auf eine andere Weise.

Meine Herren, ich möchte hier unzweideutig feststellen: Wir sind fest überzeugt, daß unsere Wähler nicht unintelligenter sind wie die Ihren. (Abg. Sebastian: „Das hat auch niemand behauptet!“) Wir haben trotzdem ernstliche und sachliche Bedenken wegen dieses amtlichen Stimmzettels, und zwar aus ganz anderen Erwägungen. Ich habe das Wahlergebnis der Nationalratswahlen 1956 jetzt analysiert und soweit es mir gelungen ist, die Prozentsätze auszurechnen — ich kann mich auch um ein halbes Prozent geirrt haben — hat die Sozialistische Partei hier in Steiermark 69% ihrer Stimmen in 62 Orten erzielt, das bedeutet, daß die Sozialistische

Partei die erdrückende Mehrheit ihrer Wähler auf relativ engem Raum, in den Städten Graz, Leoben, Kapfenberg und in den Industriegemeinden benachbart hat. Die OVP hat in den gleichen 62 Gemeinden nicht einmal 40% ihres Stimmkapitals, sie hat eben die größte Zahl ihrer Stimmen weit verstreut auf dem Lande und in den kleinen Ortschaften, wo es nicht so leicht ist, die Wähler aufzuklären, wie in den Industriegemeinden. Wir sehen, daß in diesen großen Betrieben, zum Beispiel bei Puch, die sozialistischen Betriebsräte und Vertrauensmänner selbst während der Arbeitszeit Wahlpropaganda betreiben. Wir müssen uns also bei einer kommenden Wahl, falls sie nach dem von Ihnen gewünschten Schema durchgeführt wird, natürlich beachtlich anstrengen. (Abg. Wegart: „Da legen wir Euch etwas vor!“) Wir werden unsere Vertrauensmänner mehr einspannen müssen, um diesen natürlich negativen Punkt, der sich aus weit zerstreuten Wohnsitzen unserer Wähler ergibt, aufzuholen. Aber, meine Herren Sozialisten, ich bin überzeugt, daß sich die Hoffnungen, die sich 1949 und 1953 nicht erfüllt haben, auch im kommenden Jahr nicht erfüllen werden.

Nun die Sorge der Sozialisten um die kleinen Parteien! Wieso gibt es in Österreich zwei große und daneben zwei kleine Parteien? Aus dem einfachen Grund, weil es den großen Parteien gelungen ist, die erdrückende Mehrzahl der wahlberechtigten Menschen dieses Landes zu ihrer Auffassung zu bekehren. Es ist Pech, wenn es der FPÖ und der KPÖ leider nicht gelungen ist, in diesem Ausmaß das Vertrauen der Wählerschaft zu gewinnen.

Ich sehe aber nicht ein, meine Herren von der SPO, warum Sie diese Auffassung des Wählers hinten herum korrigieren wollen. Wenn das Volk mit gesundem Empfinden für die eine oder andere Liste kein richtiges Verständnis hat und sie nur mit 4 bis 5% der Stimmen bedacht, ist das eine Absage des Volkes an diese Parteien, eine Absage des Volkes an dieses Programm. (Abg. Wegart: „Sie haben ja keines!“) Meine Herren, niemand anderer als Benedikt Kautsky, sicherlich einer der führenden Köpfe der Sozialistischen Partei in Österreich, hat vor kurzem den klugen Ausspruch getan: „Zweck und Aufgabe einer Wahl ist es, die Grundlage für eine arbeitsfähige Regierung zu schaffen.“ Und diese Aufgabe haben die bisherigen Wahlen 1945 bis 1953, auch 1956, voll und ganz erfüllt. (Zwischenruf bei SPO: „Mit dem neuen Stimmzettel wird es noch besser!“)

Sie versuchen, aus dem westdeutschen Wahlrecht ein kleines Stück, nämlich den amtlichen Stimmzettel, herauszureißen. Sie haben sich nicht bereit erklärt, auch im großen und ganzen die Grundsätze dieses Wahlrechtes zu übernehmen, sondern haben sich gesagt: Wir werden aus dem westdeutschen Wahlrecht das nehmen, was uns gerade in unseren Fahrplan paßt. Es ist bekannt und mehrfach heute gesagt worden, daß in Deutschland eine „5%-Klausel“ besteht, daß also eine Partei, welche nicht mindestens 5% der gültigen Stimmen erreicht, für die politische Willensbildung uninteressant ist und kein Recht hat, Abgeordnete in die gesetzgebenden Körperschaften zu entsenden. In anderen Ländern,

deren demokratische Tradition unbestritten ist, wie zum Beispiel in England, gibt es noch viel schärfere Bestimmungen. Dort ist es möglich, daß eine Partei, die 51% der Stimmen erhält, sämtliche Mandate bekommt, während die andere Partei mit 49% Stimmen leer ausgeht. Wir sind natürlich gegen eine solche gewalttätige Anwendung eines Wahlrechtes. In England gibt es aber auch noch etwas weiteres, um zu verhindern, daß Halbnarren und Phantasten die Wahlbehörden mit Parteilisten belästigen und den Wahlbehörden mutwillig Arbeit machen, hat man in England das Kautionsystem eingeführt. Jeder Kandidat muß eine Kautionserlegen, welche als Ersatz für die Kosten gilt, die der Staat für die Durchführung der Wahl hat. Es wird sich ein jeder gründlich überlegen, zu kandidieren, weil diese 400 Pfund, nach unserem Geld über 30.000 Schilling, verloren sind, und es wird sich nur jener melden, der eine gewisse Resonanz im Volke zu besitzen glaubt. Wenn wir also diesem hemmungslosen Anwachsen von Listen, dieser hemmungslosen Zersplitterung Vorschub leisten würden, so würden wir auch dahinkommen. Vielleicht ist das ein politisches System, wohin die deutsche Republik gekommen ist. Denn nicht zuletzt ist das demokratische Deutschland der Weimaer Republik deshalb zugrunde gegangen, weil die Parteien, welche nicht Kommunisten oder Nationalsozialisten waren, vor 1933 in 74 Listen zersplittert waren und über diese Listen hinweg hat dann der Gefreite von Berchtesgaden die Macht im Deutschen Reiche ergriffen. Wir wollen nicht so weit kommen!

Meine Damen und Herren, es ist gestern und heute schon so viel gesprochen worden über die Möglichkeiten des Mißbrauches mit dem amtlichen Stimmzettel. Es kann einer der politischen Gegner sagen, Hegenbarth, da hast Du unrecht, bisher war ja auch ein Mißbrauch möglich, es hätte ja der eine oder andere Wahlleiter, wie schon gesagt wurde, seine Fettfingerabdrücke auf das Wahlkuvert machen können. Hohes Haus, ich glaube, daß die Gefahr geringer war als jetzt. Das Wahlkuvert ist eine glatte Papierfläche, und jede Veränderung, jede Beschriftung und jede von einer Speckjause herrührende Tätigkeit würde sofort auffallen. Wesentlich leichter ist es dann mit einem Stimmzettel, wo so viele Parteien und ihre Parteibezeichnungen auftauchen werden.

Es ist interessant, wenn ich Ihnen aus der Zeit des österreichischen Gastspieles nun ein Erlebnis mitteile. Und zwar bin ich in der Lage, Ihnen eine Ergänzung des Erlebnisses, das Präsident Wallner hatte, zu bringen. Ich hatte 1938 ein sehr interessantes Erlebnis in meiner Wohngemeinde Pirka. Wenige Tage vor der Wahl kam der kommissarische Bürgermeister in seiner neuen braunen Uniform zu mir, klopfte mir mit seiner Pranke auf die Schulter und sagte: „Volksgenosse Hegenbarth, am kommenden Sonntag habe ich für Dich eine Aufgabe. Wir haben vom Gauleiter einen Erlaß bekommen, wir sollen 2 Leute als Wahlzeugen in die Wahlkommission entsenden, die keine Nationalsozialisten sind. Jetzt habe ich an Dich gedacht und an Franz Kahr. Ich beauftrage Dich, am kommenden Sonntag, 10 Minuten vor 8 Uhr, Dich im Wahllokal einzufinden. Ich

war tief gerührt über das Vertrauen, das mir das Dritte Reich schon zu Beginn seines österreichischen Gastspieles entgegenbrachte, und bin natürlich auch, Befehl ist Befehl, 10 Minuten vor 8 Uhr im Wahllokal gewesen. Die Männlein und Weiblein kamen und haben ihre Stimmzettel abgegeben. Dann kam der Moment, wo der Wahlleiter festgestellt hat, an der Wahl haben fast alle teilgenommen und dann legte er uns beiden Wahlzeugen das Wahlprotokoll zur Unterschrift vor, welches lautete: „Die beiden Wahlzeugen bestätigen mit ihrer Unterschrift, daß keine Wahlberechtigten an der Stimmenabgabe verhindert wurden und daß die Geheimhaltungsbestimmungen eingehalten wurden.“ Das haben wir unterschrieben, das konnten wir unterschreiben. Dann hat er gönnerhaft erklärt: „Wenn Ihr wollt, könnt Ihr dableiben beim Stimmzählen.“ Uns hat das interessiert, wie viel Prozent für den Anschluß gestimmt haben. Ein Stimmzettel nach dem anderen wurde aus der Urne herausgenommen, immer wieder bei einem gewissen Stimmzettel schmunzelte der Wahlleiter, dann konnte er sich plötzlich nicht mehr halten und stieß einen Schrei des Entzückens aus und sagte: „Da schaut her, der alte Eckard, der schwarze Betbruder, hat auch für den Anschluß gestimmt.“ (Heiterkeit.) Hohes Haus, ich habe damals gesehen, daß die Wahl eine Farce war, ob mit oder ohne amtliche Aufsicht keine geheime Wahl, daß es aber ein Wahnsinn gewesen wäre, dagegen aufzutreten. Was hätte ein kleiner Bauernbub gegen den Blutordensträger 1938 sich wohl erlauben dürfen! Der Mann, der das gemacht hat, ist tot, als Kriegsverbrecher in der Karlau gestorben. Aber es sind noch einige Überlebende der damaligen Wahlkommission da, die bereit sein würden, diesen Vorfall zu bestätigen.

Das, was damals möglich war, wäre heute oder in Zukunft bei einem neugierigen Wahlleiter auch möglich. Wir sind der Meinung, daß man die Möglichkeit eines Wahlschwindels dadurch verringert, daß man es von vornherein nicht auf ein so gefährliches Experiment ankommen läßt. (Abg. Pölzl: „Sie haben eine schöne Auffassung von der Demokratie!“) (Abg. Dr. K a a n: „Die Menschen sind dieselben geblieben.“) Es hat in der gestrigen Sitzung eine amüsante Situation gegeben, daß angefangen von der SPO über den VdU bis zum Pölzl eine Einheitsfront bestanden hat gegen den demokratischen Minderheitsantrag der ÖVP. Herr Pölzl, das ist nicht selten und ist auch nicht neu und originell, daß Sie für etwas stimmen, das von der SPO beantragt wurde. Ihr Vorbild, der große Stalin, hat auch zusammen mit Ribentropp bei einem Champagnergelage den Osten Europas aufgeteilt, warum soll es nicht einem kleinen Nachfahren im Steiermärkischen Landtag (Stürmische Heiterkeit) gestattet sein, das Gleiche zu tun, was der große Meister Josef Dugatschweli getan hat. So viel grundsätzlich.

Und nun möchte ich Ihnen etwas mitteilen, was ich als soziale Maßnahme gegenüber unseren steirischen Landesangestellten, die heute den Stenographendienst haben, gewertet haben möchte. Ich habe bis jetzt in freier Rede gesprochen. Es ist aber sehr viel vorgelesen worden über das Wahlrecht der österreichischen Bundesrepublik, über die Wahlverhältnisse in anderen Ländern, und ich glaube

schon, daß es unsere Heimat verlangen muß, daß man jenen Abgeordneten, die es vergessen haben, das steirische Wahlrecht in Erinnerung ruft. Die Debatten haben bewiesen, daß das Wahlrecht von 1949 den Sozialisten nicht mehr so recht im Gedächtnis geblieben ist. Ich werde mir gestatten, eine etwas gekürzte Lesung dieses Wahlgesetzes vorzutragen. Ich werde mich bemühen, langsam zu lesen (Abg. R ö s c h: „Das glauben wir sofort!), um die Stenographen nicht allzusehr zu strapazieren.

Hohes Haus! (Liest!) Gesetz vom 11. Juli 1949 über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtagswahlordnung). Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen: (verliest § 1 Abs. 1, 2 und 3).

Man sieht also, daß schon die Ausschreibung der Wahlen auf höchst demokratische Weise erfolgt, in den meisten Fällen durch Maueranschlag, durch Plakatierung.

Anlässlich einer Wahlreise im Jahre 1953 ins Burgenland habe ich mir sagen lassen, daß es dort noch üblich ist, daß sich ein Trommler auf den Marktplatz stellt, mit Trommelwirbel die Leute zusammenruft und bekannt gibt, daß nun wieder einmal eine Wahl stattfindet.

(Liest § 2 Abs. 1 und Abs. 2.)

Aus § 2 ist unzweideutig ersichtlich, zu welchem Wahlkreis die einzelnen Gerichtsbezirke gehören. Sie sehen auch, daß die Abgeordneten des ersten Landtages im Jahre 1945 mit sehr großer, fast minutiöser Pünktlichkeit und Genauigkeit über diese Fragen beraten und entschieden haben. Niemand kann im Zweifel darüber sein, welcher Wahlkreis für ihn zuständig ist.

(Liest § 3.) Wie ich aus Ihren interessanten Mienen entnehmen kann, habe ich schon sehr viel Neues vorgelesen, was Sie nicht gewußt haben. Ich bin der Meinung, daß ich in der Lesung fortfahren kann. (Abg. G r u b e r: „Sie haben etwas ausgelassen! Beistrich, Punkt usw.“) Ich stelle es Ihnen anheim, in der Präsidialkanzlei das Gesetzblatt zu holen, mitzulesen und kleine Verstöße selbst zu korrigieren.

(Liest § 4.) Auch der § 4 zeigt von der sehr guten legislatorischen Tätigkeit des ersten Landtages der zweiten Republik; es ist keine Frage ungelöst gelassen worden.

((Liest § 5.) Der § 5 ist allgemein verständlich, ich brauche dazu keine Erläuterungen geben. Die Mitglieder des Hohen Hauses sind in der Lage, mit dem Gesetzestext geistig mitzukommen. (Zwischenruf bei SPO: „Eine Beleidigung!“) (Liest § 6.)

(Verliest § 7.) Es ist kein Zwischenruf erfolgt, ich nehme an, daß auch dieser Paragraph verständlich ist.

(Verliest § 8.) Hohes Haus, ich glaube, auch dieser Paragraph ist leicht verständlich, z. B. ist es im Bezirk Hartberg selbstverständlich, daß der Bezirkshauptmann Leiter der Wahlbehörde ist, in der Stadt Graz also, die eine Landeshauptstadt und antonome Stadt ist, hat der Herr Bürgermeister Speck dies dann vielleicht mit auszuüben oder einen Stellvertreter namhaft zu machen.

(Verliest § 9 und § 10.) Ich glaube, daß die leichte Textierung es nicht erfordert, daß ich noch weitere juristische Erläuterungen dazu gebe.

(Verliest §§ 11 bis 16.) Ist ebenfalls leicht verständlich. Der Wahlleiter muß unbedingt das Recht haben, selbst dann, wenn die Wahlbehörde nicht mehr beschlußfähig wäre, die Wahl ordnungsgemäß zu Ende zu führen. Damit habe ich die Lesung des I. Hauptstückes beendet. Hoher Landtag! Ihre gespannte Aufmerksamkeit veranlaßt mich, zwingt mich geradezu, mit der Lesung fortzusetzen. Vizepräsident Scheer kommt auch wieder. Wir kommen zum II. Hauptstück. (Liest § 17.) In diesem § 17 ist festgelegt, daß Mann und Frau das gleiche aktive und passive Wahlrecht haben. Man hat in anderen Ländern im Laufe der letzten Jahre wiederholt den Versuch gemacht, durch Verwendung verschiedenfarbiger Stimmzettel festzustellen, wie die politische Entscheidung der Frau und jene des Mannes ausfällt. Da hat sich in all den Ländern herausgestellt, daß die Sozialisten bei den Frauen keinen besonders guten Start hatten; es wundert mich, daß Sie da nicht darauf gekommen sind, den Frauen das Wahlrecht zu entziehen. (Landesrat Maria M a t z n e r: „Ihr benachteiligt die Frauen so stark!“) (Liest weiter § 18 und 19 Abs. 1 und 2.) Es ist sicherlich eine sehr kluge Bestimmung, daß derjenige, der versucht, einen Wahlschwindel zu begehen, sich selbst das Wahlrecht nimmt. (Verliest §§ 19 und 20.) Hohes Haus, ich glaube, es ist selbstverständlich, daß solche asoziale Elemente, solche Schädlinge im Volkskörper natürlich das Recht auf Stimmenabgabe nicht besitzen dürfen. Die Gesellschaft schützt sich gegen solche asoziale Elemente, indem sie ihnen das Wahlrecht aberkennt. (Verliest §§ 21 und 22.) Ich glaube, daß dieser § 22 im wesentlichen nur noch historischen Wert hat und es praktisch kaum noch Menschen gibt, die auf Grund der seinerzeitigen NS-Gesetze vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind. (Verliest § 23.) Auch dieser Paragraph ist absolut verständlich. Wir kommen nun zum dritten Abschnitt „Erfassung der Wahlberechtigten.“ (Verliest §§ 24 bis 26.) Man sieht, es lohnt sich nicht, falsche Angaben zu machen. Ich nehme an, daß es nur in einzelnen Fällen vorgekommen ist, in keinem Fall bei unseren Wählern.

(Liest § 27.) Hohes Haus, es wird Ihnen sicherlich aufgefallen sein, in welchem schönem Deutsch diese Bestimmung im Jahre 1945 abgefaßt worden sind. Sie heben sich wohltuend ab von dem verdrehten Juristendeutsch, in dem die Abgeordneten der WdU und der SPO ihre Wahlgesetznovelle 1956 verfaßt haben. (Liest § 28 bis § 29.) Ich glaube, Hohes Haus, daß gerade § 29 Abs. 4 einer der wichtigsten Absätze des ganzen Gesetzes ist. (Liest § 30 bis § 31.) (Verliest § 31 von „Ausfolgung von Abschriften ausfolgen.“) So, nun ist der Herr Abgeordnete Taurer, wenn er etwas Wichtiges hören soll, fort, und dann weiß er nichts. (Verliest §§ 31 bis 37.) (Verliest § 38 von „Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte verrichten“. Verliest § 39 von „Anmeldung Rechtsmittel nicht zu.“) Es wird also hier ein Entscheid in einem Einspruch nicht möglich. Ein sehr interessanter Paragraph. (Liest § 40.)

Damit haben wir das II. Hauptstück beendet. Es hat sicherlichen manchen von Ihnen eine wertvolle Bereicherung des legistischen Wissens gebracht. Das ungetrübte Interesse bewegt mich, in der Vorlesung weiterzufahren. Ich fühle mich noch in voller Kraft. (Liest § 41 bis § 42.) Dieser Paragraph hat im wesentlichen nur historischen Wert. Ich will ihn aber der Ordnung halber vorlesen, damit ich nicht wieder gerügt werde.

Präsident: Ich bitte den Redner unterbrechen zu dürfen; ich schalte eine einstündige Pause ein und lege die Fortsetzung der Sitzung für 14 Uhr fest.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte den Herrn Abg. Hegenbarth seine Rede fortzusetzen.

Abg. **Hegenbarth:** Wir kommen zum zweiten Abschnitt „Wahlwerbung“.

(Verliest §§ 43 bis 45.)

(Verliest § 46.) Also eine höchst demokratische Fassung dieser Paragraphen.

(Verliest §§ 47 bis 49.)

Hohes Haus, damit ist das dritte Hauptstück beendet, ich danke dem Hohen Haus für die Aufmerksamkeit, die es in dieser Hinsicht dargebracht hat. Wir kommen zum vierten Hauptstück „IV. Abstimmungsverfahren, 1. Abschnitt, Wahlort und Wahlzeit“.

(Verliest §§ 50 bis 52.)

(Liest § 52 Abs. 4, Abs. 7; — § 53; § 54.)

Das Alkoholverbot, das Verbot einen Lautsprecherwagen aufzustellen, sind Maßnahmen, die sich ausgesprochen zu Gunsten der kleinen Parteien auswirken und eine Benachteiligung der kleinen Parteien verhindern. (Liest § 55.) In klassischer Kürze, in wunderbarem Deutsch, ist diese Frage mit einem einzigen Satz, in einwandfreier und unanfechtbarer Weise geregelt. (Liest weiter § 56.) Bei uns hat einmal ein sozialistischer Wahlzeuge statt des Stimmzettels den Eintrittsschein in das Wahlkuvert gelegt. (Liest weiter § 57.) Ich bitte, den Herrn Berichterstatter zu wecken. (Berichterstatter Abg. **Hueber:** „Bitte lauter sprechen, ich schlafe sonst ein!“) (Liest weiter § 58.) Sehr wichtig, meine Herren! (Zwischenrufe: „Für wen? Sie brauchen nicht zuzuhören!“) (Liest §§ 59 bis 62.) (Verliest § 62, Abs. 3 und 4.) Man sieht, man hat damals schon an die kleinen Parteien gedacht und die Behörden haben sich damals schon bemüht, solch kleinen, nicht lebensfähigen Parteien eine größere Chance zu geben, indem sie die Möglichkeit haben, ihre Gesinnung Anhänger, die Wähler, auf diesen amtlichen Stimmzettel zu verweisen. (Verliest § 62.) Also das Wahlgeheimnis wird unzweifelhaft gewahrt. (Zwischenruf **Präsident Scheer:** „Hochmut kommt vor dem Fall, Herr Kollege Hegenbarth!“) (Verliest §§ 63 und 64.) Jedenfalls um zu verhindern, daß Mißbrauch getrieben wird und der Wahlkartenwerber nicht ein zweites oder zehntes Mal zur Wahl geht. Man

hat den Satz beigefügt, um den Schwindel zu verhindern. (Verliest § 65.)

Wir kommen nun zum sehr wichtigen Abschnitt, und zwar zur Ausübung des Wahlrechtes von Pflegelingen in Heil- und Pflegeanstalten. Der Gesetzgeber hat sich damals schon von der Erkenntnis leiten lassen, daß besonders diese Menschen in den Heil- und Pflegeanstalten das Recht besitzen, ihren politischen Willen ungehindert zu äußern. Um ihre Bresthaftigkeit und ihre dadurch bedingte Einschränkung auszugleichen, hat man hier einen eigenen Paragraphen geschaffen, der dafür Sorge trägt, daß mit ihren Stimmen kein Schindluder getrieben werden kann. (Verliest § 66.)

Wir kommen nun zum 5. Abschnitt. (Verliest §§ 67 und 68.) Man sieht, daß hier im § 68 dem Wähler die Möglichkeit zur Reihung und Streichung gegeben wurde. Meine Herren Sozialisten, das gilt auch für die Herren der FPÖ, ich möchte grundsätzlich einige Worte dazu sagen. Es ist gestern und heute mehrfach von Ihnen behauptet worden, daß diese Reihungs- und Streichungsmöglichkeit, von der nur die ÖVP Gebrauch gemacht hat, nur Theater gewesen sei, um einzelnen Leuten, die es sich leisten konnten, eine gelockerte Reihung oder Streichung zu ermöglichen. Meine Herren, an dieser Art der Argumentation ersieht man schon, daß Sie in die eigentlichen Ursachen, warum wir diese Reihung und Streichung aufgenommen haben, nicht eingegangen sind. Es kann jeder Partei passieren, daß sie auf ihre Liste irgend einen Bewerber setzt, der bei der Wählerschaft nicht sehr beliebt ist, das kann jeder Partei passieren. Es soll aber der Wähler selbst durch Reihung und Streichung die Möglichkeit haben, in dem Falle, wo ihm ein Kandidat unangenehm ist, seine Meinung kundzutun.

(Liest § 69.) Es ist klar und selbstverständlich, daß unsere Parteiführung Kandidaten, die in einer größeren Zahl von Fällen gestrichen werden, nicht mehr aufstellt, weil die ÖVP als demokratische Partei auf dem Standpunkt steht, grundsätzlich nur solche Kandidaten zu nominieren, die das volle Vertrauen der Wählerschaft genießen. (Liest weiter § 70 bis § 71.) Hoher Landtag, ich glaube, das ist eine erschöpfende Aufzählung aller ungültigen Stimmen; es würde zweifellos das Wahlgeheimnis verletzt werden, wenn jemand einen Stimmzettel aus Pappe oder im Mikroformat oder in der Größe eines Kinderleintuches abgibt. (Abg. **Rösch:** „Nur der Fettfleck!“) (Liest weiter § 72 bis § 73.) Ich glaube, das ist leicht verständlich, es ist gut abgefaßt, eine weitere Erläuterung wird kaum möglich sein. (Verliest §§ 73 und 74.) (Verliest § 75.) Die Wahl ist vorüber, was nun kommt, ist eigentlich Aufräumarbeit. (Verliest von „Niederschrift . . . lit g.“) Also auch die allfälligen Protokolle, die aufgenommen worden sind, müssen der Niederschrift beigefügt werden. (Verliest „lit. g bis „wurden“. Die vorgesetzten Behörden wollen unzweideutig über den Verlauf der Wahl informiert sein. (Verliest lit. h und Punkt 3 bis lit. e.) Also eine ganz nette Verpackungsarbeit. (Verliest Punkte 4, 5 und 6.) Wir kommen nun zum § 76, „Zusammensetzung der Sprengelergebnisse durch die Gemeindevahlbehörde, Übermittlung der Wahl-

akten, Niederschrift". (Verliest Punkte 1, 2, 3, 4 und 5 des § 76.) Ich glaube, daß dieser Paragraph von allen anwesenden Mitgliedern des Hohen Hauses voll und ganz verstanden wurde. (Liest § 77 bis § 78.) Man hat damals mit allen Möglichkeiten gerechnet, daß im Falle höherer Gewalt der Beginn einer Wahlhandlung hinausgezögert werden könnte. Wir haben gestern in allen Zeitungen gelesen, daß in Italien zwei Irrsinnige in eine Schule eingedrungen sind. Stellen Sie sich vor, daß zwei solche Narren in ein Wahllokal eindringen und das Wahllokal blockieren, so daß der Wahlvorgang unmöglich ist. Der Gesetzgeber hat an diese Möglichkeit gedacht und dementsprechend auch Vorkehrungen getroffen. (Liest § 79, § 80 und § 81.) Wir haben schon seit einigen Wahlen die Bezeichnung „Wahlwerber“; früher einmal sagte man Kandidaten. Wenn uns der Fachlehrer in der Bürgerschule nicht angelogen hat, stammt diese Bezeichnung noch aus der Römerzeit, aus der Zeit des Julius Cäsar. Damals zogen die Kandidaten in einer weißen Toga ins römische Parlament. (Liest § 82 bis § 83.) (Verliest § 83.) (Verliest § 84 Abs. 1 zu verlautbaren.) Das ist der Moment der großen Freude, meine Herrschaften. Wir haben das alle schon einmal erlebt. (Liest weiter Punkt 1 von „Die Verlautbarung angeschlagen wurde.“) (Verliest „Abs. 2 Landeswahlbehörde.“) Hoher Landtag, es kommt öfters vor, es ist ja klar und absolut demokratisch und im Sinne einer gesunden Wahlwerbung gelegen, wenn eine Partei einem ihren Spitzenpolitiker, irgend einer besonders geachteten oder angesehenen Persönlichkeit, welche einen Magnet für die Bevölkerung darstellt, die Möglichkeit gibt, in mehreren Wahlkreisen als Spitzenkandidat aufzutreten. Nach unserer Wahlordnung kann er nicht mehrere Mandate zugleich ausüben, er muß sich entscheiden, in welchem Wahlkreis er das Mandat behalten will; tut er es nicht, entscheidet die Landeswahlbehörde. (Verliest Abs. 3.) Es beginnt sich das Papier wieder mehr anzuhäufen. „Zweiter Abschnitt, zweites Ermittlungsverfahren, Landeswahlbehörde.“ (Verliest § 85.) Hohes Haus, ich glaube, daß ich darüber keine große Belehrung anschließen brauche. Ihnen allen wird ja bekannt sein, daß die Mandate im ersten Ermittlungsverfahren weniger Stimmen erfordern als im zweiten Ermittlungsverfahren. Darin liegt die Taktik, daß die kleinen Parteien, die wenig Grundmandate haben, daß sie die ersten Mandate, die manchmal doppelt so viele Stimmen erfordern, nicht erringen.

(Verliest § 86.) Hohes Haus, diese Bestimmung ist sehr wichtig, sie ist in allen anderen Wahlgesetzen fast wörtlich enthalten und kann unter Umständen entscheidend sein für die Stimmen einer Partei. Ich erinnere daran, daß die sozialistische Fraktion 1949 bei der Bauernkammerwahl vergessen hat, ihren Anspruch auf ein Reststimmenmandat anzumelden und dadurch 4 Mandate verloren hat. Das ist das Versäumnis eines einzigen Funktionärs, das so eine Tatsache ausgeübt hat. (Abg. Edlinger: „Das ist Phantasie! Darüber sind die Akten noch vorhanden!“) (Zwischenruf: „Wir haben das übersehen!“) § 86 Abs. 2 von „die Anmeldungen verlautbart.“ (Verliest §§ 87 und 88.) (Abg. Hof-

mann: „Klammer auf, Klammer geschlossen!“) Man lernt immer etwas, wenn man mit einem alten BH.-Beamten in nähere Berührung kommt. § 88 Abs. 1 bis „keinen Anspruch.“ Hier ist eigentlich bereits, ich möchte fast sagen, ein Grundsatz der englischen Wahlordnung verkörpert, welche besagt, Aufgabe der Wahlen ist es, eine arbeitsfähige Mehrheit zu schaffen.

Verliest von Abs. 2 bis Abs. 7 „entscheidet das Los.“ Ich glaube auch der § 88 ist voll verständlich, ich möchte nun die Mitteilung machen, daß ich nunmehr 3 Stunden vorlese, das steigende Interesse bestärkt mich, weiterzulesen. Ich bemerke an mir noch keine Ermüdungserscheinungen, ich fühle mich noch sehr frisch.

(Liest § 89, § 90 und § 91.) Ich bin überzeugt, daß auch dieser Abschnitt das ungeteilte Interesse des Hohen Landtages finden wird, so daß keinesfalls auf die Verlesung dieses Abschnittes verzichtet werden kann. (Liest §§ 92 bis 96 Abs. 1 und 2.) (Verliest § 96 Abs. 3 bis Absatz 13 „besonders zu beurteilen.“) Hohes Haus, jetzt wissen Sie, warum bei der Verlautbarung der Wahlergebnisse im Lande immer ein kleiner Unterschied zwischen den Nationalrats- und Landtagsstimmen auftritt. (Präsident Scheer: „Diese Arroganz paßt nicht zum Abg. Hegenbarth!“) (Verliest Punkt 14 von „Für die Wahl“ bis „Punkt 16 zu erlassen hat.“) Hohes Haus, damit ist auch die Lesung des 6. Hauptstückes beendet.

Wir kommen zum 7. Hauptstück „Schlußbestimmungen“, es ist das ein Mantel, der noch einmal alles umfaßt, was in den ersten 6 Hauptstücken gesagt ist. (Liest § 97.) Es muß etwas gemacht werden, was man nicht gerne macht, es müssen sonach Dinge gemacht werden u. dgl. (Verliest § 98.) Jedenfalls ist hier Vorsorge getroffen für die sogenannten Fälle höherer Gewalt, um den Wählern zu ermöglichen, mit seinem Willen aktiv mitzuarbeiten. Und zwar mitzuarbeiten bei der politischen Gestaltung unseres Heimatlandes. (Verliest §§ 99 und 100.) Hohes Haus, es ist Ihnen bekannt, daß in fast allen Fällen die Mitglieder der Wahlbehörde auf dieses ihnen zustehende Entgelt verzichtet haben und die Amtshandlung, die Wahl, fast immer als ein Ehrenamt angesehen haben, ein Beweis für das Fortschreiten des demokratischen Gedankens in unserem Heimatlande. (Verliest §§ 101 und 102.) Mit diesem Paragraphen sind wir zu Ende.

Jetzt kommen die Anlagen. Ein Formular für das Wählerverzeichnis. In sehr anschaulicher Weise wird hier demonstriert, wie das Wählerverzeichnis auszusehen hat. Anlage 2, das Wähleranlageblatt. Zum Wähleranlageblatt ist eine eigene Belehrung vorgesehen, die ich Ihnen nicht vorenthalten darf. (Liest: „Wer hat ein Wähleranlageblatt auszufüllen? und a, b, c 2, 3.“) Anlage 3, Hausliste. Auch hier ist die Belehrung außerordentlich interessant. (Liest 1 bis 7.) Anlage 4, Wahlkarte. Anlage 5, Abstimmungsverzeichnis.

Hohes Haus, ich möchte Ihnen noch das Gesetz vom 11. Juli 1949, betreffend Einführung der Wahlpflicht für die Nationalrats- und Landtagswahlen zur Verlesung bringen. Dieses Gesetz ist so untrennbar mit der Landtagswahlordnung verbunden,

daß ich keinesfalls auf die Verlesung verzichten kann. Sie würden sonst unter Umständen ein unvollständiges Bild dieses Gesetzes erhalten.

„Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen: § 1 Abs. 1 und 2“.

Hohes Haus, ich halte es für notwendig, in diesem Zusammenhang einige Worte zur Wahlpflicht zu sagen. Es ist von Ihnen wiederholt behauptet worden, die Wahlpflicht sei undemokratisch, die Wahlpflicht sei ein Eingriff in das freie Entscheidungsrecht des Wahlberechtigten u. dgl. Meine Herren Sozialisten, ich kann Ihren Argumenten nicht folgen, und zwar aus folgendem Grunde: Eine Demokratie kennt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Wenn der eine Staatsbürger auf Grund seines demokratischen Verantwortungsgefühles den ganzen Wahltag über, vielleicht an einem schönen Sonntag (Abg. Pölzl: „Traurig, eine so wichtige Institution wie den Landtag herabzusetzen!“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Sie sind dazu berufen!“) (Abg. Ing. Koch: „Schauen Sie nach Ost-Berlin!“) (Zwischenruf: „Ihnen, Abg. Pölzl, steht das Recht zu, den Landtag lächerlich zu machen!“) ehrenamtlich sechs bis acht Stunden im Wahllokal sitzt, kann man vom anderen Staatsbürger auch verlangen, daß er sich eine Minute Zeit nimmt zur Stimmenabgabe. Es soll nicht der eine arbeiten an diesem Tag und der andere sich drücken.

(Verliest Abs. 3 des § 1 des Wahlpflichtgesetzes.) „Wer sich der Verpflichtung liegt.“ Abs. 4 „Ein gerechtfertigter Entschuldigungsgrund verhindert wird.“ § 2 Abs. 1 „Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Mit seiner Durchführung ist die Landesregierung betraut.

Krainer, Landeshauptmann

Machold, Erster Landeshauptmannstellvertreter.“

Nun kommen wir zuletzt zur Kundmachung der Steiermärkischen Landesregierung vom 25. Juli 1949, betreffend die auf jeden Wahlkreis entfallende Anzahl der Mandate für die Wahl in den Steiermärkischen Landtag. (Verliest das Gesetz von „Auf Grund des § 8 in Wirksamkeit.“)

Hohes Haus, man möchte nicht glauben, wie schnell die Zeit vergeht, wenn man etwas Interessantes verliest. 3 Stunden 40 Minuten habe ich nunmehr die Ehre, dem Hohen Haus in freier Rede — Sie waren die längste Zeit nicht da, Herr Kollege Pölzl — in 3 Stunden 40 Minuten war es mir vergönnt, die Wahlordnung 1949 dem Hohen Steiermärkischen Landtag vorzulesen. Das Interesse des gesamten Hohen Hauses hat mir bewiesen, daß den meisten Mitgliedern dieses Gesetz nicht mehr in Erinnerung war. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Herren Kollegen aus dieser Vorlesung sicher Nutzen gezogen haben. Um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, ich betreibe Obstruktion, will ich meinen Vortrag abschließen, ich danke für die Aufmerksamkeit, Sie können sich nur mit Genuß dem nächsten Redner widmen.

Präsident: Ich erteile gemäß § 35 der Geschäftsordnung dem Herrn Landesrat Prirsch das Wort.

Landesrat **Prirsch:** (Die Ausführungen des Redners sind immer wieder von heftigen Zwischenrufen und Lärm begleitet.) Hohes Haus! Heute morgens habe ich in meinem Zimmer auf das Barometer geschaut. Es wäre möglich, daß einer auf solche Dinge großen Wert legt und einen Glauben muß der Mensch auch haben. Ich aber lege auf solche Dinge keinen besonderen Wert, nämlich auf das Barometer, doch blickte ich heute hin, um zu erfahren, wie das Wetter werden wird. Das Barometer hat auf „Veränderlich“ gezeigt und es hat sich wieder einmal die Auffassung bewiesen, daß man sich doch mehr auf das Radio und, wie ich, auf meinen Nachbar verlassen soll, der dem Radio im Wettervorausagen manchmal Konkurrenz macht.

Es hat sich hier, im Landtag, die ganze Situation nicht geändert, die Fronten sind noch starr abgesteckt, hier die ÖVP und dort brüderlich vereint, so wie man es in diesem Hohen Hause nicht allzu oft gesehen hat, die SPO, die KPO und FPÖ. (Abg. Scheer: „Bisher waren ja Sie mit den Sozialisten vereint!“) Es hat keine Koalition gegeben nach dem Abg. Taurer. Ich glaube, auch der Herr Landeshauptmann hat davon etwas gesagt. Sie sind immer schlecht informiert, Herr Präsident Scheer, Sie behaupten immer das, was schon längst vorbei ist. (Zwischenruf Abg. Lackner.) Die Fronten sind also starr geblieben, die geschlossene politische Dreieinigkeit hat sich verstärkt. (Abg. Taurer: „Das Volk ist gegen Euch!“) Das Volk nicht, aber die Vertreter. Es wird übrigens das Volk, ich werde über seine Mentalität ihre Parteimeinung zum Ausdruck bringen. Jedenfalls wird es die Wähler und die steiermärkische Bevölkerung sehr interessieren, daß die Wahlpartei der Unabhängigen, jetzt heißt sie schon Freiheitliche Partei Österreichs — sie ist so wandelbar in ihrer Bezeichnung wie die Kommunistische Partei Österreichs hinsichtlich des Namens hinsichtlich ihres Gottes und Götzen — mit dieser fürwahr ein gutes Zweigespann bildet. (Abg. Pölzl: „Ich verstehe Ihren Schmerz!“) Ich verstehe Sie! Wenn man durch mehr als ein Jahrzehnt versucht, ich muß sagen, mit allen Mitteln, auch mit Mitteln, die außerhalb des Landes liegen, mit Mitteln, die sich alle als unzulänglich erwiesen haben, Wähler zu gewinnen, mehr Wähler zu gewinnen. Es ist ja das berechtigte Streben jeder ordentlichen demokratischen Partei. Wenn aber diese zwei rechts und links ganz auswärts stehen und es ist nicht einmal gelungen, den seinerzeitigen Besitzstand zu wahren, dann ist das bitter. Bei all den Wahlen in Österreich und auch in Steiermark haben Sie von der äußersten Rechten und Sie von der äußersten Linken immer wieder einen tiefen Schmerz erfahren. (Zustimmung bei ÖVP.) Sie und Kollege Pölzl, Sie haben alles darangesetzt, Sie haben jede Chance ausgenützt, Sie haben keine Gelegenheit versäumt. Trotzdem hat Ihnen der gesunde Sinn des österreichischen Volkes, des steirischen Volkes, ich darf wohl sagen mit Recht, das Vertrauen mit jeder Wahl sparsamer zugemessen. Und Sie meine Herren von der FPÖ, Sie ahnungsvolle Engel (Zwischenruf!), über Ernst und Unernst läßt sich streiten, auch Sie nicht, Herr Abgeordneter, werden oberster Richter sein, oberster Richter wird vielmehr das Volk sein, von dem Sie nach meiner Auf-

fassung weit abgerückt sind. (Abg. Strohmayer: „Hochwürden, wir sind bereit, Ihren Segen zu empfangen!“) Ich will Sie nicht als hoffnungslosen Fall betrachten (Abg. Strohmayer: „Jetzt überhaupt nicht, wo es den amtlichen Stimmzettel gibt!“), obwohl, ich muß es sagen, viel Überwindung dazugehört, nicht solche Auffassung zu haben.

Ihnen, meine Herren von der FPÖ muß ich aber sagen, daß Ihre Chancen weitaus größer waren als die der Linken. Weite Kreise der Bevölkerung, 500.000 österreichische Wähler, haben Ihnen einmal einen Vertrauensvorschub gegeben. Ein gewaltiger Vertrauensvorschub, aber Sie haben in den verflissenen Jahren dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt. Ich finde es begreiflich, meine Herren von der Wahlpartei der Unabhängigen, daß Sie aus dem bürgerlichen Klima, um ein gestern gebrauchtes Wort zu wiederholen, herausgeflüchtet und daß Sie hineinflüchten in die offenen Arme der Sozialisten. (Abg. Strohmayer: „Euch einmal ablösen!“) (Abg. Scheer: „10 Jahre waren Sie in Koalition mit den Sozialisten!“) Hoher Landtag, die steirische Bevölkerung wird diese Wandlung, dieses Abschwenken von der äußersten Rechten zu den Sozialisten nicht nur bemerken, sondern vermerken. (Vizepräsident Scheer: „Bei einem Gesetz sind wir mit den Sozialisten und schon ist der Teufel los. Wie oft haben Sie gemeinsam mit den Sozialisten gestimmt!“) Ich habe doch recht gehabt, ganz möchte ich Sie noch nicht abschreiben; die guten Regungen machen sich schon bemerkbar (Heiterkeit), das Gewissen stellt sich schon ein. (Vizepräsident Scheer: „Das ist völlig falsch!“) Ich will mich nicht, Herr Vizepräsident, in Ihre inneren Angelegenheiten einmischen. Es ist vielleicht wieder ein Irrtum, denn viel Klarheit ist von Ihrer Seite weder der Öffentlichkeit, noch den Wählern bis jetzt geboten worden. Das liegt daran, daß Sie nie eine klare selbständige Linie gezogen haben, darin liegt Ihr Schicksal besiegelt und mag der Stimmzettel aussehen wie immer. Kein noch so komplizierter Stimmzettel wird Sie zu retten vermögen. Es ist ein gutes Recht, daß Sie die Stunden und Tage nützen; ich bin der letzte, der einer politischen Partei gram wäre, wenn sie eine Möglichkeit ausnützt, die einen Erfolg verspricht, die Sie auf einen Erfolg hoffen läßt, den Ihnen bei der letzten Wahl die Wähler in der Steiermark nicht in dem Ausmaß gegeben haben, als Sie erwarteten.

Ich wollte von den Herbstblättern reden; für Sie gibt es keinen Lenz und keinen Frühling mehr, für die Herren von der FPÖ. Sie müssen sich mit den Herbst- und Winterstürmen, nicht nur in der Natur, sondern auch in der Partei abfinden. (Abg. Taurer: „Sie gingen sehr gerne zur Leich!“) (Gelächter.) Sie! Ich würde beim Begräbnis mitgehen als ehrlich Trauender, Sie würden sich aber an diese Erbschaft hängen, obwohl Sie kein Recht auf diese Erbschaft haben. Sie haben kein Recht (zur WdU), das muß ich Ihnen sagen, denn Sie haben dieses Ihr Vermögen, Ihr politisches Kapital vertan, auch Sie (zu Abg. Pölzl) haben kein Recht. (Präsident Scheer: „Machen Sie uns den Abschied leicht!“ „Sie können doch nicht jetzt schon unser Erbe verteilen!“) (Verschiedene Zwischenrufe, Gelächter, Unruhe.) Herr Präsident, schauen Sie,

warum sind Sie denn so nervös, ich habe ja nichts vom Sterben geredet, es war der Herr Abg. Taurer, der mich gefragt hat, ob ich zum Begräbnis mitgehen würde. Ich habe gesagt, ich gehe zum Begräbnis und habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er die Erbschaft will. Man muß die Dinge so sehen, wie sie sind. (Zwischenruf Abg. Lackner.) Über das Kapitel könnte man lange reden. (Abg. Rösch: „Wieder eine Chance zum Reden!“) (Abg. Taurer: „Wir wollen Ihnen helfen!“) Ihre Mithilfe ist mir außerordentlich wertvoll.

Ich kehre nun wieder zu den herbstlichen Blättern zurück. Warum nicht auch, unter Blättern verstehe ich die Ausführungen der verschiedenen Herren unseres Hohen Hauses. Ich möchte mich auch noch mit den Ausführungen der Frau Landesrat Matzner beschäftigen, mit der verehrten Frau Kollegin, aber nicht zu ausführlich. Die Blätter, diese verschiedenen Blätter und Herbstfrüchte, die jetzt zu Boden fallen, so scheint es mir wenigstens, sind hier als die Standpunkte, die Argumente und Gegenargumente der verschiedenen Redner zu Boden gefallen. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich auf einige dieser Früchte, ob sie gut oder schlecht sind, und auf einige dieser Herbstblätter ganz kurz zurückkomme.

Es hat mein Kollege Dr. Stephan uns erzählt, daß diese neuen Stimmzettel keine Kompliziertheit bedeuten, und es haben dann auch einige andere Herren versucht, das so hinzustellen, als ob sich die ÖVP vor diesem neuen Stimmzettel deshalb fürchte, weil die Österr. Volkspartei glaubt, daß Sie in ihren Reihen Leute habe, die mit diesem Stimmzettel nicht hantieren und umgehen können. Meine sehr Verehrten, hier kann ich etwas sagen. Es werden bei uns manche Leute sein, es wird sie aber auch bei Ihnen geben und ich bin überzeugt, daß das gute treue Staatsbürger sind, aber Leute und Menschen, die eben nicht das Glück hatten, eine geordnete Schulbildung zu haben, Leute und Menschen, die vielleicht durch den einen oder anderen Zufall nicht die geistige Schärfe der anwesenden Herren besitzen. Es wird so sein, daß es Menschen gibt bei allen Parteien, alte, gebrechliche, vielleicht auch kranke Menschen, Menschen die unsicher werden, wenn sie jetzt neben dem Kuvert auch noch den amtlichen Stimmzettel in die Hand nehmen, in die Wahlzelle hineingehen müssen und nun diesen Stimmzettel lesen sollen, dann irgend ein Schreibgerät — einen Bleistift — in die Hand nehmen und damit ein Kreuz machen sollen. Hohes Haus, wir werden sehr viele ungültige Stimmen haben, es wird der Wille der Bevölkerung nicht so deutlich zum Ausdruck kommen, wie er bisher zum Ausdruck gekommen ist. Es ist hier die italienische Wahlordnung sowie auch die deutsche Wahlordnung erwähnt worden, aber keines dieser Länder hat eine so große Wahlbeteiligung und einen so großen Prozentsatz an gültigen Stimmen wie wir. Man muß sich fragen, verehrte Damen und Herren, warum soll jetzt der Stimmzettel geändert werden und damit das Zentrale des gesamten Wahlvorganges? Ist es wirklich nur das, was uns im Ausschub und auch hier im Hohen Hause zu glauben vorgestellt wird, daß den kleinen Parteien die

Kostentragung erspart wird? Manche der Herren behaupten, es sei einfacher. Ich muß Ihnen sagen, ich habe die Gelegenheit benützt, um mit einem Gemeindegeschäft einer größeren Partei zu reden, wie ich ihm aber das gesagt habe, was man hier vor hat (Zwischenruf Abg. Pölzl.) Zu Abg. Pölzl: Ich bin nicht so gefürchtet, wie Sie beliebt sind. Ich könnte Ihnen manches erzählen. Bei uns ist es so, daß uns die Wähler wirklich ihre Meinung sagen, manchesmal mehr als uns lieb ist. Ihre Befürchtung ist also hinfällig. Der Gemeindegeschäft hat mir gesagt, bis jetzt war man in der Anerkennung der gültigen Stimmen sehr großzügig. Es ist vorgekommen (Präsident Scheer: „In der Wahlbehörde habt Ihr die Mehrheit, da können Sie nicht uns die Schuld geben!“) (LH. Krainer: „Herr Präsident Scheer, Sie müssen wissen, daß sich der Verfassungsgerichtshof mit dem Fall beschäftigt hat!“) Herr Kollege Scheer, wenn es nach der Österr. Volkspartei gegangen wäre, so hätte Ihre Partei einen Ministerposten erhalten können oder vielleicht Sie selbst die Möglichkeit gehabt, Minister zu werden. Verhindert haben es die, mit denen Sie sich jetzt auf Leben und Tod verbunden haben. Ich sagte, man war bisher sehr großzügig — ich möchte Ihr Schuldkonto damit nicht überflüssig belasten —, es ist vorgekommen, daß Leute den Stimmzettel durchgestrichen und ihn unterschrieben oder mit einer roten Farbe angestrichen haben, man hat diese Zettel als sozialistische Stimme anerkannt. (Abg. Scheer: „Sehr großzügig!“) Das ist mir gesagt worden. (Abg. Rösch: „Wer war denn das?“) Das ist ja Sache der Wahlkommission. Die Wahlkommission hat sehr großzügig die Dinge ausgelegt, und trotzdem ist es oft vorgekommen, daß sich bei diesem einfachen und bewährten Vorgang Menschen nicht ausgekannt haben und nicht in der Lage waren — oft wirtschaftlich und politisch wertvolle Menschen, die sich nicht irgendwelchen Hirngespinnsten hingegeben haben — ihre politische Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir sind deshalb nach wie vor der Meinung, daß man etwas, das sich bewährt hat und um das uns die anderen Staaten beneiden, die dieses System haben, das Sie nun vorschlagen, nicht jetzt auf einmal abschafft und auch dann nicht abschaffen soll, wenn man hofft und glaubt, durch diese Stimmzetteltaktik und Strategie vielleicht einen Vorteil zu erlangen. Es ist hier schon gesagt worden, daß Länder, die gerade Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, als Beispiel hätten nehmen können, zum Beispiel Schweden, einen solchen Stimmzettel haben, wie wir ihn haben. (Abg. Rösch: „Ohne Streichungen!“) Dazu komme ich noch. Sie sind mit Ihrem Zwischenruf direkt wertvoll für mich. (Zwischenruf Frau Landesrat Matzner.) Frau Kollegin Matzner, Sie haben recht. Danke vielmals. Daß die Österr. Volkspartei für die Streichung und Reihung ist, das kann Sie doch nicht irritieren, das ist nur auf unser Konto zu schreiben. Aber Sie wissen ja selbst, daß von dieser Streichung Hunderttausende Gebrauch gemacht haben. (Abg. Rösch: „Würde aber nicht zur Kenntnis genommen!“) Meine sehr Verehrten, auf die Streichungen komme ich noch zurück. Mir kommt es darauf an, noch einmal festzustellen und an Sie zu appellieren, verschlechtern

wir die Chancen für den einfachen Menschen in unserem Land und bei unseren Steirern nicht. Machen wir ihm die Wahl, die wir für alle erstreben nicht schwerer. Es wird niemand in diesem Hause bestreiten können, daß wir sie dem Wähler durch diesen Antrag erschweren und härter machen. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Ich muß sagen, wir verstehen den VDU, wenn er sich von diesem Stimmzettel etwas erhofft. Es ist zwar ein Irrweg, den er begeht. Es wird das eintreten, was früher hier schon gesagt wurde: „Untreue schlägt den eigenen Herrn.“ Nicht daß Sie uns untreu wurden, Sie sind ja nie treu gewesen. Sie sind untreu geworden jenen, die Ihnen bei der letzten Wahl noch das Vertrauen geschenkt haben. Meine Herren vom VDU, gehen Sie hinaus in die Bauernversammlungen und sagen Sie ihnen das. (Abg. Scheer: „Ohneweiters!“) Das sollen Sie ihnen sagen und Sie werden sehen, was Ihnen die Leute sagen. Wenn wir den Stimmzettel abändern, wenn er seine bisherige einfache Art und Weise verliert, wird dies bei der Mentalität unseres Volkes berechtigtes Aufsehen erregen und ich bin überzeugt, er wird in weitesten Kreisen berechtigten Widerspruch finden. (Abg. Scheer: „Das ist ja Ihr Vorteil! Wir spielen Ihnen ja förmlich ein Argument in die Hand!“) (Abg. Schabes: „Im März war es zweckmäßig, nicht jetzt wegen zweier Monate!“) Schauen Sie, gerade Sie haben sich sehr — ich weiß nicht Sie oder Ihre Partei — aufgeregt darüber gezeigt, als wir den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt haben. Ich finde das ja begreiflich. Sie haben sich sehr aufgeregt und gesagt, wir werden über diesen Antrag nicht in die Behandlung eingehen solange nicht alles andere erledigt ist. Hohes Haus! (Zwischenruf.) Ich finde, dieser Auflösungsantrag des Landtages soll ja das bezwecken, Herrn Präsident Scheer.

Wir wollten, daß die Steiermärkische Bevölkerung die Möglichkeit hat, mit den alten Stimmzetteln noch über den neuen Stimmzettel abzustimmen. (Präsident Scheer: „Das ist demagogisch!“) Das ist demokratisch, mein sehr verehrter Herr Vizepräsident. Wir halten die Frage der Landeswahlordnung für so wichtig, daß wir uns entschlossen haben, eben diesen Auflösungsantrag zu stellen, damit die steirischen Wähler mit den alten Stimmzetteln noch über einen neuen Stimmzettel abstimmen können. (Zwischenruf Abg. Pölzl.) Sie sind der richtige, auch Ihre Partei ist die richtige! Ein Aufatmen ist durch die geknechtete Arbeiterschaft bei den Erdölbetrieben gegangen. Herr Präsident Scheer, das, was Sie wollten, das habe ich Ihnen jetzt zugesagt und erklärt und trotzdem sind Sie wieder nicht zufrieden. Ich meine halt, daß Sie mich sehr gut verstehen. (Zwischenruf Abg. Rösch.) (Prirsch zu Abg. Rösch gewandt): Bei Ihrer Intelligenz! Ich will gegenüber Präsidenten Scheer kein Werturteil abgegeben haben. (Präsident Scheer: „Persönlich ausfällig, wenns nicht mehr ausgeht!“) Wie Sie gestern. Da haben wir, bevor der Landtag zu Ende geht, noch eine große Frage an Sie. Ich glaube, daß Sie sie so beantworten, daß Sie klar dastehen. Zusammenfassend zum Stimmzettel, Hohes Haus, darf ich noch einmal sagen, es besteht kein Grund, aber gar kein echter Grund

mehr, Ihrer Auffassung nach und unserer Auffassung nach, diesen Stimmzettel zu ändern. Der wahre Grund, warum Sie für eine Abänderung des Stimmzettels sind, der kann nur darin liegen, daß Sie hoffen und glauben, mit diesem erschwerten Wahlvorgang einige Hundert um ihr Stimmrecht zu bringen. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Ich muß Ihnen hier vorwerfen, die praktische Auswirkung, auch in finanzieller Beziehung, wird dastehen als eine Spekulation auf viele ungültige Stimmen der einfachen, fleißigen und bescheidenen Menschen dieses Landes (Beifall bei ÖVP, Zwischenrufe: „Sehr richtig!“), eine Spekulation, die mit einem Programm, mit Ideen nichts zu tun hat und das ist nach meiner Auffassung nicht das Vorteilhafte, sondern das Entsetzlichste, daß nach außen hin dieser Eindruck unterstrichen wird und entstehen muß. (Abg. Sebastian: „Das hätten Sie Ihren Propagandisten vor dem 13. Mai sagen sollen, die alles versprochen haben und nichts gehalten. Die Wahlversprechungen der ÖVP werden genau so durchgezogen wie vor 4 Jahren!“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Wir haben ja nicht gesagt, daß wir es in 4 Monaten machen!“) (Abg. Sebastian: „Jetzt graut Euch davor, was Euch eingefallen ist!“) (LH-Stellv. Dipl. Ing. Uder: „Wir werden schon fertig damit!“) Ich werde mir erlauben, im Laufe meiner Ausführungen auf diese Dinge noch zurückzukommen, obwohl ich die ganze Situation hier als einen Ausweg ansehe, da die Arbeit des Nationalrates sich ja gar nicht hier abspielt, in diesem Hohen Hause, aber die Stimmzettelfrage wohl mit der österreichischen Innen- und Wirtschaftspolitik im Zusammenhang steht.

Ich muß noch einmal zum Stimmzettel zurückkehren. Ich habe mir erlaubt, im Ausschuß darauf hinzuweisen, daß dieser Mehrheitsbeschluß, den Sie fassen werden und können, dieser Mehrheitsbeschluß selbstverständlich als großer Erfolg, als Sieg Nr. 1 hingestellt werden wird, als ein Erfolg der vereinigten Bemühungen hier, hier und hier (zeigt auf die Sozialistische Partei, die Wahlpartei der Unabhängigen und auf die Kommunistische Partei), als ein großer Erfolg. Ich kann mir vorstellen, daß vor allem der VdU, ich bleibe bei der alten Bezeichnung, in der Propaganda sich bemühen wird, das Recht der Erstgeburt (Abg. Scheer: „Des fortschrittlichen Stimmzettels!“) dieses Stimmzettels für sich in Anspruch zu nehmen. (Präsident Scheer: „Wir hinken um 60 Jahre anderen Ländern nach!“) Herr Präsident, Sie müssen wissen, daß andere Länder uns den bewährten, jetzt geltenden Stimmzettel nachmachen wollen! Wenn also der VdU um sein Erstgeburtsrecht kämpft, so will ich ihm zubilligen, daß er in der Öffentlichkeit vielleicht das sagt, was er uns hier vorgestellt hat, daß das ein Fortschritt ist, wenn alte Leute schreiben müssen und sich im Wahllokal bei der Wahl schwerer tun. Es ist ja eine Tatsache, daß manche einfache, aber brave Leute immer Angst kriegen. (Zwischenruf: „Vor wem?“) Vor dem Wählen. Ich glaube wirklich, daß der VdU die Linie, die er bis jetzt politisch beschritten hat — sie ist kindlich naiv —, daß er diese Linie mit seinen letzten Resten auch weiterhin fortsetzt.

Schwieriger wird es schon beim Herrn Abgeordneten Pölzl. Er wird es ja vielleicht nicht, aber seine Leute werden sagen, wir haben mitgeholfen, zu einem schweren Schlag für die Österr. Volkspartei, sie wird Stimmen verlieren usw. Meine sehr verehrten Herren und Damen von der SPO, Sie haben wie wir einen recht lebendigen und manchmal fast schon zu begeisterten Vertrauensleutepara-apparat. Sie werden hingehen und werden ihnen die Dinge sagen, Sie werden vielleicht gar nicht sagen, daß der Wahlvorgang ein bißchen schwieriger ist. Aber ich kann mir vorstellen — nachdem Ihre Leute auch unsere Argumente zur Kenntnis nehmen, ich habe in der Presse gelesen, daß man diese Argumente auch entsprechend klar dargelegt hat —, daß man wie bei einem Kartenspiel alles durcheinandermischt. Ob Sie es wollen oder nicht, es wird bei uns, es wäre genau so, wenn wir in Ihrer Situation wären, der Eindruck entstehen, als sei die Volkspartei überfahren und etwas erreicht worden, wodurch Ihre Chancen gewaltig steigen. Und ob Sie es wollen oder nicht, es werden allzu begeisterte Mitarbeiter erklären: Leute, jetzt sind die „Schwarzen“ erledigt, jetzt haben wir ein Stimmzettelsystem, da kommen die nicht mit. Nun schön, Hohes Haus, meine Damen und Herren! (Zwischenruf Abg. Edlinger: „Warum die langen Reden?“) Ich möchte (zu Abg. Edlinger) gerne von Ihnen einmal eine längere Rede hören. Schauen Sie, ob Sie wollen oder nicht, es wird der Anschein und der Eindruck entstehen, als ob man mit dem Parteiprogramm nicht mehr durchkomme und deshalb zu einem solchen zweifelhaften Mittel Zuflucht nehmen mußte. Ich muß Ihnen sagen, es wird das auch bei Ihren Leuten eine gewisse Vertrauenskrise hervorrufen. Über die Einigkeit und Einheit, darüber wollen wir gar nicht reden. Ich muß also noch einmal sagen, der Stimmzettel bringt der Demokratie, bringt der Wahl und bringt vor allem dem Wähler keinen einzigen Vorteil, aber eine Menge von Schwierigkeiten und Nachteilen. Schwierigkeiten, die wir alle heute noch gar nicht abschätzen können.

Und nun, meine Herren von der Sozialistischen Partei, meine Auffassung ist die, daß Ihre Stellungnahme zu diesem Stimmzettel, das Erschweren der Wahl auch ein weitgehendes Abgehen von Ihrem bisherigen Standpunkt ist. Wer die parlamentarische Geschichte unseres Volkes kennt, der weiß, daß sich mit aller Kraft, nicht Sie, aber Ihre Vorgänger mit aller Kraft für das geheime allgemeine freie Wahlrecht eingesetzt haben, und nun glauben Sie, daß alle jene ihre politischen — ich möchte nicht sagen ihre geistigen Vorfahren — sehr wohl gewußt haben, was sie dem Volke schuldig sind, vor allem der Arbeiterschaft, als sie diese einfache Methode des Abstimmens gewählt und durchgesetzt haben. (Beifall bei ÖVP.) (Abg. Strohmayer: „Wir kommen sterbend noch, das Volk zu retten!“) Wenn Sie hier zustimmen, dann haben Sie in dieser großen Linie Ihrer Partei einen Bruch, also eine Bruchstelle, begangen. Ich habe mir im Ausschuß erlaubt, den VdU darauf hinzuweisen, daß er sich sein eigenes Grab mit diesem Stimmzettel schaufeln wird. Die Leobner Einigkeit ist nicht vielver-

sprechend. Es gibt Leute, denen nicht zu helfen ist. Aber ich muß Ihnen sagen, ich habe mich seit meiner frühesten Jugend — ich habe nie gedacht, daß ich einmal die Ehre haben werden, hier meine Meinungen zum Ausdruck zu bringen —, ich habe mich also seit meiner frühesten Jugend mit Ihrer Parteigeschichte befaßt, Ihre Parteigeschichte hat mich immer interessiert. (LR. Maria Matzner: „War ja gerade Ihr 50. Geburtstag!“) Sie, Frau Kollegin, haben dieses freudige Ereignis hoffentlich noch lange bevor. (Heiterkeit und Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Sie haben mich mehrmals erinnert an den Fettfleck. Ich wollte so lange nicht darüber reden, so lange der VdU so schlecht besetzt ist und vor allem der Herr Landesrat Dr. Stephan nicht hier ist, aber ich kann Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen und will zu diesem Fettfleck kommen. Die SPO-Zeitung hat, wenn ich mich recht erinnere, diesen Fettfleck etwas verschoben. Schade, daß der Herr Landesrat Stephan nicht hier ist (Zwischenruf: „Der ist gerade eine Kreuzworträtselzeitung holen gegangen!“) (Gelächter.) Ist auch ein Programm! Ich glaube, Herr Kollege Stephan hat gemeint, daß die Stimmzettel, wenn sie ausgestellt werden und auf dem Küchentisch der einfachen Leute in Stadt und Land herumliegen, also nicht so sauber sind. Ich glaube, das hat Herr Landesrat Stephan gemeint. Ich glaube nicht, daß er das gemeint hat, was der Berichterstatter in der Zeitung geschrieben hat, der es so dargestellt hat, als ob damit ein Merkzeichen hätte angebracht werden sollen. Ich bin davon überzeugt, deswegen wird Kollege Stephan das nicht so gemeint haben, weil er weiß, daß es sehr wohl Gemeinden gibt, wo nicht mit Fett, damals im dritten Reich war Fett ja kostbar, aber mit Druckkissenschwärze oder -bläue die Stimmzettel bei der Führerwahl gemerkt wurden. Ich glaube nicht, daß Landesrat Dr. Stephan so ungeschickt ist, daß er gerade hier diese Wahlereignisse, die sich in seiner engeren Umgebung abgespielt haben, erzählen wollte. Er wird schon so gemeint haben, daß mit diesen Stimmzetteln, die die Parteien da austeilten, nicht sehr pfleglich umgegangen wird und daß hier und da bei der Wahlkommission mancher Stimmzettel wirklich fleckig aussieht, aber daß auch immerhin auf diesem fleckigen Stimmzettel die Willensmeinung jedes einfachen Menschen ehrlich und sicher zum Ausdruck kommt. Mir ist ein fleckiger Stimmzettel lieber als ein ungültiger Stimmzettel. (Zwischenrufe: „Sehr richtig!“) Ich bin auch deshalb der Meinung, daß der Herr Kollege Dr. Stephan nicht den gemerkten Stimmzettel gemeint hat, weil er im Ausschuß bei der Behandlung der Stimmzettelfrage die Meinung vertreten hat, auf diesen neuen Stimmzettel müsse auch noch der Amtsstempel draufkommen, also der Gemeindestempel. Aber die Notiz in Ihrer SPO-Zeitung war unrichtig. Ich muß sagen, daß das trotz des Paktes mit der Sozialistischen Partei ein bisserl zu viel war und ich glaube, einer Ihrer Herren, ich will nicht den Namen nennen, einer Ihrer Herren hat gesagt, das gehe zu weit. Auch ich habe dabei den Eindruck gewonnen, ein bißchen zwar, aber ganz weit wollen die Herren der Linken der Rechten doch nicht folgen. Ich glaube auch wieder einer der Herren der SPO-Fraktion hat

gesagt: Schreiben wir doch auf den Stimmzettel „Amtlicher Stimmzettel“. Das ist dann mit Mehrheit angenommen worden. Nun, meine Sehrverehrten, ich weiß nicht, ob wir damit ein gutes Ding getan haben. Sie wissen ja, daß die Bevölkerung die Notwendigkeit der Ämter und alles was damit zusammenhängt, ohne Unterschied der Partei zur Kenntnis nehmen muß, aber ich habe es noch nicht erlebt oder gefühlt, daß unsere steirische Bevölkerung sowie die gesamte österreichische Bevölkerung gar so amtssüchtig wäre. Nein, es ist wieder so, daß gerade der einfache, der arbeitende Mensch recht froh und glücklich ist, wenn er mit den Ämtern möglichst wenig zu tun hat und das beginnt nicht nur bei den Behörden. Sie wissen genau so gut wie ich, das beginnt schon bei den Sozialversicherungsinstituten usw. Ich bin deshalb der Meinung, daß Sie sich diesen Vermerk „Amtlicher Stimmzettel“ ersparen hätten können, daß man ihn auch den Wählern hätte ersparen können vor allem deshalb, weil ja Sie selbst immer wieder darauf hingewiesen haben, daß man den Wahlvorgang möglichst einfach, verständlich und leicht gestalten soll. (Zwischenruf: „Wegen des einen Wortes ist er nicht komplizierter geworden!“) Das hängt mit der Zukunft zusammen. Es ist hier schon gesagt worden, daß Frau Landesrat Matzner in der 40. Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 11. Juli 1949 gesagt hat: „Der Wählerschaft selbst — und vor allem wird das die ländlichen Gebiete betreffen — wird diese komplizierte Wahlverfassung nicht ohne weiteres gut bekommen.“ Wir können dazu nur sagen, daß wir Wahlen wünschen, die noch demokratischer für die Wählerschaft sind und wenn, so setzen Sie das fort in der Form der gelockerten Liste. Glauben Sie nicht, daß dieses Ziel erreicht wird? Schauen Sie, man hätte damals (Zwischenruf: „Obstruktion machen sollen!“) (LH. Krainer: „Wer macht Obstruktion?“) (Abg. Rösch: „Na, Sie!“) , man hätte damals vielleicht ebenso mit . . . (LH. Krainer: „Wir werden doch unseren Vergleich vorbringen dürfen, verfolgen Sie die Landtagsprotokolle, dann werden Sie etwas wissen!“) Schauen Sie, wir hätten damals, genau so wie Sie heute in der Lage sind, auch beschließen können, daß alle Parteien sich dieser Reihung und Streichung, diesem Verfahren unterziehen müssen; wir haben erkannt, daß Sie an dem persönlichen Herausstellen der Kandidaten keine besondere Freude haben und wir haben deshalb, ich glaube in sehr loyaler Weise, von einer Zwangsbestimmung in dieser Sache Abstand genommen. Das war damals. Heute müßten auch Sie für die Freiheit eintreten. Wir haben damals erkannt, daß Sie mit diesen gelockerten Listen, die für uns ein wesentliches Moment sind und bleiben, daß Sie diese gelockerten Listen fürchten. Wir haben Sie nicht gezwungen, diesen Weg mitzugehen, aber Sie halten es für richtig, daß Sie uns jetzt zwingen wollen, Ihren Weg zu gehen. (Abg. Rösch: „Demokratisch! Mit Mehrheit!“) Aber Sie glauben, daß wir uns Ihren Weg, der niemandem dient und der das Wahlverfahren erschwert, aufzwingen lassen. (Zwischenruf bei OVP: „Sehr richtig!“) Hohes Haus, es ist völlig überflüssig, über den Wert der gelockerten Liste hier zu streiten, die gelockerte Liste

hat sich in der Steiermark eingeführt, die gelockerte Liste wird wieder kommen, auch wenn sie diesmal verschwinden sollte. Das steirische Volk wird sich das Recht der Auswahl seiner Vertreter aus dem Parteispeisezettel nicht nehmen lassen. (Beifall.)

Hohes Haus, ich gebe zu, daß die Streichung und die Reihung für die Kandidaten nicht angenehm ist. Aber wir haben immer wieder gesehen, daß gerade diese Freiheit und Freizügigkeit der Auswahl, die der Wähler hat, letzten Endes dazu beigetragen hat, daß eine gewisse Wahl- und Parteimüdigkeit überwunden werden konnte. Sie argumentieren dagegen, daß es Fehlaktionen gäbe. Daß es gelenkte Aktionen gegeben hat, das mag sein. Aber beweist das nicht, daß trotzdem die Parteileitung diese gelockerte Liste nicht abgeschafft hat, sondern sie bei allen Wahlen des Bundes und des Landes beibehalten hat? Wir haben vor unsere Kandidaten niemals einen Schleier vorgezogen, wir haben die Männer vor der Wahl vor den Vorhang hinausgestellt, damit der Wähler auch über die Kandidaten entscheiden kann. Sie haben sie in die sicheren Gemäcker der Parteiberatungssäle hineinverpflanzt. (Zwischenruf bei SPO: „Wer trifft bei der ÖVP die letzte Entscheidung?“) (Abg. B a m m e r : „Der Bundesparteirat der ÖVP!“) (Abg. W e g a r t : „So schlecht informiert sind Sie?“)

Meine Herren und Damen, Hoher Landtag, ich muß sagen, die Mentalität und Meinung des Volkes, über die wir ja schon gesprochen haben, scheinen Sie nicht allzu hoch einzuschätzen. Es ist mir heute schon gesagt worden, daß man der Meinung sei, ich lese Ihre Ergüsse zu genau, ich habe schon angeführt, vielleicht ist das eine alte Vorliebe von mir (Zwischenruf R ö s c h : „Für uns!“) Ich muß gestehen, ich werde dadurch in meiner Überzeugung immer mehr und mehr durch ihre Veröffentlichungen bestärkt. Es überrascht mich immer wieder, weil ich dadurch sehe, daß Ihr Weg sich politisch trotz aller Mahnrufe nicht nach vorwärts, sondern nach rückwärts, also in die verkehrte Seite richtet. Ein Herr Heinz Brandl, ich glaube ein Redakteur, der in der letzten Zeit sich sehr stark bemerkbar gemacht hat und der jetzt in der Zeitung eines unserer Bundesländer einige Schüsse abgegeben hat, die nicht die Österr. Volkspartei, auch nicht die Volkswirtschaft gefährden, aber immerhin unverantwortlich sind. Dieser Herr Brandl schreibt folgendes in der offiziellen SPO-Zeitschrift unter dem Titel „Lehren aus den Wahlen über die Wahlen“. Ich bringe dies auszugsweise, um Sie nicht zu ermüden. „Die beiden großen Parteien Österreichs verfügen über eine sichere, traditionsbewußte Anhängerschaft, die bei der SPO und bei der ÖVP gleich stark sein dürfte. Den Ausschlag auf die Mehrheit bei den Wahlen gibt eine rund $\frac{1}{2}$ Million starke, fluktuierende Wählermasse, die ihre Stimmenabgabe von Wahl zu Wahl genau überlegt und sich diesmal zum Großteil in das Lager der ÖVP geschlagen hat.“

Und das ist jetzt das für Sie nicht gerade Schmeichelhafte und bestätigt das, was ich schon früher angeführt habe: „Nachdem die Nachfolgepartei des VdU, die Freiheitspartei Österreichs, sich als zu wenig stark erwiesen hat und als zu wenig

attraktiv für diese zum großen Teil aus einer ehemals freiheitlichen liberalen Mittelschichte stammenden Wählerschaft“ gezeigt hat“

Sie können sich mit Recht beschweren, aber der neue Vertrag beweist, daß Sie die FPO, von der steirischen Sozialistischen Partei noch als attraktiv genug empfunden worden sind, um ihnen vielleicht die Kastanien aus dem Feuer zu holen. (Abg. R ö s c h : „Vor 6 Monaten war für Sie die Partei attraktiv genug!“) Und nun bringt der Schreiber dieser Zeilen sehr stark und sehr klug zum Ausdruck, daß die Vereinfachung das Um und Auf ist. Vereinfachung in der Propaganda, im Wahlvorgang usw. Unter den „Blättern“, die da gefallen sind, sind mehrmals die Meinungen vertreten gewesen. Bei den Ausführungen von gestern und heute ist von allen, ich weiß nicht, ob Herr Abg. Pölzl dabei war, ich habe ihn nicht gehört, von allen übrigen Parteien, die für diesen Antrag sind, zum Ausdruck gebracht worden, daß man die Möglichkeit hat, jetzt vor den Wahlen den Wähler aufzuklären. Deshalb habe ich gesagt, es widerspricht den Grundsätzen und Forderungen der Vereinfachung, wenn bei allen Versammlungen eine so große Partei für die Einführung dieses komplizierten Stimmzettels eintritt. Ich wiederhole nur das, was hier mehrmals im Laufe der Verhandlungen anerkannt und zu uns gesagt wurde. Dieser Vereinfachung, dieser Meinung schließen Sie sich nicht an, obwohl er dann schreibt: „Das alles macht die Propaganda, das soll uns eine Lehre sein, daraus müssen wir den richtigen Schluß ziehen, wenn wir nicht bei den nächsten Wahlen eine weitere unangenehme Überraschung erleben wollen.“ Gar so hoffnungsvoll ist er also nicht. Und trotzdem sind Sie für die Erschwerung, sind Sie gegen die notwendige Einfachheit und Vereinfachung, ja noch mehr, Sie schaffen eine einfache, wohleingeführte, bekannte Methode ab, um eine komplizierte, eine verwirrende hinzusetzen.

Nun kommt er zu der von Ihnen nicht ganz ernst genommenen Mentalität. Seite 243, wieder links: „Es wird vor allem notwendig sein, die Mentalität aller Schichten, besonders aber jener, die den Pendelausschlag beim Wahlauskang hatten, genau zu erforschen.“ (Zur SPO.) Sie haben sich das Erforschen des Pendelausschlages leicht gemacht mit dem Pendel da. (Abg. R ö s c h : „Solange Sie die Feder waren, war Ihnen das Pendel recht!“) Wir wollen nicht über die Uhr reden. (Abg. R ö s c h : „Weil Sie vom Pendel reden!“) Es ist das nicht so aufzufassen. Ja und er schreibt sehr ausführlich über diese Mentalität der Wähler der österreichischen Bevölkerung. Aber das Entscheidende ist auf der Seite 244 zu lesen. Hier schreibt er, daß die Werbung, die politische Werbung, offensiv geführt werden muß, denn sie ist sonst nicht das Geld wert, das 1 kg Papier kostet, die Verteidigung ist da unglaublich langweilig und die Langeweile verkauft sich schlecht. Dieses Rezept ist das Rezept für eine Oppositionspartei. Dieses Rezept müßte sich der VdU zu Gemüte führen. Aber für die Sozialistische Partei, für eine Regierungspartei, die mitbeschließt, mitentscheidet, mitbestimmt . . . (Abg. R ö s c h : „Zu Ihrem Leidwesen!“) Vielleicht finden Sie, daß das mehr als gut ist für die Bevölkerung. Eine Regierungs-

partei, die mit beratet, mitstimmt, entscheidenden Einfluß hat auf die politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse dieses Landes in den letzten 11 Jahren, eine solche Partei müßte sich auch in ihrer Propaganda letzten Endes zur Verantwortung bekennen. Hier sind wir da, wo ich gemeint habe, daß dieses Zwischenspiel im Steiermärkischen Landtag ein Ausfluß der innerpolitischen Lage Österreichs ist. Nicht nur hier, sondern auch in Wien ist die Enttäuschung über den erträumten und erhofften Sieg, die Mehrheit der Führung vollständig zu erreichen, nicht überwunden worden. Ich bin überzeugt, nicht alle, aber leider ist es ein sehr aktiver und einflußreicher Teil Ihrer Führungsschicht, haben diese Enttäuschung dazu benützt, um jetzt plötzlich zu sagen: „Was ist mit dem, was vor den Wahlen versprochen worden ist?“ Meine Herren, die ÖVP hat in der verflorbenen Legislaturperiode, nicht zuletzt mit Ihrer Hilfe, ich möchte das betonen, ihre Versprechungen eingehalten, die ÖVP wird auch in der laufenden Legislaturperiode ihre Versprechen, wenn nicht Sie diese verhindern, einhalten. (Bravorufe bei der ÖVP.) (Abg. Afritsch: „Das war ein Meisterstück der Demagogie!“) Ihre Persönlichkeit in Ehren, aber hier gilt Ihre Klassifikation nicht, hier sitzen Sie als Parteimann. Ich möchte nur sagen (LH.-Stellv. Horvatek: „Sind Sie nicht auch Parteimann?“) (Abg. Pölzl: „Was ist mit den 15%, Herr Landesrat?“) (Abg. Scheer: „Das Brot ist teurer geworden, die Preise sind erhöht worden!“ „Es ist versprochen worden, daß die Preise stabil werden. — Ich stelle fest, einige Monate nach der Wahl ist das schon teurer geworden, wie verträgt sich das mit den großen Versprechungen. Herr Landesrat?“ (Zwischenrufe.) (Heftiger Lärm!) Hohes Haus! (Abg. Scheer: „Das sind Tatsachen, Herr Landesrat!“) Ich frage Sie, meine Herren, was haben Sie in den letzten Jahren getan, um die politische und wirtschaftliche Lage in Österreich vorwärts zu bringen? Nennen Sie mir einen Antrag! (Abg. Scheer: „Wir haben konstruktiv gearbeitet!“) (Abg. Strohmayer: „Seitdem wir hier sind, geht es bergauf!“) (Abg. Scheer: Ich stelle fest, daß wir das Blindengesetz zugunsten der Blinden geändert haben!“) (Abg. Dr. Pittermann: „Auf das Gleichgewicht kommen wir noch zurück!“) (Abg. Scheer: „Nur machen wir nicht so viel Propaganda damit, das ist der Unterschied!“ — Hat der Herr Landesrat Stephan nicht genug geleistet in der Regierung?“) (Zwischenruf Pölzl. Anhaltender Lärm.) Herr Kollege Pölzl, Sie können versprechen was Sie wollen, Ihnen glaubt man nichts, und Sie brauchen es auch nicht zu halten. (Abg. Sebastian: „Der ÖVP hat man es geglaubt und jetzt halten Sie es nicht.“) (Abg. Scheer: „Was ist mit dem Milchpreis, was ist mit dem Brotpreis?“) (Heftiger Lärm!) Schauen Sie, meine Herren von der Freiheitlichen Partei Österreichs, Sie haben dort und da überhaupt nichts verlangt. Sie haben einmal beim Budget erklärt, wenn wir 60.000 Schilling bekommen, sind wir zufrieden. (Abg. Scheer: „Das ist nicht wahr!“) (LHSt. Horvatek: „Man kann nicht mehr verlangen als man geben kann.“) (Heftiger Lärm.) (Abg. Scheer: „Weil wir verantwortungsbewußt genug sind, um nicht mehr zu verlangen als wirklich da ist!“)

(Zwischenrufe.) (Abg. Strohmayer: „Sie setzen sich doch selbst herunter, Herr Kollege. Man muß Nerven haben, so etwas anzuhören!“) (Lärm.) Ich muß vorerst feststellen, daß der Herr Abg. Strohmayer auch persönliche Urteile über mich ausgesprochen hat. (Abg. Strohmayer: „Wann denn?“) Jetzt! Sie sind wirklich von einem kindlichen Gemüt, aber Ihr politisches Urteil war doch immer ein Fehlurteil und es wäre ein Unheil, wenn sich jemand nach Ihrem politischen Urteil richten würde.

Nun, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, ich komme nur mit Tatsachen. Schauen Sie, ich könnte jetzt sagen, das was Sie vom Finanzminister in Wien verlangen, das könnten wir auch von unserem Finanzreferenten verlangen. (Abg. Sebastian: „Der hat es ja nicht versprochen!“) Alles in Ehren, könnte er sagen, aber ich habe es nicht. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek hat sich bei diesen Forderungen, die ja wirklich oft nicht bescheiden sind, die richtige Methode zurechtgelegt. Er sagt: „Ich habe dafür volles Verständnis, aber das Geld habe ich nicht.“ (Abg. Rösch: „Er verspricht wenigstens nichts!“)

Und nun zu den Versprechungen! Wie Ihr und jeder Finanzreferent, ob in den Ländern oder im Bund, nur so viel geben kann als er hat, so kann auch jeder Finanzminister nur so viel geben als er hat. Es wird immer leichter sein — auch in der Familie zeigt sich das — Geld zu verlangen als Geld zu geben. Und nun zu den Versprechungen! (Abg. Sebastian: „Der Familienvater hat es ja versprochen!“) (Abg. Dr. Kaan: „Herr Sebastian, Sie machen ja mit Ihren Zwischenrufen Obstruktion!“) Schauen Sie, Sie wissen genau so gut wie wir und wie auch der VdU und der Herr Abg. Pölzl es wissen, daß über die Höhe des Budgets, des gesamten Bundesbudgets auf Parteibasis, oder ich weiß nicht, wie dieser Parteienrat heißt, bindende Absprachen getroffen werden. Abmachungen, denen ihre Minister und Parteiführer restlos zustimmen. Es ist dann über das sogenannte Eventualprogramm von 2½ Milliarden Schilling gesprochen worden, darüber sind ebenfalls fixe Bindungen eingegangen worden, es ist klar, daß der Zweck dieser Bemühungen der aus der Verantwortung getragene Wille ist, die Stabilität, den Arbeitsplatz, die Verdienstmöglichkeiten, die Zukunfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere Jugend nicht zu gefährden und die Jugend zu schützen. (Abg. Sebastian: „Wir verantworten und Ihr verspricht, das ist der Unterschied!“)

Sie, die SPO, haben nicht nur in diesem Beirat mit Unterschrift sich zu dieser Festlegung der Budgetgrundsätze bekannt. (Abg. Sebastian: „Mit Ausnahme der Beamtengehälter!“) Sie haben den Entwurf des Finanzministers, der auf Grund dieser Vereinbarung dem Ministerrat vorgelegt wurde, ebenso einstimmig mitbeschlossen und wenn Sie jetzt einige Wochen nachher, es ist das nicht die einzige Forderung (Abg. Sebastian: „Die 100 Millionen für den Wohnungsbau!“), wenn Sie heute mit neuen Forderungen kommen, obwohl sie vorher zweimal mitgestimmt, mitbeschlossen, mitverantwortet haben, dann ist das nicht ganz ernst zu nehmen, dann muß das als das gewertet werden,

was Sie jetzt vorbereiten, als Auftakt für die nächsten Wahlen. Wir sind der Auffassung, daß sobald es möglich ist, diese Vollvalorisierung der Beamtengehälter erfolgt. Es kann Sie trösten, wir wären vielleicht auf manchen Gebieten schon weiter, wenn nach den Wahlen die österreichische Wirtschaft nicht gerade von Ihnen, meine Herren, immer wieder beunruhigt würde. Wenn da eine Zeitung von Ihnen schreibt, der Schilling ist in Gefahr, die Inflation kommt, wenn man hier mit allen Mitteln den Weg der Vernunft und Verantwortung auszuschaukeln versucht, dann, meine Herren! Hüten wir uns, daß diese Lawine, die Sie ins Rollen bringen wollen, nicht nur die Volkspartei, sondern auch Sie in den Abgrund stürzt. (Abg. R ö s c h : „Sie waren ja das! Lesen Sie den Leitartikel in der Tagespost!“) (Abg. Dr. K a a n : „Was hat die ‚Neue Zeit‘ in Kärnten geschrieben?“) (Landesrat Fritz Matzner : „Sie hat das geschrieben, was der Finanzminister gesagt hat.“) (Stürmische Zwischenrufe, Lärm, anhaltende Unruhe.) Meine Herren (zu der Freiheitspartei gewendet), fragen Sie Ihren neuen Partner, wieso es zur Brotpreiserhöhung gekommen ist, der kann Ihnen eine offizielle Auskunft geben, wenden Sie sich an ihn, wenn Sie mit der Innenpolitik nicht zufrieden sind, Sie haben ein Recht darauf, von ihm die Auskunft zu erhalten, denn die SPÖ und ihre Führer waren überall, wenden Sie sich an Herrn Präsidenten Böhm, an Ihren neuen Freund, wenn Sie eine Auskunft wollen. Ich glaube (Zwischenruf Abg. P ö l z l.) Schauen Sie, Herr Kollege, Sie haben es nicht notwendig. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich mich von Ihnen von meiner sachlichen Linie nicht abbringen lasse. Herr Präsident Scheer, hätten Sie das in ihren Vertrag hineingegenommen, daß Sie ständig Informationen bekommen, damit Ihre Neugierde befriedigt werden kann. Verlangen Sie nicht von uns Informationen, halten Sie sich dort an, wo Sie sich angeschlossen haben. (Präsident Scheer : „Die ÖVP hat versprochen, daß die Preise gehalten werden und jetzt wird der Brot- und der Milchpreis höher!“) (Abg. L a c k n e r : „Beim Christbaum fallen die Blätter!“) Abg. S t ö f f l e r : „Was müssen Sie für einen Christbaum haben!“) Wenn Sie die Kraft und den Mut haben, Herr Abg. L a c k n e r, unserem Auflösungsantrag zuzustimmen, können wir die Entscheidung auch für diesen neuen Stimmzettel vor den Christbaum legen. Sie wollen sich dieses Christgeschenk nicht holen, Sie zweifeln etwas daran. (Abg. L a c k n e r : „Wir wollen den Geschäftsbetrieb am Goldenen Sonntag nicht stören.“) (Zwischenrufe.) Das ist ein Argument, es ist dies schon mehrmals angezogen worden, ich würde einen Artikel darüber schreiben. Ich bin bei Seite 244, links unten oder in der Mitte. (Abg. P ö l z l : „Immer links!“) Die Zeitung hat das immer links. Hier spricht der Verfasser ausdrücklich von der Mentalität der Bevölkerung und er warnt sehr, dieser Mentalität der Bevölkerung nicht Rechnung zu tragen. Er sagt der Sozialistischen Partei darüber prophetische Worte voraus, wenn sie sich nicht bequemt, etwas mehr sich um die Meinung des einfachen Menschen zu kümmern, wenn sie der Mentalität des Volkes nicht mehr Rechnung trägt, dann werden für sie die künftigen Wahlergebnisse noch

dürftiger sein. (Immer wieder Gegenrufe und Lärm. Redner wird mitunter unverständlich.)

Ich halte es für notwendig, weil wir meinen, wenn wir dieser Mentalität der Bevölkerung hinsichtlich des geplanten Stimmzettels nicht Rechnung tragen, dann wird nicht nur die Partei, sondern die Demokratie letzten Endes ein Debakel zu verzeichnen haben. (Zwischenruf LR. M a z n e r.) Schauen Sie, Herr Matzner, wenn ich so böse wäre, müßte ich sagen, bringen Sie mir ein Buch über die Volkswirtschaftslehre, bringen Sie mir Auszüge aus einem Sozialwirtschaftsprogramm, wissen Sie, man müßte es eigentlich tun, weil Sie eine bestimmte Nervosität zeigen und immer wieder versuchen, nicht gerade in glücklicher Weise die Dinge hier zu erschweren. Schauen Sie, das haben schon andere versucht und haben es nicht zusammengebracht.

Herr Brandl schreibt, daß vor allem diese Mentalität der Bevölkerung sichtbar wird im Verhältnis der Bevölkerung zum Bürokratismus. Ich möchte nicht mißverstanden werden, ich müßte nicht einige Jahre in diesen Amtsgebäuden herumgekommen sein, wenn ich nicht wüßte, wie notwendig ein guter Beamtenapparat, eine gute Beamtenschaft des Landes und des Staates ist. Ich möchte von vornherein erklären, daß ich mit diesem Wort Bürokratismus nicht im entferntesten unsere treue Beamtenschaft irgendwie angreifen möchte. Ich möchte mit dem Wort Bürokratismus nur jene Auswüchse aufzeigen, die gerade von Ihrer Partei irgendwie bewußt gefördert werden. Jeder Bürokratismus — nicht ich sage das, sondern Ihr Parteitheoretiker und Journalist sagt das — sei für sie und für die österreichische Demokratie schon zum Ideol geworden. Deshalb möchte ich Ihnen diese Dinge zur Kenntnis bringen und sie benützen, um unsere Auffassung über diese geplante Wahlordnung zu unterstreichen und zu unterstützen. Der Verfasser sagt hier: „Der Bürokratismus belastet heutzutage bereits die besten Errungenschaften der Sozialpolitik ebenso wie die gesamte Sozialversicherung.“

Den Ruf nach mehr menschlichem Verständnis, nach mehr persönlichem Entgegenkommen in allen Institutionen, in denen die Sozialisten maßgeblich mitbestimmen, soll man aber nicht nur wegen des Bemühens um eine bessere Stimmung unter der Bevölkerung erheben, sondern in erster Linie, weil die Befreiung des Menschen vom Druck der Behörden und der Ämter wirklich notwendig sei und heute das Ziel sozialistischer Politik sein müsse“.

Wer will mir beweisen, daß die geplante Wahlordnung nicht auch ein Schritt dorthin ist, den der Verfasser Ihrer parteiamtlichen Zeitung so sehr verurteilt? (Zwischenruf.) LH. K r a i n e r : „Durch die Abgeordneten und nicht durch die Beamten!“ Täuschen Sie sich nicht, wenn er Institutionen anzieht, wie die Sozialversicherung, wenn er hier auch den Parteiapparat nennt und des üblen Bürokratismus beschuldigt. (Zwischenruf.)

Ja, Hoher Landtag, ich glaube also, daß wir davon Abstand nehmen sollten und ich möchte noch einmal sagen, lassen wir den Wähler mit dem bewährten bisherigen Stimmzettel auch über den neuen amtlichen Stimmzettel abstimmen. Nehmen wir auf die Mentalität unseres Volkes Rücksicht.

Glauben wir ja nicht — wenn ich heute in einer Ihrer Zeitungen gelesen habe, daß auch in der Gemeinde, anläßlich des Antrages der ÖVP auf Auflassung eine lustlose Stimmung bestanden habe —, glauben wir ja nicht, daß die Bevölkerung eine derart einschneidende Änderung wie diesen Stimmtzettel, ohne dagegen zu remonstrieren, einfach hinnehmen wird, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, aber im Inneren, und sich damit abfinden wird, daß man dem Menschen, vor allem dem einfachen Menschen, das demokratische Mitleben wieder etwas erschwert, anstatt erleichtert hat. Ich befürchte nicht, wie Sie sagten, daß sich die Leute nicht auskennen werfden — zum Teil wird das ja der Fall sein — ich fürchte vielmehr, daß diese unnötige und schädliche Abänderung der steirischen Landtagswahlordnung die Freude am Mitgehen und am Mitarbeiten nicht fördert, sondern schädigt.

Es sind heute hier während meiner Rede und jetzt hat es der Herr Abg. Hueber wieder getan (Zwischenrufe), Voraussagen gemacht worden. Es wurde gesagt, welcher Tag wird letzten Endes der Wahltag sein. Ich kann mir vorstellen, daß wir bei der nächsten Wahl im Lande einen Landtag erhalten, bei dem die ganz rechts und ganz links sitzenden Gruppen ziemlich „entblättert“ sein werden. (Zwischenruf.) Sie wünschen das nicht! Und doch, die ganz Rechte und die ganz Linke werden entblättert sein! Und die Sozialistische Partei? Unterschätzen Sie die Stimmung in Ihren Reihen nicht auch gerade hinsichtlich der Erschwerung der Wahldurchführung. Sie wird Haare lassen müssen! (Abg. Pölzl: „Eine glänzende Chance!“) Aber die Sozialisten werden am Leben bleiben und ich glaube, Sie von der Sozialistischen Partei, daß sie auch hier in der Steiermark wieder den Boden, den sicheren Boden der gegebenen Notwendigkeiten und Wirklichkeiten finden. Sie aber und Sie (zur WdU und KPO gewendet), bei Ihnen wird man überlegen müssen, ob man im künftigen Landesbudget nicht einen Posten für die üblichen Staatsbegräbnisse einbauen soll. (Heiterkeit.) (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Durch die Wortmeldung des Herrn Landesrates Pirsch ist nach § 36 der Geschäftsordnung die Wechselrede neu eröffnet.

Ich erteile dem Herrn Abg. Stöffler das Wort.

Abg. **Stöffler** (die Ausführungen des Redners sind andauernd von Zwischenrufen und Unruhe begleitet, so daß sie mitunter unverständlich werden):

Hohes Haus! Bekanntlich ist der vorliegende Antrag vom VdU bzw. WdU bzw. FPO — den neuen Namen weiß ich noch nicht —, er ist jedenfalls von Ihnen und es ist eindeutig, daß sein Zweck eine Unterstützung Ihres Organisationsapparates ist. Die Meinung des Herrn Berichterstatters, daß mit dem neuen amtlichen Stimmtzettel vermieden würde, daß ein Wähler gerade den Stimmtzettel, der da ist, den Stimmtzettel einer großen Partei nimmt, eine solche Auffassung von der Wählerschaft bedeutet dieselbe geringe Einschätzung der Wähler, wie Sie sie uns unterschieben wollen; (DDr. Hueber: „Wollen Sie mit mir polemisieren? Mir haben Sie das verbieten wollen!“) Sie haben mit mir nichts zu reden. (Landeshauptmannstellvertreter Horva-

tek: „Wer sagt denn das?“) (Abg. DDr. Hueber: „Sie, Demagoge, Sie!“) Es ist mein gutes Recht, zu den Ausführungen des Berichterstatters Stellung zu nehmen und diese Ausführungen zu kritisieren. Es ist ganz ungehörig, daß sich der Berichterstatter auf diese Weise alteriert. Das ist noch nicht da gewesen in diesem Hohen Hause. (Abg. DDr. Hueber: „Ich werde mich an Sie in meinem Schlußwort erinnern!“) Auch die Feststellung des Herrn Landesrates Dr. Stephan, daß dieser amtliche Stimmtzettel die einzige wirklich demokratische Möglichkeit zur Stimmenabgabe ist, ist nicht ernst zu nehmen.

1.) Ist bisher in der Wahlzelle der Wähler völlig unbeeinflusst geblieben, auch unbeeinflusst von einem etwaigen Druck und der Macht des politischen Funktionärs und unbeeinflusst von der Macht des Arbeitgebers, wenn Sie wollen.

2. Wer einen passenden Stimmtzettel nicht zur Hand hatte, konnte sich bisher des amtlichen Stimmtzettels bedienen.

3. In allen jenen Fällen, in denen einem Wähler auf Grund seiner Gebrechlichkeit physische Hilfeleistung geboten werden mußte, wird es auch in Zukunft notwendig sein, physische Hilfeleistung zu bieten, und zwar wahrscheinlich in noch erheblicherem Ausmaß als bisher. Die einfache Hingabe des Stimmtzettels ist jedenfalls eine leichtere Verrichtung, als ihn noch zu lesen, anzukreuzen und dann ihn erst hinzugeben. Die Einflußnahme auf die Abgabe der Stimme ist bei diesen Menschen mehr möglich als bei anderen. Es tut si chda ja manches, wie man hört. Besonders tüchtige Parteiagitatoren haben es immer wieder verstanden, in Anstalten und Betrieben — wie man hört — dafür zu sorgen, daß die dort befindlichen Hilflosen den „richtigen“ Stimmtzettel erhalten. Das wird in Zukunft leider auch sein. (An die SPO gewendet.) Ich kann Ihnen einige Orte nennen, wo Sie sehr tüchtige solcher Funktionäre haben. Bei dem amtlichen Stimmtzettel, wie er jetzt kommen soll, wird es aber noch viel mehr möglich, eine Beeinflussung des Wählers durchzuführen. Es ist daher die Argumentation des Herrn Landesrates Stephan völlig daneben gegangen.

Warum stellt sich nun die SPO so sehr hinter den amtlichen Stimmtzettel? Sie ist doch eine gewichtige Partei, hat viel Geld, sie braucht keine Stützung ihres Organisationsapparates, sie hat den größten Apparat. Abg. Taurer hat gemeint, daß die Wettbewerbsfähigkeit einer Partei in den Verteilungsmöglichkeiten der Stimmtzettel liege. Wenn er das glauben würde, was er gesagt, hätte die Sozialistische Partei bisher alle Wahlen gewinnen müssen. Wenn die Zustellungsmöglichkeiten der Stimmtzettel für das Gelingen einer Wahl so bedeutsam wären, hätte die SPO stets gewinnen müssen, denn sie hat den besten Zustellungsapparat aller Parteien und bei allen Wahlen gehabt. (Abg. Rösch: „Dank für die Anerkennung!“) Sie haben den straffsten Apparat, bei Ihnen muß man am meisten gehorchen. Es gibt manchen gezwungenen Freiwilligen bei Ihnen, viele sogar, sehr viele, die Ihnen Leistungen zu erbringen haben, weil sie sonst fürchten müßten, daß sie in ihrer Existenz Schaden leiden. Wir wissen, worum es Ihnen geht! Es ist dies schon anläßlich der Ausführungen des Herrn Landesrates

Dr. Stephan zu erkennen gewesen. Die SPO möchte sich mit diesem amtlichen Stimmzettel 1. der Freundschaft des VdU versichern und 2. will sie Verwirrung schaffen, weil es vielleicht auf diesem Wege gelingen könnte, daß in diesem Land ein Roter Landeshauptmann wird. (Abg. Rösch: „Eine Angst haben Sie!“) Wir haben noch nie Angst vor Ihnen gehabt. (Abg. L a c k n e r: „Die Angst haben Sie schon im März gehabt!“) Aber Sie werden sich täuschen, wenn Sie glauben, daß es Ihnen gelingt, durch Verwirrung zu der relativ stärksten Partei zu werden oder durch Ihre Freundschaft mit dem VdU zu einem roten Landeshauptmann zu kommen.

Um diese Freundschaft besonders zu pflegen, hat man auch in Erwägung gezogen, die Landtagsperiode von 4 auf 5 Jahre zu verlängern. (Abg. Rösch: „Da sind Sie völlig falsch unterrichtet. Einer solchen Verlängerung würden wir nie zustimmen.“) Eine solche Verlängerung der Landtagsperiode würde zumindestens für die Hälfte des VdU ein Geschenk sein und kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Es war doch bemerkenswert, mit welchem breiten Lachen und mit welchem Vergnügen die Damen und Herren der SPO den Applaus des VdU genossen haben, als der Herr Landesrat Dr. Stephan meinte, es hänge von seiner Fraktion ab, ob ein roter Landeshauptmann kommt. Sie haben gesagt: „Er kommt auch.“ Und der Herr Präsident Scheer hat dann gemeint: „Wenn wir wollen, dann kommt er.“ (Präsident Scheer: „Ich habe erklärt, daß das schon beim derzeitigen Landeshauptmann möglich gewesen wäre.“) (Zwischenruf Abg. Rösch: „Was ist mit der Verlängerung?“)

Ich weiß genau, um was es geht. Das Verhalten der SPO zu dieser Frage kommt nicht von ungefähr, auch nicht aus der Vertretung der vorliegenden Materie, sondern es reiht sich ein in das derzeitige Gesamtverhalten der Sozialistischen Partei. Und dieses Verhalten der SPO ist gekennzeichnet durch einen Generalangriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (Zwischenruf.) Der Raab-Kamitz-Kurs paßt Ihnen nicht. Sie hätten lieber den Schärf-Waldbrunner-Kurs gehabt, aber auf diese Absicht hat die Bevölkerung sauer reagiert.

Man spricht in der Welt sehr viel von dem österreichischen Wunder, wir können uns darüber freuen, aber ein bißchen verdanken wir dieses Wunder doch dem Raab-Kamitz-Kurs. Daß die Sozialistische Partei am 13. Mai nicht die Erfüllung ihres Machttraumes gefunden hat, daran ist nicht zuletzt die bisherige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Staate schuld. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Sie stets gestört hat, die wir erkämpfen mußten, sie ist schuld, daß man Sie nicht gewählt hat, das wissen Sie doch so gut wie wir. Weil Sie das wissen, reagieren Sie auch nach dem Wähler auf diesem Gebiet.

Die ersten Lebenszeichen waren Klassenkampf. Ich erinnere an die Auslassungen des Herrn Nationalrates Eibegger und auch heute noch sieht man diese Klassenkampftendenz.

Die „Neue Zeit“ vom 10. Oktober zeigt sie mit dem Artikel „Die Unfähigkeit des Kapitalismus“. Es ist in Österreich ziemlich problematisch, über den Kapitalismus zu reden. Man weiß, daß Sie dabei die

Methode „Haltet den Dieb!“ anwenden, denn bei Ihnen sind die Kapitalien gehäufte als sonst bei irgend einem Privatmann. Aber wie leicht und billig wird die angebliche Unfähigkeit des Kapitalismus argumentiert, wenn dem nordamerikanischen Kapitalismus vorgeworfen wird, er sei schuld, daß in Asien der Lebensstandard so schlecht sei. Dort regieren ja Männer Ihres Sinnes, die Männer der roten Front, sie haben ja die Schuld, aber nicht der nordamerikanische Kapitalismus. Diese nordamerikanischen Kapitalisten sind imstande, dem Volk, das nach Ihrem Sinne wirtschaftlich geführt wird, den höchsten Lebensstandard dieser Erde zu ermöglichen. Wozu waren dagegen die Marxisten dieser Welt imstande? Getreu der Binsenweisheit, daß der rote Weizen dann am schönsten blüht, wenn der Dünger aus lauter Unzufriedenheit besteht, beginnen Sie hier Unzufriedenheit zu schaffen.

Ich erinnere mich an die Debatte zum Budget 1956. Ich habe damals eingangs meiner Ausführungen festgestellt, daß wir im Jahre 1955 zweifellos mehr zufriedene Menschen finden werden, als im Jahre 1945 zu finden waren. (Beifall bei ÖVP.) Das war eine Feststellung, die doch kein vernünftiger Mensch bestreiten kann. Meine Feststellung hat Ihre Opposition und die des Herrn Pölzl gefunden, weil Ihnen die Tatsache, daß es heute in Österreich mehr Leute gibt (Abg. Pölzl: „Die Sie an der Nase herumführen!“), die zufrieden sind, nicht paßt. Sie sehen darin eine Gefahr für Ihre Partei. Denn, wenn Unzufriedenheit herrscht, dann können Sie existieren. Auf breiter Basis schaffen Sie Unzufriedenheit.

Ich stelle diesem Bemühen folgendes gegenüber: Der Beschäftigtenstand hat in diesem Jahr eine neue Rekordhöhe erreicht. Die Industriesparten melden durchwegs eine Erhöhung der Produktionsziffern. Im vergangenen Sommer haben Österreicher für Auslandsreisen rund 600 Millionen Schilling verbraucht. Im vorigen Jahr waren es rund 400 Millionen Schilling. Wenn ein Volk den Aufwand für Erholungsreisen ins Ausland um 50% zu steigern vermag, dann möge doch niemand sagen, es sei heute Ursache, unzufriedener zu sein als früher. Natürlich gibt es Bevölkerungsgruppen, die noch als Stiefkinder zu bezeichnen sind, Stiefkinder, die am Rande der Früchte dieser Konjunktur stehen; das sind die Kleinbauern, jene Menschen, die eine außerordentliche Unterbewertung ihrer Arbeit erfahren und trotzdem versuchen, diese Betriebe zu halten, jene Kleinbauern, die nur durch die Unterbewertung ihrer Arbeitsleistung noch existieren können.

Der Index der Arbeiterlöhne steht zur Zeit im Durchschnitt auf 828. Berechnungsgrundlage hierfür sind die Wiener Arbeitertariflöhne, denn steirische einschlägige Statistiken werden leider nicht geführt. Der Hilfsarbeiterlohnindex lautet 987,1, während der Facharbeiterlohnindex auf 723,7 steht. Diese Indizes beruhen auf der Annahme: 1945 = 100.

Meine Herren von der SPO, Sie tun immer so groß, daß Ihnen allein die Erfolge der von Ihnen geführten Gewerkschaften gutzuschreiben seien. Diese Ziffern zeigen, welcher Art die Erfolge sind,

die Sie auf diesem Weg erreichen, nämlich, daß der Mann, der etwas kann, einen um 200 Points geringeren Index hat als der, der nichts gelernt hat. Da machen Sie ja die richtige Politik! Keine! Wer tüchtig ist, muß gefördert werden, wenn wir existieren wollen. Wir werden tüchtiger und fleißiger werden müssen, wir werden den, der bereit ist zu lernen, fördern und dann besser bezahlen müssen. Sie drücken aber mit diesem Index gerade den, der etwas lernt, der etwas werden will, herunter. Wer aus der Masse herauskommt, der paßt Ihnen nicht. (Gegenrufe bei der SPO.) Diese Ziffern lassen aber auch noch folgende Betrachtung zu. Der Beamte, der heute um eine Gehaltserhöhung kämpft, ist sicherlich mindestens dem Facharbeiter gleichzuhalten. Wer ist nun schuld, daß der Index der Beamtengehälter so tief ist? Wer ist schuld, daß der Beamte, der die Verantwortung zu tragen hat, einen wesentlich niedrigeren Index hat, als der, der mindere Arbeiten verrichtet? Wir haben diese Nivellierung nicht herbeigeführt, sondern wir haben die Entnivellierung in die Wege geleitet und vor allem unser Bundeskanzler Raab hat viel dazu beigetragen. (Händeklatschen bei der ÖVP.) Und nun ein offenes Wort zu den Beamten. (Landesrat Matzner: „Sie sollten sich schämen, auf die Bergarbeiter loszugehen, auf jene, die am wirtschaftlichen Wiederaufbau so mitgeholfen haben!“) Sie sind sich wohl nicht im klaren darüber, daß der Hilfsarbeiterlohnindex nicht nur vom Lohn des Bergarbeiters abhängt. (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Der Index mußte gesteigert werden. Fragen Sie, was ein Hilfsarbeiter gehabt hat!“) Ich stelle hiezu fest, daß Ihre Bemühungen für Lohn- und Gehaltserhöhungen nur dann einsetzen, wenn Sie glauben, damit politische Erfolge zu erzielen. Jene Bevölkerungsgruppen, die sich dafür nicht eignen, haben Sie immer links liegen gelassen und dazu gehören auch die Beamten. (Heftige Gegenrufe bei der SPO, Lärm.) (Abg. Węgart: „Warum sind Sie so nervös?“) Sie können durch nichts das moralische Recht nachweisen, für die Regelung der Beamtengehälter reden zu können, weil Sie die Nivellierung, nicht aber die Entnivellierung herbeigeführt haben. (Zwischenruf: „Fragen Sie Ihren Gewerkschaftsbund!“) Sie reden wohl davon, daß Sie dem Kleinen helfen wollen, aber was Sie dem wirklich Kleinen tatsächlich vergön timer, geht deutlich aus folgendem hervor.

Der Einnahmenindex in der Landwirtschaft steht zur Zeit auf 650, d. h. der Index für den Verdienst des Bauern ist um 250 Points geringer als der des Hilfsarbeiterlohnes. Hiezu kommt jedoch, daß sich der Index für die betriebsbedingten Ausgaben in der Landwirtschaft zur Zeit auf 780 stellt. Hier öffnet sich also zum Nachteil der bäuerlichen Substanz eine Schere in der Höhe von 130 Punkten. Wo bleibt Ihr Bemühen, solche zurückgebliebene Einnahmen zu verbessern? Wenn man betrachtet, wie Sie mit Ihren Streikdrohungen und durchgeführten Streiks agieren, so muß man feststellen, daß nicht die Höhe der Löhne das treibende Moment für die Forderungen und die Ausrufung der Streiks sind, sondern daß Sie hiebei in erster Linie die innerpolitischen Auswirkungen Ihrer Handlungsweise im Auge haben. Die Basis für Ihre Handlungsweise sind

in erster Linie die Produktionszweige. Fleisch, Brot und Eisen, das sind zur Zeit die drei Produkte, um die sich Ihre Drohungen und Ihre Streiks bewegen. Brot und Fleisch braucht das Volk zum Leben und wenn das Eisen nicht mehr geschaffen wird, liegt die Wirtschaft brach. Die Aktionen des von Ihnen geführten Gewerkschaftsbundes erfolgen also nach einem bestimmten Einsatzplan, der — und das ist doch klar zu erkennen — nicht von der Höhe der Löhne, sondern, wie schon erwähnt, von der Wirkung der Aktion auf die innerpolitische Lage bestimmt wird. Sie haben das Brot und das Eisen zum Ausgangspunkt Ihrer Aktionen genommen, wahrlich ein harter Würgegriff. (Zwischenrufe der Abgeordneten Lackner und Sebastian: „Sie sind gegen den Donawitzer Streik, wir werden Sie brandmarken!“) Ich will und erwarte nicht, daß Sie mich loben wie Ihren neuen Partner, den VdU, denn auf die Propaganda, die Sie dadurch für mich erzielen würden, bin ich nicht neugierig. Ich bleibe Ihr verlässlicher Gegner, der ich auch jetzt bin, das können Sie glauben. (Abg. Sebastian: „Ein Gegner der Arbeiter also!“) (Zwischenrufe von allen Seiten, andauernder Lärm.) Spielen Sie sich nicht als eine Arbeiterpartei auf. Sie möchten es zwar gerne sein, aber Sie sind es nicht, denn die Arbeiter stehen längst nicht mehr nur in Ihren Reihen. Es ist im übrigen eine Frechheit, mir das Wort im Munde umzudrehen. Ich habe gesagt, daß ich ein Gegner der Sozialistischen Partei bin und Sie wollen daraus machen, daß ich ein Gegner der Arbeiter sei.

Wie richtig meine Feststellung ist, daß Sie nicht wegen der Höhe der Löhne zu gewerkschaftlichen Mitteln greifen, sondern daß für Sie andere Gründe maßgebend sind, zeigen folgende Feststellungen.

1. Die Löhne der Bäckereiarbeiter sind bei weitem nicht die niedrigsten Löhne im Handwerk. Aber die anderen Produkte, die das Handwerk erzeugt, sind politisch nicht so bedeutsam wie das Brot.

2. Die Statistischen Nachrichten geben über die Löhne der Metallarbeiter im Vergleich zu anderen Industriearbeiterlöhnen folgendes Bild:

Die Hilfsarbeiterwochenlöhne betragen in den einzelnen Sparten: Metallindustrie S 259'20, lederverarbeitende Industrie S 252'—, Schuhindustrie S 250'—, Graphisches Gewerbe S 254'—.

Die Löhne für Facharbeiter im ersten Jahr stellen sich wie folgt: Metallindustrie S 312'—, lederverarbeitende Industrie S 258'—, Herren- und Damenkonfektion S 287'—, gewerbliche Maßschneiderei S 231'—.

Die Löhne, sowohl der Hilfsarbeiter als auch der Facharbeiter, liegen, wie sich zeigt, in der Metallindustrie höher als in verschiedenen anderen Sparten der Industrie und des Gewerbes. Wenn man dies aufzeigt, so sucht man vergebens nach dem Grund, warum gerade in Donawitz gestreikt wird, da es doch noch viele Lohnstufen gibt, die viel tiefer liegen als dort, wo man den Streik ausgerufen hat. Damit ist doch wieder bewiesen, daß Sie gerade bei dem Produkt Eisen zum Streik gegriffen haben, weil Sie wissen, daß durch eine Einschränkung oder Einstellung der Eisenproduktion die österreichische Wirtschaft zu wanken beginnt.

Präsident: „Ich muß den Herrn Abgeordneten bitten, zur Sache zu sprechen.“

Abg. Stöffler (fortfahrend): Verehrter Herr Präsident, ich muß dies ausführen, weil es wesentlich dazu beiträgt, das sozialistische Bemühen um den amtlichen Stimmzettel zu erläutern. Erlauben Sie mir daher, Hohes Haus, daß ich zur Frage der Lohn- und Preisentwicklung in Österreich, die von den Sozialisten so einseitig betrachtet und kritisiert wird, Stellung nehme und daß ich aus einer Aufstellung die Entwicklung in ganz Europa vor Augen führe. (Abg. R ö s c h : „Wir wollen das Recht des Präsidenten gewahrt wissen!“) Ich habe dem Herrn Präsidenten erklärt, wie meine Ausführungen zu verstehen sind. (Abg. R ö s c h : „Sie können doch den Präsidenten nicht aufklären. Der Herr Abg. Stöffler nimmt den Ruf zur Sache nicht zur Kenntnis.“) Ich rede zur Sache. (Abg. W e g a r t : „Herr Rösch, warum sind Sie so nervös?“)

Ich weiß, warum Ihnen meine Ausführungen nicht passen. Es paßt Ihnen nicht, weil damit klar aufgezeigt wird, daß Ihr Streben nach einem amtlichen Stimmzettel, mit dem Sie Verwirrung schaffen wollen, genau in das Konzept paßt, daß Sie nun in Österreich zur Durchführung bringen wollen. Diesen Rahmen haben Sie, meine Herren von der SPÖ gewählt und wenn ich daher in diesem Rahmen spreche, so spreche ich zur Sache.

Dazu nun folgende Ziffern: Es haben sich seit 1953 in Europa die Lebenshaltungskosten wie folgt gesteigert: In Belgien um 4 Prozent, in Dänemark um 11 Prozent, in England um 12 Prozent, in Norwegen um 11 Prozent, in Schweden um 9 Prozent und in Österreich um 8 Prozent. Österreich liegt also in der Reihe der europäischen Staaten bei der Steigerung der Lebenshaltungskosten an vierter Stelle. Und nun die Löhne. Ihre Steigerung bearug: In Belgien 7 Prozent, in Dänemark 11 Prozent, in Frankreich 20 Prozent, in England 21 Prozent, in Schweden 7 Prozent, in der Schweiz 3 Prozent. Es ergibt sich nun bei Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten zu den Löhnen folgender Saldo: In England sind die Löhne um 9 Prozent höher gestiegen als die Preise, in Holland um 2 Prozent, in Österreich um 7 Prozent, in Schweden sind die Löhne um 2 Prozent gegenüber den Preisen zurückgeblieben. (Abg. O p e r s c h a l l : „Zahlen Sie den österreichischen Arbeitern schwedische Löhne, dann werden sie zufrieden sein!“) Wollen Sie auch, daß der österreichische Arbeiter schwedische Preise bezahlt? Ich habe doch die Relation der dortigen Preise zu den dortigen Löhnen festgestellt, das verstehen Sie aber scheinbar nicht. Es ist wirklich schwer, mit Ihnen sachlich zu debattieren.

Zu Ihrem Konzept gehört dann auch noch das Bemühen, Verwirrung und Unsicherheit zu schaffen. Wie weit sie hiebei gehen, zeigt ein Artikel der in Klagenfurt erscheinenden „Neuen Zeit“ vom 7. Oktober. In dieser Ihrer parteiamtlichen Zeitung lautet die Überschrift des Leitartikels: „Die Inflation hat bereits begonnen!“ Da schreiben Sie, es gehe jetzt nur mehr darum, daß die Arbeitnehmer retten mögen, was noch zu retten ist, weil die Stabilität ohnedies längst dahin sei. Sie schreiben wei-

ters, daß die österreichischen Wirtschaftsmaßnahmen dazu geführt haben, daß Österreich zu den wirtschaftlich unsichersten Ländern Europas zähle. (Abg. W e g a r t : „Dabei sitzen Sie zur Hälfte in der Regierung!“) Das ist doch wohl eine traurige Polemik. Eine solche Aufforderung — durch eine parteiamtliche Zeitung einer Regierungspartei — zu retten, was noch zu retten ist, weil die Stabilität dahin sei, ist ein niederträchtiger Versuch, Angst vor der Zukunft zu machen. Eine solche Handlung beweist aber auch, daß der SPÖ jedes Mittel recht ist, wenn sie glaubt, damit Erfolg zu erheischen. Unsicherheit, Unzufriedenheit und Verwirrung, das ist das Milieu, in dem Sie sich gerne bewegen. Diese Ihre Zeitung beweist eindeutig, daß Sie die Unsicherheit, die Angst und die Verwirrung zum Ziele haben, um auf diese Weise zur Macht zu gelangen.

In diese Reihe Ihrer Ziele paßt auch der Versuch, Unsicherheit für die Wahlen zu schaffen. Meine Damen und Herren, Sie können uns wohl hinsichtlich der Einführung dieses amtlichen Stimmzettels niederstimmen, aber Sie werden nicht das erreichen, was aus Ihrer Zeitung hervorgeht, nämlich Verwirrung und Störung der Wirtschaft, womöglich so weit, daß die Bevölkerung wieder um ihre Ersparnisse gebracht wird. Bei diesem Bemühen werden Sie nicht nur unsere Abwehr spüren, sondern die Abwehr des ganzen österreichischen Volkes, dessen bin ich sicher. (Starker Beifall bei der OVP, großer Lärm bei der SPÖ.)

Abg. Ebner Leopold: (Auch diese Rede wird öfters von ineinanderfließenden Zwischenrufen, Lärm und Geschrei unterbrochen.) Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, möglichst sachlich zu sein. (Zwischenruf: „Probieren Sie es.“) Ich habe nichts dagegen, vielleicht können Sie mir einen Typ geben. Wir haben nun fast zwei Tage uns in verschiedenen Varianten über den Stimmzettel unterhalten, über das Paragraphengerassel des Herrn Berichterstatters, über den Schwanengesang des Herrn Landesrates Dr. Stephan (Zwischenruf DDr. H u e b e r.) — Beruhigen Sie sich doch, ich finde es ja begreiflich, daß Sie anwesend sind — und über die klimatische Rede des Herrn Landespartei sekretärs Taurer! Wenn ich nun doch einmal mich über diesen Stimmzettel unterhalten möchte, möchte ich Ihnen etwas sagen, nicht das, wovon jetzt so viel gesprochen wurde, von der Meinung unserer Partei und von der Meinung der verschiedenen Abgeordneten, sondern von der Meinung des kleinen Mannes, den dieser Stimmzettel jetzt schon berührt. (Zwischenruf Abg. R ö s c h.) Herr Abg. Rösch, ich komme noch mit Ihnen zusammen. Ich komme von einem Ort da draußen, den Sie vielleicht vom Hörensagen kennen, von dessen Leben Sie, Herr Abgeordneter, aber kaum eine besondere Vorstellung haben. Das muß ich Ihnen sagen. Wenn ich Ihnen nun die Meinung dieser Leute sage, dann ist sie vernichtend. Man sagt dort draußen zu diesen primitiven Menschen, und ich zähle mich zu diesen, ich habe keine Ambitionen, eine besondere Rolle zu spielen, mir genügt die Umgebung, in der ich lebe, dort sagt man, dieser Stimmzettel, den man uns hier aufdiktirt, wird eine Zumu-

tung, ja direkt eine Vergewaltigung. Was will man eigentlich? Ich fange nicht an zu lesen oder was sollen wir machen? Der einzige § 67, dieser Paragraph ist es, der die Verwirrung schafft, und zwar darum, weil hier steht: „Zur Stimmenabgabe kann nur der vom Wahlleiter gleichzeitig mit dem Wahlkuvert dem Wähler übergebene amtliche Stimmzettel verwendet werden.“ Nun soll dieser vom Wahlleiter übergebene Stimmzettel, der dem Wähler übergeben wird, von dem Wähler in irgendeiner Form gekennzeichnet werden. Hier drinnen steht so schön: Mit einem liegenden Kreuz in einem runden Kreis. Sie hätten ein Kasterl auch machen können. Schauen Sie, die Leute draußen sagen, wer das entdeckt hat, hat keine Ahnung vom Wahlvorgang, das sagen die kleinen Leute in den Landgemeinden draußen, das sagt der kleine Mann, das werden Ihnen Hunderte von Bürgermeister sagen, auch von Ihrer Fraktion, die dort draußen sind, die werden Ihnen sagen, wer diesen Passus entdeckt hat, das ist der Prototyp des Unverständnisses für den Wahlvorgang in den ländlichen Gemeinden. (Abg. R ö s c h : „Arme Deutsche, arme Italiener!“) Herr Abg. R ö s c h, ich werde Ihnen etwas sagen. Wenn man zehn oder mehr Jahre Bürgermeister in einer Gemeinde ist, können Sie sich vorstellen, daß man von der Wahl oder der Durchführung einer Wahl am Lande doch etwas verstehen muß, wenn man in diesen zehn Jahren sich bemüht hat, 100%ig dafür zu sorgen, daß nicht ein einziger Anstand, sei es von der Behörde, sei es von den Parteien erfolgt ist. Ich kann das Recht für mich in Anspruch nehmen, jeden Wahlvorgang in tadelloser Form abgewickelt zu haben. Wir haben doch jedes Jahr einmal zumindestens gewählt. Wir haben Nationalratswahlen, die Bundespräsidentenwahl zweimal in einem Jahre gehabt, vielleicht bald wieder möglicherweise, wir haben Arbeiterkammerwahlen, Land- und Forstarbeiterkammerwahlen, Bauernkammerwahlen, Gemeinderatswahlen, also Wahlen ohne Zahl, da kann man sich wohl vorstellen (Abg. B a m m e r : „Wir hätten sie gerne zusammengelegt!) Danken Sie Ihrem Gott, daß es nicht dazu gekommen ist. Schauen Sie, bei allen diesen Wahlvorgängen draußen am flachen Lande da stellen die Parteien einen Beisitzer, dann ist der Wahlvorsitzende dort, um einen Tisch sitzen alle herum, die Urne steht dort und nun kommt das arme Opfer, der Wähler. (Abg. R ö s c h : „Opfer von Ihnen!“) Er ist es seiner Staatsbürgerschaft schuldig, wählen zu gehen und er fühlt sich, wenn er vor eine solche Kommission hingeht, als ein Opfer des Gesetzes oder des Amtsschimmels, wie Sie wollen. (Abg. R ö s c h : „Wir waren nicht für die Wahlpflicht!“) Da würde Ihnen die Diktatur besser passen aber so weit sind wir noch nicht. Ein bißerl geistreicher müssen Sie wohl sein.

Nun steht dieser Wähler vor der Wahlkommission, er wird hier nach Strich und Faden „beamthandelt“. Aber es fühlt sich auch der ganz kleine primitive Mann bei der vorsichtigsten Behandlung irgendwie „beamtsmißhandelt“. Es ist so, er kommt her, wir müssen ihn nach seinen Namen fragen, nach der Hausnummer, schauen, ob er im Wählerverzeichnis eingetragen ist, im Abstimmungsver-

zeichnis. Nun wird diesem Mann nach Ihrem Vorschlag ein Wahlkuvert und ein Stimmzettel in die Hand gedrückt. Nun, das hat ihn schon vorübergehend geschwächt, nun kommt dieser Mann in die Wahlzelle oder diese Frau, dort soll nun dieser Mann oder diese Frau mit einem Bleistift schreiben. Wenn Sie vorher gesagt haben, es gibt keine so dummen Menschen, die das nicht könnten, so werde ich Ihnen etwas sagen. Sie sind sicher ein gescheiter Mensch, Herr Abg. R ö s c h. Wenn ich Sie nun zu einer Kuh dazustelle und Sie sollen von dieser Kuh Milch herausbringen (Abg. Dr. P i t t e r m a n n : „Er bringt es zusammen, er ist ein Milchbauer!“), haben Sie und die Kuh vielleicht Schwierigkeiten. Und wenn Sie von dieser Kuh keine Milch herunterbringen, dann wird die Kuh, für die das ja eine Selbstverständlichkeit ist, ein selbstverständliches Geschehen ist, Sie nicht für dumm anschauen, da sie in einer anderen Richtung sehr gescheit sind. (Abg. Dr. P i t t e r m a n n : „Sagen Sie das nicht, er bildet sich ohnehin so viel ein!“) Wenn ich nun bewußt zwei Herren aus Ihrem Kreise nenne, die ich persönlich sehr achte, z. B. Herrn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek und Herrn Bürgermeister Dr. Speck, wenn ich zu diesen beiden Herren höflich sagen würde, gehen Sie auf diesen Steilhang und schneiden Sie einen Baum in eine bestimmte Richtung, dann würden diese beiden Herren es wahrscheinlich nicht zusammenbringen. Aber kein Mensch am Land draußen würde sagen, daß diese beiden Herren dumm wären. Denn ihre Kenntnisse und ihr Geist sind nur zu bekannt im ganzen Land und wenn Sie uns sagen, wer das nicht kann, ein Kreuz zu machen, der ist dumm (Zwischenrufe bei SPÖ: „Das behaupten ja Sie!“) (Präsident S c h e e r : „Das Wort dumm haben ja Sie gebraucht!“) Sie, Herr Präsident Scheer, haben immer das Wort „blöd“ gebraucht. Wir haben das Vertrauen, daß sie das können. (Präsident S c h e e r : „Sie sind ja der, der das bestreitet!“) Es haben die Leute gelernt, wie sie das Kreuz machen. Wir schämen uns auch heute noch nicht, ein Kreuz zu machen. Schauen Sie, Hohes Haus, es ist ja nur etwas ganz Einfaches, was man hier beantragt, wenn Sie schon diesen amtlichen Stimmzettel haben wollen, so wollen wir einverstanden sein, aber man soll ganz einfach den amtlichen Stimmzettel, so wie Sie ihn hier auf Ihr Programm geschrieben haben, genau so, wie er vorgeschlagen wurde, man soll nur die Möglichkeit haben, daß wir diesen Stimmzettel jedem, der einen will, vor der Wahl geben können, damit er sich damit vertraut machen kann. (Präsident S c h e e r : „Das ist sehr interessant!“) Das ist Ihnen unangenehm! (Präsident S c h e e r : „Warum?“) Das kann ich Ihnen sagen. Weil Sie auf der absteigenden Linie, auf der Sie sich befinden, nicht mehr über den Verteilungsapparat verfügen. (Abg. S c h e e r : „Schauen Sie, in dieser Form können Sie nicht kommen! Sie sagen indirekt, daß Sie mit diesem Apparat in der Lage wären, die Wahl zu beeinflussen! Sie wollen sagen, Sie werden die Wahl zu Ihren Gunsten beeinflussen, wir kommen der Wahrheit immer näher! Jetzt ist die schwarze Katze aus dem Sack!“)

Ja, es ist so. Ich erkläre noch einmal, wir von der ÖVP haben Leute genug, die unserer Partei ange-

hören und sich zu unserer Partei bekennen, so daß wir in jedes Haus auch den amtlichen Stimmzettel zustellen können! Das haben Sie nicht mehr! Schauen Sie, viel haben Sie versprochen und gesprochen, aber das ist ja keine Partei mehr, die Existenz geben kann. (Abg. Strohmayer: „Beweisen Sie uns einen Schwindel!“) Meine Herren, ich kann es ja verstehen, daß, wenn jemand in der Agonie liegt, schreit. (Immer wieder Zwischenrufe.) Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, werden wir ruhiger, wenn ich mich so sehr darum kümmere um diese Kuhmagd da draußen, dann wundert es mich, daß Sie, die Sie doch von der sozialistischen Fraktion sind, die ein so großes Herz für den alten Rentner haben, daß Sie den alten Rentner hier abseits liegen lassen. Daß Sie hier absolut nicht daran denken, daß auch dieser alte Mann vielleicht nicht in der Lage ist, dieses Kreuz genau dorthin zu machen, wo Sie es erwartet haben. Meine Damen und Herren, wenn Sie uns diesen Stimmzettel aufzwingen wollen, dann kann man nur eines sagen, Sie helfen nicht der Demokratie, sondern legen ihr eine Schnur über den Hals. (Abg. Rösch: „Solche Plakate haben nicht wir herausgebracht!“)

Ich werde noch etwas sagen, wenn Sie etwas hören wollen von der Stimme des Volkes, die Sie vielleicht nur so über Ihr Sekretariat erfahren (Zwischenruf), es wird überall herumgezündelt, und was mich am meisten empört, war das, daß Sie, Herr Präsident Scheer, den Milchpreis zitiert haben. Das ist empörend. (Präsident Scheer: „Ich habe gesagt, der Milchpreis für den Konsumenten und nicht für den Produzenten, das ist ein sehr großer Unterschied.“) (Zwischenrufe und Lärm.) Jetzt wollen Sie mit Demagogie kommen. (Präsident Scheer: „8 Groschen, für Sie spielt das keine Rolle, für die Hausfrauen wohl!“) Das ist ganz typisch! Bei Ihnen beginnt der Milchpreis, wenn man bei der Kuh sitzt und die Milch herauszieht. Wenn ich nun eine Hochleistungskuh habe, die 7000 S gekostet hat und ich muß sie, weil sie einmal nicht mehr trüchtig wird, als gewöhnliche Kuh mit 3- bis 4000 S als Schlachtvieh verkaufen, das ist dann auch Milchpreis. Vielleicht merken Sie sich das jetzt, nicht? (Abg. Hegenbarth: „Was kostet ein kleiner Schwarzer bei Dir?“) (Präsident Scheer: S 2'50, wenn Du kommst, kriegst ihn umsonst!“)

Ich habe etwas gelesen und das stand heute in der „Wahrheit“. Ich sage das nur deswegen, weil gerade Abg. Pölzl kommt. In der Wahrheit steht heute drinnen, daß diese Stimmzettel, die hier verlangt werden, beitragen, die Demokratie zu stützen und zu heben. Ich möchte aber noch einmal sagen, daß dem Stimmzettel zuteil werden wird, die Demokratie zu untergraben, weil er die Möglichkeit nimmt, zu entscheiden, wie Sie selbst wollen. Ich möchte sagen, die „Wahrheit“ kann Recht haben, die Demokratie zu loben, aber in dem Land, woher er die Beziehungen hat, gibt es keine Demokratie. (Präsident Scheer: „Das stimmt!“) Das wundert mich, daß Sie das sagen. Aber noch etwas möchte ich sagen, was man dort draußen sich denkt. Ich habe mich gewundert, als ich von der Fusionierung der äußersten Rechten über die Linke zur äußersten Linken gehört habe. Vielleicht werden aber jene, die

aus dem nationalen Lager gekommen sind, bald entsetzt sein. (Präsident Scheer: „Wenn sie deutsche Stimmzettel kriegen, bei uns wird ein deutscher Stimmzettel nicht verwendet, bei uns wird ein österreichischer, ein amtlicher Stimmzettel verwendet!“) (Landeshauptmann Krainer: „Nur her damit, aber nicht ein Fragment bringen!“) Ich kann es nicht verstehen, warum alterieren Sie sich so, daß wir diesen Stimmzettel unseren Wählern vorlegen? (Präsident Scheer: „Weil wir Ihre Praxis kennen!“) Darüber könnte ich tagelang reden. Wir treiben keine Obstruktion, wir reden nur über die Dinge. Das ist das ganze Um und Auf, daß wir einmal das nennen, was uns draußen berührt, nicht nur Sie, sondern alle da drüben. Ich kann Ihnen nur sagen, das, was Sie hier an Apparat aufwenden werden müssen, um Ihre Wähler auf den richtigen Kreis zu bringen und das richtige schiefe Kreuz dort hinzulegen, das wird Ihnen viel mehr kosten, als der Stimmzettel gekostet hätte, den Sie bisher gehabt haben. Wir sind bereit, wenn dieser Stimmzettel ausgegeben werden kann, auf diese Streichungen und Reihungen, trotzdem es eine Beschneidung der freien Willensbildung der Wähler ist, zu verzichten. Wir wollen aber, daß der Stimmzettel so ist, daß man ihm jeden Wähler geben kann. Das wollen Sie nicht. Ich kann nicht verstehen, warum. Es müssen besondere Gründe sein, die Sie bewegen, hier dieser Sache so ganz absolut, so restlos sich zu verschließen. Wir können diese Hintergründe nicht verstehen, aber etwas ist für uns klar, daß dieser Pakt, den Sie gemeinsam geschlossen haben, sicher einen ganz bestimmten Hintergrund hat, der wahrscheinlich dazu angetan ist, einem Sterbenden seine letzten Atemzüge zu erleichtern.

Man muß sagen und ich verweise noch einmal darauf, Sie dürfen am guten Willen das nicht vergelten, was sich hier in der Stadt tut. Abg. Pölzl hat gesagt, er habe mit einigen seiner Leute gesprochen und diese haben gesagt, der Stimmzettel sei ganz in Ordnung, sie seien sehr für diesen Stimmzettel. Ich habe das aufgegriffen, weil ich mir gedacht habe, einige seiner Leute werden das sicher gewesen sein, die wirklich ohne weiteres diesen Stimmzettel kapieren. Ich möchte noch einmal sagen, es ist nicht so, wie Sie sich das vorstellen, daß man jedem draußen den Stimmzettel im Wahllokal hingibt. Die alten Leute, die eingeschüchtert vor die Wahlkommission kommen. Sie sind Menschen schließlich, ich pflichte Ihnen hier bei. (Präsident Scheer: „Ich glaube nicht, daß es Leute gibt, die das nicht kapieren!“) Sie dürfen sich nicht wundern, wenn ich noch einmal sage, die Tatsache ist aber so. (Abg. Pölzl: „Sie wollen, daß viele Leute nichts anderes in die Hand bekommen, als einen ÖVP-Stimmzettel!“) (Abg. Wegart: „Wie scharf Sie denken können!“) Herr Abg. Pölzl, wir wollen, daß jeder den Stimmzettel vorher bekommt, bevor er in das Wahllokal kommt, damit er sich eine Willensmeinung bilden kann. Sie haben gestern gesagt, der Bauer geht mit dem Knecht und der Magd zur Wahl und der wird ihnen schon sagen, was sie wählen sollen. Er kann gar nicht mit ihnen gehen, weil er jemanden haben muß, der auf die Wirtschaft schaut, es kann nur ein Teil vormittags und ein Teil nachmittags wählen gehen. Wenn er nun den Stimmzettel vorher kriegt,

steht allen das Recht zu, auch der SPO und dem VdU, die Leute auf diese Partei zu verweisen, von der sie glauben, daß sie sie selig machen kann. Warum der ganze Streit, ich kann das nicht begreifen. Es ist ja in keinem Betrieb leicht. Sie werden den Stimmzettel Ihrer Belegschaft auch vorlegen, es wird Ihnen draußen bei einzelnen genau so schwer fallen wie uns und ich gestehe, daß Sie mit diesem Vorgang, der da eingerichtet worden ist, nichts anderes erreichen wollen, als im Trüben zu fischen. (Präsident Scheer: „Über das Fischen wollen wir uns nicht streiten!“) Sie werden mir kein Gegenargument zum Trübenfischen bringen können. Sie mögen mit diesem Stimmzettelversuch Wirbel erzeugen, wie Sie wollen, wir werden uns gegen diese Wirbel zur Wehr setzen und uns von unseren Leuten draußen niemals nachsagen lassen, daß wir nichts getan haben, um diese Vergewaltigung des kleinen Mannes zu verhindern.

Um das geht es, Sie werden uns vielleicht überstimmen. Sagen wir: vielleicht. Was hier an Argumentation vorkommt, daran ist schon viel Wahres. Sie werden das ganz (Zwischenruf!) „Für uns kommt nichts in Frage als mein Wille“, so sagen Sie, Herr Abg. Taurer, „mein Wille geschehe“. Ich weiß nicht, ob jeder wirklich so denkt und jeder so fühlt, vielleicht haben manche die Selbständigkeit doch bewahrt und glauben, daß das Unrecht ist. Ich glaube, wir haben doch nicht zwei Tage geredet, um Ihnen nicht doch einige Körnchen Wahrheit vorhalten zu können. Wenn Sie die Wahrheit in größerer Dosis bekommen, dann gibt es bei Ihnen immer ein Geschrei. Wir wollen Ihnen ja das tröpfchenweise einflößen, denn wenn wir es massiert machen, dann ist der Krach fertig. (Präs. Scheer: „Mich haben Sie leider noch nicht überzeugt!“) (LR. Prirsch: „Sie sind ein schwieriger Fall!“) Ich ärgere mich nicht, wenn es mir nicht gelungen ist Sie zu überzeugen. (Präs. Scheer: „Es geht nicht um das Prinzip, sondern um den Stimmzettel!“)

Hoher Landtag, es ist bedauerlich, wenn aus einer wirklich ernsten Sache, die man aus dem Parteigetriebe herausziehen soll, wenn eine so ernste Sache, die das ganze Land betrifft, hier in das Lächerliche verdreht wird. (Abg. Taurer: „Von wem denn?“) Meine Damen und Herren, wir wollen hier nicht zum Gelächter der Öffentlichkeit werden. (Abg. Rösch: „Dann hören Sie auf zu reden!“) Wir wollen lediglich nur das, was wir als Recht und gerecht betrachten, wir wollen jedem, auch dem kleinsten Mann, zu seinem freien Entschluß helfen. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren, achten Sie bitte die Demokratie und verachten Sie alles, was der Diktatur nützt. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag hat heute kein gutes Bild gezeigt. Die größte Partei dieses Hauses befindet sich im Zustande der Obstruktion, man kann es nicht anders bezeichnen als als Obstruktion, wenn beispielsweise einer der Hauptredner der OVP, unser sehr verehrter Kollege Hegenbarth, eine Vorlesung aus der gegenwärtig noch gültigen Landtagswahlordnung von nahezu 4 Stunden hält, man kann es nicht anders bezeichnen als als Obstruktion,

wenn ein Redner der OVP nach dem andern aufsteht und immer wieder das wiederholt, was ohnehin schon alle zur Genüge vorgetragen haben, und immer wieder wiederholt, daß der OVP Angst und Übel ist vor der Einführung des amtlichen Stimmzettels. (Abg. Wegart: „Das sagen Sie jedesmal vor den Wahlen!“)

Meine Damen und Herren, Sie wissen natürlich was das bedeutet und Sie wissen auch, was der Gegenvorschlag, den Sie gemacht haben, bedeuten würde. Sie haben gesagt, Sie wollen den Wähler nicht schikanieren, aber Sie wollen auf der anderen Seite doch, da haben Sie sich an Ihre alte Vereinbarung mit dem VdU erinnert, Sie wollen entgegenkommen und haben nun scheinbar eine Möglichkeit für den amtlichen Stimmzettel offen gelassen, indem Sie in Ihrem Vorschlag erklären, jede Partei habe die Möglichkeit, ihre Stimmzettel einzureichen, damit sie auch amtlich abgegeben werden und es könne jeder Wähler den Stimmzettel verlangen, den er will. Denken Sie an irgend eine Landgemeinde, wo die OVP ein Monopol der Willensbildung hat, wo sie über alle Institutionen in diesen bauerlichen Gebieten vollkommen unkontrolliert wirtschaften kann! Stellen Sie sich vor, es käme dort ein kleiner Keuschler auf die Idee — es wäre nicht ausgeschlossen bei Ihrer Bauernpolitik, Sie haben selbst zugegeben, daß es dem kleinen Mann schlecht gehe, obwohl Sie schon 10 Jahre regieren —, es käme dieser kleine Bauer auf die Idee, beim Wahlleiter einen kommunistischen Stimmzettel zu verlangen. Was glauben Sie, was dem passiert? Meine Damen und Herren auf der anderen Seite, nehmen Sie den amtlichen Stimmzettel, auf dem nun sämtliche wahlwerbenden Parteien vermerkt sind. Was haben Sie dagegen, daß der Wähler frei die Partei anklammern kann, vollkommen geheim, die Partei, die er wählen will? Warum sind Sie so sehr dagegen? Sie machen sich doch im großen Grade verdächtig, daß Sie alle bisherigen Wahlen, dort wo Sie das entscheidende Wort zu reden hatten, nicht objektiv und wirklich geheim durchgeführt haben. Das ist das Um auf Auf, darum dreht es sich und es ist beschämend, daß Sie als größte Partei dieses Landtages, daß Sie aus diesem Grunde sich gezwungen sehen, nun eine Obstruktion zu machen. (Abg. Dr. Kaan: „Sie bekommen heute noch zu hören die sowjetische Wahlordnung!“) Sie haben heute Redner auf Redner vorgeschickt um dazu Ihre Politik der großen Versprechungen vor den Wahlen zu verteidigen, es ist Ihnen nur sehr, sehr schlecht gelungen und der Abg. Stöffler hat Ihnen keinen guten Dienst erwiesen dadurch, daß er sich als Vorreiter gegen jedwede Lohn-erhöhungen ausgesprochen hat, wobei er selbst zugeben muß, daß die Lebenshaltungskosten in Österreich in den letzten Jahren bedeutend gestiegen sind. (Abg. Stöffler: „Sie verdrehen ja!“) Er hat wohlweislich verschwiegen und nicht zum Ausdruck gebracht, daß von allen westlichen Industrieländern, kapitalistischen Ländern in Mittel- und Westeuropa der österreichischen Arbeitnehmer sich den geringsten Anteil an der Konjunktur zu sichern imstande war. (Abg. Stöffler: „Wenn wir nicht soviel Ihren Freunden zahlen müßten, das haben Sie verschwiegen!“) Sie wissen ganz genau, wer der Nutznießer der österreichischen Konjunktur ist. Sie haben

sich nicht geschämt, die Hilfsarbeiterlöhne in Österreich anzugreifen, die um 1000 S im Monat liegen. (Abg. Wegart: „Ist ja nicht wahr!“) Das ist der Erfolg der Raab-Kamitz-Politik in Österreich, daß ein Großteil unserer Arbeitnehmer um 1000 S im Monat verdient und selbst diese 1000 S wollen Sie diesen armen Teufeln streitig machen. (Heftige Gegenrufe bei ÖVP.) (Unruhe.) Damit haben Sie Ihr wahres Gesicht gezeigt.

Nun ein Wort zum Donawitzer Streik. Er hat erklärt, daß die Donawitzer Arbeiter keinen Grund und Ursache haben zu streiken. Ich frage Sie, bildet eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 8% für die Arbeitnehmer keinen Anspruch und kein Recht, eine entsprechende Kompensation auf der Lohnseite zu fordern? Sie haben den Mut, die Arbeitnehmer zu beschuldigen, daß sie mit ihren Lohnforderungen der Inflation Tür und Tor öffnen und wissen selbst genau und müssen zugeben, daß bedeutende Preissteigerungen in der österreichischen Wirtschaft vorgenommen worden sind und Sie wissen genau, daß die Ursachen für diese Preissteigerungen durchaus nicht in ungebührlichen Lohnforderungen zu suchen sind. Bundeskanzler Raab, von dem Sie mit so großem Respekt und großer Achtung gesprochen haben, Herr Abg. Stöffler, Bundeskanzler Raab und verantwortliche Politiker der ÖVP haben vor den letzten Wahlen bedeutende Versprechungen abgegeben, die sie jetzt vergessen oder die zu erfüllen Sie nicht in der Lage sind. (LR. Prirsch: „Es wird gehalten werden!“) Eine dieser Versprechungen war, daß Sie den öffentlichen Angestellten versprochen haben, noch in diesem Jahr die Valorisierung ihrer Gehälter durchzuführen, daß sie also noch weitere 15% erhalten sollen. Nun, meine Damen und Herren, wollen Sie von diesem Versprechen nichts wissen. Ich stelle fest, daß auf meinen Zwischenruf hin Herr Landesrat Prirsch sich gewunden hat und nicht bereit war zu sagen, was er sagen hätte müssen, daß die ÖVP, die den öffentlichen Bediensteten vor den Wahlen versprochen hat, noch in diesem Jahr die 15% zu bewilligen, dieses Versprechen erfüllen wird, er war nicht bereit zu sagen: Jawohl, wir werden dieses Versprechen erfüllen. Dann reden Sie nicht davon, daß Sie imstande oder willens sind, Ihr Wahlversprechen zu erfüllen. Das ist mit ein Grund, warum Sie in Wahrheit vor diesen kommenden Wahlen kein sehr gutes Gefühl haben. (Abg. Dr. Kaan: „Deshalb hat er Angst, daß der Landtag vorzeitig aufgelöst wird. Das ist logisch!“) Sie wollen den Landtag vorzeitig auflösen, während Sie im März Gelegenheit gehabt haben, gemeinsam mit dem Nationalrat den Landtag zu wählen. Schauen Sie, es wäre für Sie bestimmt leichter heute, wenn Sie im März den Landtag aufgelöst hätten. Sie haben es damals aber nicht gemacht, sie wurden überrascht von den Wahlergebnissen, Sie staunten, wieviel Wahlmandate Sie gewonnen haben bei der Politik, die Sie durchführen, Sie staunen, was sich ein geduldiger österreichischer Wähler alles gefallen läßt. Täuschen Sie sich nicht, der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht und die Zeit wird kommen, wo das eintritt. Sie wissen genau und haben schon vor den letzten Wahlen das Gefühl gehabt, daß der Landeshauptmann in diesem Hohen Hause, daß die Position des ÖVP-Landeshauptmannes gefährdet ist.

Sie wollten erst sehen, wie das Wahlergebnis ausschauen wrd. Sie sind zufrieden, Sie wissen aber, wie labil die Verhältnisse sind, Sie wissen genau, in welche Schwierigkeiten Sie die österreichische Wirtschaft hineinmanövriert haben mit Ihrer Politik der Feindschaft gegen die verstaatlichte Industrie, Sie wissen genau, vor welchen Schwierigkeiten wir in Österreich in unserer Wirtschaft stehen auf Grund einer verfehlten Wirtschaftspolitik.

Österreich hat Anteil an der gegenwärtigen Weltkonjunktur. Was die österreichische Arbeiterschaft gefordert hat, das ist ein entsprechender Anteil eben auch an dieser Konjunktur und diesen Anteil an der gesteigerten Produktion, an der gesteigerten Produktivität, dieser gerechte Anteil ist dem österreichischen Arbeiter vorenthalten worden. Wer ist daran schuld? Das sind Sie und Ihre Koalitions politik.

Präsident: Ich muß Sie ersuchen, zur Sache zu sprechen.

Abg. Pölzl (fortfahrend): Ich weiß, daß Sie beunruhigt sind, weil sich in Österreich so etwas herausbildet wie eine Solidarität der arbeitenden Menschen über politische Gegensätze hinweg. Täuschen Sie sich nicht, diese Solidarität der arbeitenden Menschen wird kommen und mit Ihrer Demagogie Schluß machen. Sie wird kommen, ob Sie wollen oder nicht. Sie werden wahrscheinlich im Laufe der Landtagssitzung Ihre Politik der Obstruktion noch einige Zeit fortführen. (Abg. Hegenbarth: „Das ist keine Obstruktion!“) (Abg. Wurm: „Na, hören Sie, bei Ihrer Vorlesung von 3 Stunden!“) Es kann sein, nach allem, was wir gehört haben, daß Ihnen das Ansehen dieses Hohen Hauses ziemlich egal ist in dem Augenblick, wo Sie in einer für Sie politisch wichtigen Frage in der Minderheit sind. Sie werden sich an das gewöhnen müssen, daß auch Sie in die Minderheit kommen können, Sie werden das müssen, denn bei Ihrer Politik werden Sie ja auf die Dauer die Mehrheit des österreichischen Volkes nicht hinter sich haben.

Sie haben heute sehr große Aussagen gemacht, sehr präzise Aussagen, Herr Landesrat Prirsch, ich staune, was für ein Prophet Sie sind, bedeutende Aussagen über den Ausgang der kommenden Landtagswahlen. Warten wir sie ab. Wir werden ja sehen, wie sie ausgehen. Aber ich verstehe nicht: Wenn Sie mit solcher Ruhe, wie es der Herr Landesrat Prirsch darstellte, wenn Sie mit solcher Ruhe diesen Wahlen entgegensehen, dann müssen Sie doch auch auf den Gedanken kommen, daß die Wahlen mit oder ohne amtlichen Stimmzettel für Sie günstig ausgehen werden, daß Sie die Wahl doch gewinnen müssen, ob so oder so. Sagen Sie nur, daß Sie sich in Wirklichkeit sehr unsicher fühlen und diese Unsicherheit kommt vom schlechten Gewissen. Ich weiß, dieser amtliche Stimmzettel paßt Ihnen nicht. Ich weiß, es paßt Ihnen nicht, daß das österreichische Volk, daß die werktätigen Menschen, die diese unsere Wirtschaft aufgebaut haben, nun auch ihren Anteil an dieser Wirtschaft fordern. Sie scheuen auch nicht davor zurück, daß Ihre Kollegen aus dem Arbeiter- und Angestelltenbund, die mit den Sozial-

sten und Kommunisten zusammen beschlossen haben, in Donawitz für eine bescheidene Forderung, für die die Alpine kein Verständnis zeigte, in den Streik zu treten. Denn in Wirklichkeit hat dieser Arbeiter- und Angestelltenbund bei Ihnen nichts zu reden. (Abg. Hirsch: „Das besorgen wohl Sie für uns!“) Für eine ständische Zusammensetzung der OVP sind Sie nur so lange, als die Arbeiter, die Sie einfangen wollen, bereit sind, nach der Fuchtel des Herrn Stöffler zu tanzen. (Gelächter, Gegenrufe bei OVP.) (Abg. Stöffler: „Welcher Fuchtel gehorchen denn Sie?“) Diese Fuchtel beinhaltet folgendes: „Laßt Euch Preissteigerungen gefallen!“ „Verzichtet auf Lohnforderungen, denn Sie gefährden unsere Währung und unsere Wirtschaft!“ Herr Stöffler, Sie könnten der Wirtschaft einen großen Dienst erweisen, wenn Sie Ihren Einfluß aufbieten wollten, zu etwas, was unser ganzes Volk wünscht, daß endlich mit den Preissteigerungen Schluß gemacht wird. (Abg. Dr. Pittermann: „Das hätten Sie den Sozialisten in Wien sagen sollen bei Erhöhung der Straßenbahntarife!“) Sie wissen ganz genau, daß diese Preissteigerungen nicht darin begründet sind, daß sie wirtschaftlich unvermeidlich sind, Sie wissen ganz genau, daß diese Preissteigerungen zurückführen auf eine ungehemmte Profitsucht derjenigen, die die Preise in der Hand haben. Aber dagegen finden Sie kein Wort. Ihre Worte richten sich gegen den kleinen Hilfsarbeiter, gegen die Masse der Arbeitenden, das ist Ihre Auffassung von Volkspolitik und Volkspartei. (Gegenrufe bei OVP.)

Ja, meine Damen und Herren, ich kann mir sehr gut vorstellen, daß die werktätige Bevölkerung bei den kommenden Wahlen aus einer solchen Politik die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen wird. Bilden Sie sich nicht ein, daß sich die Mehrheit von Ihrer Obstruktion imponieren läßt. Obstruieren Sie, so lange Sie wollen. Der Stimmzettel, den werden Sie schlucken müssen. Der amtliche Stimmzettel tut Ihnen weh. Meine Damen und Herren, einer, der sich Ihre Reden voll und ganz zu Gemüte geführt hat, der wirklich wünscht, daß die Wahl geheim durchgeführt werde und daß jeder Wähler frei entscheiden soll und frei entscheiden kann, für welche Partei er seine Stimme abgibt, der wird durch Ihre Reden nur bestärkt werden.

Landshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß in einigen Reden Übertreibungen feststellbar sind, die dem Ansehen des Hohen Hauses und unserer Demokratie nicht zuträglich sind. Wenn hier Behauptungen aufgestellt und Zwischenrufe gemacht werden, daß Schwindelstimmen abgegeben wurden, oder wenn von Stimmzetteln mit Fettflecken gesprochen wird, die nichts anderes zum Ziele hätten, als zu erforschen, wie der oder jener gewählt hat, dann muß ich als Wahlleiter bei bisher 5 Wahlen feststellen, daß es mit ganz geringen Ausnahmen in den vergangenen Jahren bei jeder Wahl überhaupt keinen Anstand gegeben hat. Dem gegenüber wurde heute immer wieder dargestellt, als würde die Wahl mit dem bisher üblichen Stimmzettel nichts als Schwindel gewesen sein. Wenn das Abg. Pölzl behauptet, dann trifft uns das nicht (Abg.

Pölzl: „Das habe ich doch nicht behauptet!“), aber wenn Parteien, die in der Regierung sitzen, solche Behauptungen aufstellen, so ist das bedauerlich.

Es ist verständlich, daß eine solche Debatte benützt wird, um Gewerkschaftsfragen in die Diskussion zu werfen, letzten Endes brennen uns ja die Probleme, die uns gegenüberstehen, auf den Fingernägeln und Sie können verstehen, daß eine tiefe Entzündung darüber platzgreifen muß, wenn eine Zeitung, noch dazu die Zeitung, die Organ einer Regierungspartei ist, behauptet, die Inflation sei im vollen Gange, man rette, was zu retten ist. (Landesrat Maria Matzner: „Das ist doch Ihre Zeitung!“) Meine Damen und Herren, alle, die es ernst um dieses Land meinen, haben die Pflicht, jeden Tag für die Stabilität zu kämpfen. Sie ist anfällig von allen Seiten her, nicht nur bei uns, auch in anderen Ländern, in der Schweiz, in den Weststaaten, in Deutschland, überall kämpft man gegen Preisauftriebe und wenn hier gesagt wurde, es gibt Preistreiber, so will ich nicht bestreiten, daß es auch solche gibt.

Wie werden denn Lohnverhandlungen geführt? Selbstverständlich von Seite der Gewerkschaft aus mit dem Ziele, höhere Löhne zu erhalten. Das ist ihre Pflicht, ihre Aufgabe, aber wenn dann ein Unternehmerverband sagt, er könne die Löhne nicht unterbringen, dann sind die Gewerkschaften jeder Partei genötigt zu sagen: na, erhöht halt die Preise. (Gegenrufe bei SPO.) Ich kann Ihnen eine Reihe von Beispielen aufzählen. (Abg. Taurer: „Unternehmerverbände haben auch gesagt: Erhöht doch die Löhne, damit wir die Preise nachziehen können.“) Ich möchte nur festhalten, daß wir alle verpflichtet sind, den Ernst der Lage zu erkennen, wenn wir nicht wollen, daß nun die Hochkonjunktur eine Unterbrechung erfährt, die sich gegenteilig auswirken könnte. Wir haben die Pflicht, an einer vernünftigen Konjunktur festzuhalten. Es darf aber auch nicht so sein, daß unvernünftige Forderungen gestellt werden.

Natürlich haben der Herr Finanzminister und der Herr Bundeskanzler vor den Wahlen Versprechungen gegeben, doch soweit solche abgegeben wurden, kann ich Ihnen nur das eine sagen, daß diese Versprechungen in den nächsten 4 Jahren auch eingelöst werden. (Zustimmungsrufe bei OVP.)

Und auch die Versprechungen, die der Herr Vizekanzler oder sonstige Minister der Sozialistischen Partei abgegeben haben, sie werden auch eingehalten werden, wenn wir diese gesunde wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam aufrechterhalten können. (Abg. Taurer: „Wir werden unsere Versprechungen schon einhalten!“) (Zwischenruf bei OVP: „Der große Taurer!“) Schauen Sie, es ist ja nicht sehr sinnvoll, wenn wir uns hier gegenseitig Beschimpfungen zuwerfen, die man in einer Wählerversammlung aussprechen kann. Das ist wohl nicht notwendig. Wir können die Dinge, wie sie sich entwickelt haben und wie sie bei uns sind, doch nicht dazu benützen, um uns gegenseitig etwas vorzumachen. (Abg. Sebastian: „Das müssen Sie ihrem Klub sagen, die reden ja immer!“)

Ich glaube, daß wir uns trotz des Streitens um den Stimmzettel in einem einig sind, daß es un-

sere Pflicht ist und unser Auftrag und unser Mandat, alles daran zu setzen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Staat nicht zerstört, auch nicht letzten Endes zwischen Volk und Regierung zerstört wird. (Abg. Taurer: „Auch zum Landtag!“) Sehr richtig! Schauen Sie, wir obstruieren nicht. (Präsident Scheer: „Drei Stunden Gesetz verlesen!“) Ich werde Gelegenheit haben, zur gegebenen Zeit zu sagen, warum wir hier so ausgiebig unsere Beweggründe dargelegt haben, die uns bestimmen, gegen diesen Stimmzettel zu stimmen, gegen diese Art Stimmzettel zu sein. Wir haben das übrigens schon von vorneherein in einer eindeutigen Erklärung zum Ausdruck gebracht.

Möge der Hohe Landtag eines zur Kenntnis nehmen: Wir sind alle bestrebt, ich nehme niemanden aus, auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen, auch den Preissteigerungen zu begegnen. Ich kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß mir vor einer Stunde eine Abordnung der Bäckermeister mitgeteilt hat, daß ab Montag der Großlaib Brot 7 S kostet und daß dieser Wecken auch geteilt wird. (Bravorufe und starker Beifall bei ÖVP.) Es gibt eben verantwortungsbewußte Unternehmer, die sich sehr anstrengen, trotz der Lohnerhöhungen. (Zwischenruf: „Also jetzt geht es!“) Herr Vizepräsident Scheer, Sie müßten wissen, daß sowohl die Milchpreiserhöhung als auch die Brotpreiserhöhung nicht anders begründet werden kann als mit Lohnerhöhungen und es daher überflüssig ist, so zu tun, als würde die Regierung leichtfertig einer Preiserhöhung ihre Zustimmung geben. Sie wissen auch genau, daß die Preisbehörde im Innenministerium ihren Sitz hat. Ich erwarte, das möchte ich zum Schlusse aussprechen, daß diesem Vorgehen, das mir fünf Bäckermeister mitgeteilt haben, die anderen Bäckermeister von Steiermark nachfolgen und der Brotpreis so hoch wie in Vorarlberg und nur um ein Geringes höher sein wird als er ehemals war. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Ich schalte eine Pause von eineinhalb Stunden ein. Punkt 9 Uhr wird weiterverhandelt.

(Die Sitzung wird um 19 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 21 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abg. Dr. Pittermann das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich möchte meine Betrachtungen über die Arbeitsgemeinschaft, die sich uns gegenübergestellt hat, mit der Mitteilung beginnen, die der Herr Landeshauptmann hinsichtlich der Initiative von fünf Bäckereiunternehmen vorgebracht hat, daß diese den Kilogrammpreis für die 2-kg-Brotlaibe mit 7 S festgesetzt haben und will dem Wunsche Ausdruck geben, daß dieses Beispiel einiger privater Unternehmer die Nachahmung von Konsum- und Arbeiterbäckereibetrieben finden möge zum Nutzen der Konsumenten, die sich bei jeder Partei in der gleichen Lage befinden.

Ich muß mich doch auch mit den demagogischen Auslassungen des Herrn Abg. Pölzl befassen, der es sich nicht verkneifen könnte, vor dem versammelten Forum die Gelegenheit wahrzunehmen, auf die schlechten Zeiten hinzuweisen, die durch die Wirtschaftspolitik unserer Regierung nun in Österreich angeblich Platz gegriffen hat. Nun er ist nicht da, wie immer die Leute nicht da sind, wenn man ihnen die Wahrheit sagen will; sie sind weg, kommen wieder und wie die Zauberer verdrehen sie einem das Wort im Munde. Ich lege den Darlegungen des Herrn Abg. Pölzl nicht jene Bedeutung zu, die er für sich in Anspruch nimmt, weil ich genau weiß, daß das österreichische Volk gegen den kommunistischen Bazillus immun ist und weil man solchen ferngelenkten Robotern die Meinung sagen kann wie man will. Es ist genau so wie man seinerzeit den prononzierten Verfechtern einer anderen Diktatur nichts sagen konnte, ohne Gefahr zu laufen, in den Konzentrationslagern eine entsprechende Schulung zu erhalten und müde gemacht zu werden.

Wir sehen uns, Hohes Haus, einer Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus der Sozialistischen Partei, aus der FPÖ und der KPÖ gegenüber. Morgen, Hohes Haus, findet der sozialistische Parteitag statt. Ich habe hier unter den Zuhörern in der Galerie einige mir bekannte Gesichter gesehen, die die Funktionen von Parteisekretären bekleiden. Ich habe mich gefreut, weil sie Zeuge sein konnten, daß letzten Endes in jenen Fragen, in denen es gilt, der Österreichischen Volkspartei, den verantwortlichen Männern dieser Partei, Bundeskanzler, Finanzminister, kurz jenen, die für die österreichische Wirtschaft verantwortlich zeichnen, eines auszuwischen, doch ein ernstlicher Zusammenhang zwischen Kommunismus und Sozialismus immer wieder festzustellen ist und wenn heute diese sozialistischen Parteifunktionäre Zeugen dieser nunmehrigen Zusammenarbeit geworden sind, dann glaube ich, an den gesunden Menschenverstand nicht umsonst appelliert zu haben, wenn ich der Meinung bin, daß dies da und dort seinen Rückschlag findet.

Wir sehen uns, Hohes Haus, einer geschlossenen Arbeitsgemeinschaft gegenüber. Bedauerlich ist aber nur, daß sich auch ein Kreis von nationalliberalen Kreisen so leicht dem Sog der sozialistischen Propaganda hingibt, wenn es darum geht, aus allen Resentiments heraus, dieser ÖVP, diesen „Schwarzen“ in Ihren Augen, eines aufs Zeug zu flicken. Sie kümmern sich nicht um die Zukunft, Sie kümmern sich nicht um die Wirtschaft, all das, was man von verantwortungsbewußten Menschen halten soll. (Abg. Scheer: „Sie arabischer Märchenerzähler!“) Es ist noch nicht solange her, da gab mir ein Funktionär der FPÖ in Leibnitz, als ich ihn auf den wirtschaftlichen Aufschwung hier in Österreich aufmerksam machte und es gesprächsweise bescheiden wagte, auf die immerhin glaube ich von der ganzen Welt unbestrittenen Verdienste der ÖVP hinzuweisen, auf die Frage: „Wie wäre es denn, Herr Doktor, mit einem Beitritt zur ÖVP?“, zu meiner Erschütterung folgende Antwort: „Solange die ÖVP am Ruder ist, solange ich nur im Besitze meines Urteilsvermögens bin, werde ich mich niemals der ÖVP anschließen, ich gehe lieber nach Sibirien, wenn ich nur weiß, daß

Sie hinter mir nachfolgen.“ Das war seine Meinung. (Abg. Ing. K o c h : „Sind Sie noch der Meinung, daß das ein intelligenter Mensch war?“) (Abg. S c h e e r : „Solange er nicht zur ÖVP geht, ja!“)

Es wurde ja schon oft festgestellt, daß der VdU nicht imstande ist, eine konstruktive Politik zu machen, und um auf die Vorlage im Zusammenhang auf das Verhalten des VdU hinzuweisen, präzisiere ich noch meine persönliche Meinung: Meine Herren, wenn wir Ihnen den Vorschlag gemacht hätten, diese Legislaturperiode um ein Jahr weiter zu verlängern, ich bezweifle, ob Sie nicht nach diesem Rettungsanker mit beiden Händen gegriffen hätten. Hohes Haus, Sie mögen unsere Haltung, die Haltung der ÖVP hier bezeichnen wie immer, das ist uns gleichgültig, sie ist eine Demonstration einer verantwortungsbewußten Fraktion dieses Landtages, eine Demonstration gegen ein organisiertes Parteimanagement. Wollen Sie dies als Feststellung zur Kenntnis nehmen. Den Beweis dafür, einen kleinen Beweis im großen Spiel des Zusammenhanges hat letzten En les Ihr Parteisekretär, der Herr Taurer, gestern uns so praktisch vordemonstriert. Er hat fast mit Tränen in den Augen — er ist jetzt wieder nicht da, scheinbar ist das das Recht eines routinierten Parteisekretärs, nur dann zu kommen, wenn es ihm paßt — Sie können ihm das erzählen oder ihn hereinrufen — gestern ein Schulbeispiel eines Managertums gegeben. Seine Haltung hat die Haltung seiner Fraktion bestimmt und wir müssen mit Bewunderung feststellen, wie selbst die Prominenten dieser Fraktion zusammenknicken, wenn der Herr Parteisekretär sie auf ihre Schulter klopft. Das sind Feststellungen, die ich gemacht habe. Der Herr Parteisekretär Taurer hat gestern das Klima bedauert, das nach seiner Meinung durch das eigenmächtige Verhalten des Herrn Landeshauptmannes in einem Aktenverlauf einer gewissen Angelegenheit entstanden ist. Er hat auch den Herrn Landeshauptmann angegriffen als Chef des Landes in einer Weise, die mit parlamentarischen Gepflogenheiten nichts zu tun hat und die den Takt des Anstandes gröblich verletzt hat und ist weit darüber hinausgegangen, was selbst dem politischen Gegner gestattet ist. Als sich der Herr Landeshauptmann zum Worte meldete, da hat Herr Abg. Taurer als routinierter Parteistrategie und Manager die Hand in die Hosentasche gesteckt und ist hinausgegangen. Er weiß ja, was der Herr Landeshauptmann erwidert. Es ist ja alles nicht wahr. Sehen Sie, Hohes Haus, meine Damen und Herren, das ist dasjenige, was die menschliche Einigung im politischen Spiel der Kräfte so sehr erschwert. Man muß immer wieder feststellen, daß die Sozialistische Partei durch diese Haltung oft und oft einen Weg geht, der nicht immer konform mit der Auffassung der Wähler dieser Partei ist. Sie stehen in einem goldenen Käfig, aus dem sie nicht herauskommen und dem sie nicht enttrinnen können. Auf die Objektivität wird nicht viel Wert gelegt. Dem politischen Gegner werden Worte unterschoben, die er niemals gesagt hat, um sie dann wieder zurückzunehmen. Wir haben im Verlauf dieser Debatte von allen Seiten unsachliche Angriffe gehört und wir haben uns das Recht nicht nehmen lassen, auf diese Haltung mit einer Demonstration zu antworten. Die Vorgänge, die zu der Abstimmung dieser Vorlage führen

sollen, hat mein Freund Wegart hinlänglich geschildert. Sie gleichen einem politischen Hintertreppenroman und stellen den Beteiligten auf der sozialistischen Seite kein besonders gutes Zeugnis aus. Aber wie kommt man an die Herren des politischen Parteiapparates der Sozialistischen Partei heran? Sie befinden sich in Absenz und wenn sie wieder hier aufzukreuzen belieben, pflegen sie mit einer Nachlässigkeit das abzutun, was vom politischen Gegner vorgebracht wird. Wir sehen der Abstimmung über die Vorlage, über die wir nun schon seit gestern beraten bzw. in der wir uns zugegebenermaßen in Defensive befinden und wobei wir unsere Haltung als Demonstration gegen parteipolitische Manager auffassen, selbstverständlich mit jener Sachlichkeit entgegen, die die einfache Arithmetik uns gebietet.

Aber es muß wieder festgestellt werden, daß diese Vorlage, die mit einer Leichtfertigkeit und Schnelligkeit von den Veranstaltern dieser Tournee durchgeführt werden sollte, die an Verantwortungslosigkeit grenzt. Es sei dahingestellt, ob man darüber eine Freude haben kann oder nicht, daß man durch das 3-Stunden-Konzept der geistigen Urheber dieser Vorlage einen Strich gemacht hat oder nicht, aber Tatsache ist, daß wir mit unserer Haltung auf die Gefahren hinweisen mußten. Nicht nur der Österreichischen Volkspartei, sondern auch jeder anderen Partei muß es ja letzten Endes um die Stimmen gehen, wir brauchen uns keine Schönfärberei vorzumachen, da es das gute Recht der einzelnen demokratischen Parteien ist, sich um die Wähler zu bemühen. Der österreichische Wähler hat in den vergangenen Jahren ein gesünderes Empfinden, einen gesünderen Hausverstand als jene Apparatschiki von ganz rechts, links und ganz links gezeigt und er wird dieses gesünderes Empfinden, diesen gesünderen Hausverstand auch für die Zukunft beibehalten und wenn da und dort, angefangen vom Herrn Brandl bis zum Chefregisseur der Arbeiterzeitung in Wien Analysen aufgestellt werden, so sind sie per Saldo alle auf den gleichen Nenner zu bringen. Es beginnt auch beim Arbeitnehmer etwas zu dämmern, daß es um die Persönlichkeit und Würde des arbeitenden Menschen geht, der sich nicht länger auf die Dauer von Parteimanagern und ihren bürokratischen Manieren herumführen läßt.

Wir nehmen auch Stellung gegen die Auslassungen in der „Neuen Zeit“, die im Zusammenhang mit der Vorlage hier im vorgestrigen Blatt zum Ausdruck gebracht worden sind und die mit der Überschrift „Unseriöse Landespolitik“ beginnend, den Herrn Landeshauptmann zur Zielscheibe ihres Angriffes machten. Das Konzept auf der großen Ebene ist gegen den Herrn Bundeskanzler und Finanzminister, im bezüglichen Fall in Steiermark gegen den Herrn Landeshauptmann gerichtet und spricht von unseriöser Landespolitik. Ich glaube als bekannt voraussetzen, daß das Wort „unseriös“ bedeutet. In der kaufmännischen Sprache ist seriös vertrauenswürdig und unseriös unvertrauenswürdig. Im Hinblick auf diese Tatsache, das sei am Rande vermerkt, haben wir auch loyaler Weise den Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Es ist nur selbstverständlich, daß man mit Unseriösen keine Gemein-

schaft pflegt, sondern versucht, reinen Tisch zu machen. Was ist unseriös im Zusammenhang mit der Parteipolitik? Wir haben gehört, daß der Herr Abgeordnete Taurer in seiner Eigenschaft als Parteisekretär über den Kopf seines Klubobmannes, ob über den Parteiobmann entzieht sich meiner Kenntnis, einfach alle Verhandlungen, die diese Vorlage betroffen hätten, abrupt abgelehnt hat. Das ist scheinbar in der parteipolitischen Nomenklatur seriös auf den Gegner angewendet und unseriös, wenn wer sich erlauben wollte, dagegen Stellung zu nehmen. Wir haben festgestellt, daß es für uns keinen Anlaß gab, dem Auflösungsantrag der SPÖ im März dieses Jahres zuzustimmen, weil wir auf dem Boden der Sachlichkeit und Verfassung die Meinung vertraten, daß auf dem Boden der Landespolitik keine so sachlichen Differenzen waren, die eine Auflösung notwendig machten. Es mag leicht sein, nach dem Essen zu sagen, es wäre gut gewesen. Es erfüllt uns mit Genugtuung, festzustellen, daß wir nicht aus parteipolitischen Erwägungen, wie die SPÖ auf Kommando von Wien uns vorexerziert hat, dem Auflösungsantrag zugestimmt haben, sondern daß wir sachlich auf dem Boden der Verfassung geblieben sind, eine Tatsache, die vom österreichischen Wähler als ein besonderes Verdienst unserer Fraktion gewertet werden wird. Die Sozialistische Partei, die damals den Auflösungsantrag in diesem Hause eingebracht hat, hat ihn auch in verschiedenen anderen Bundesländern, so auch in Niederösterreich, eingebracht, obwohl der Landtag dort erst vor sechs Monaten neu gewählt worden ist. Wenn dies nicht als ein Beweis gelten kann, daß ausschließlich parteipolitische Erwägungen dafür maßgebend waren, dann weiß ich nicht, was als Beweis überhaupt gelten kann. Wir sind jedenfalls auf dem Boden der Sachlichkeit gestanden und haben dem Auflösungsantrag unsere Zustimmung versagt.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, Hohes Haus! Kennzeichnet es nicht etwa die Sozialistische Partei als unseriös, wenn sie einem Antrag der ÖVP, der die wirtschaftliche Hebung rückständiger Gebiete zur Behandlung hat, einfach schon den Boden dadurch untergraben will, daß sie in ihrer Zeitung diesen Antrag als einen Versuch eines feschen Kerls hinstellt, der sich mit Steuergeldern einen billigen Wahlschlag verschaffen will?

Hohes Haus! Es war die Sozialistische Partei in treuer Schützenhilfe durch den VdU, die unseren zweimaligen Antrag auf eine gerechte Verteilung der Landesumlage zu Fall gebracht hat. (Beifall bei ÖVP.) Jener Landesumlage, die seit 25 Jahren bei uns Geltung hat und die die Umlagen der Gemeinden nach der Einwohnerzahl festlegt. Die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Verhältnisse haben sich gewaltig geändert, die Umlagenart ist immer noch die gleiche geblieben, weil parteipolitische Erwägungen in Betracht kommen und nicht die Tatsache, daß es heute noch Dörfer gibt, wo der Arzt, die Hebamme, der Tierarzt, wenn es $\frac{1}{2}$ Stunde regnet, nicht mehr hinkommt, weil die Fahrzeuge im Dreck ersticken. Das kümmert die Herren nicht. Wenn Anträge in der Form gestaltet werden, die die Not der wirtschaftlich rückständigen Gebiete in allen Belangen zu mildern versuchen, dann wird man von diesen Parteistrategen als fescher Kerl hingestellt.

Ärger kann man mit realen und anerkannten Tatsachen, wie sie draußen am Land vorzufinden sind, nicht Schindluder treiben.

Ich bedaure feststellen zu müssen, daß vom sozialistischen Gemeindereferat diese Zustände einfach hingenommen und keine Versuche gemacht werden, hier nur irgendwie unterstützend einzugreifen. Diese Haltung des VdU wird jene Menschen, die damals noch dieser Partei die Stimme geschenkt haben, entscheidend beeinflussen. Daß die Sozialistische Partei sehr einer gerechten Verteilung der Landesumlage einen Widerstand entgegensetzt, das ist zur parteipolitisch verständlich. Handelt sich ja um Industriegemeinden, von denen manche gar nicht wissen, wohin sie mit dem Geld sollen. (LR. Fritz Matzner: „Aber, aber, geh'n Sie!“) Herr Landesrat, es gibt Industrieorte, die vor dem auslaufenden Kalenderjahr noch schnell Vereine gründen, um da und dort Dotationen zu geben, während andere Bürgermeister nicht einmal wissen, wie sie die Gelder z. B. für die Vattertierhaltung aufbringen, also für den wirtschaftlichen Wohlstand unserer Dorfgemeinden. So ist die Lage draußen.

Gehen wir zurück zu unserer Vorlage. In dem Artikel der „Neuen Zeit“ heißt es weiter, der Landeshauptmann hätte seinerzeit mit dem VdU verhandelt. Als ob dies nicht sein gutes Recht wäre! Und dann heißt es im nächsten Absatz weiter, daß sich die SPÖ diesmal in voller Übereinstimmung mit dem VdU zur Einbringung dieser Vorlage entschlossen hat. Sie waren also schon von vornherein so aufeinander abgestimmt und in Übereinstimmung, der Österreichischen Volkspartei eines auszuweichen. (Abg. Strohmaier: „Wir können stimmen, wie wir wollen!“) In dem gemeinsamen Ziel und in der gestern vom Herrn Parteisekretär Taurer so schön ausgedrückten Formulierung, man müsse den kleinen Parteien etwas helfen. Selbstverständlich haben die kleinen Parteien dieselbe Daseinsberechtigung, jeder kann in einem demokratischen Land Parteien bilden und kann sich zu einer politischen Gemeinschaft zusammenschließen, aber mit einem tränennassen Auge der Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß sich die SPÖ gar so der kleinen Parteien annimmt, ist eine Feststellung, an die der Sprecher dieser Partei wahrscheinlich selbst nicht glaubt. Es wurde heute schon wiederholt festgestellt, daß der VdU alle Chancen gehabt hat und daß er sich einen Trumpf nach dem anderen aus der Hand hat spielen lassen. Er wird schon noch darauf kommen, wer ihm diese Trümpfe aus der Hand gespielt hat, die Linke, mit der er sich jetzt verbrüderet, oder wir in den Verhandlungen, die er mit uns seinerzeit gepflogen hat. Es wird behauptet, daß der VdU immer mit der ÖVP gestimmt hat, die Protokolle weisen ganz andere Tatsachen auf. Sie können stimmen, mit wem Sie wollen. Nur werden wir sehr genau beobachten, um welchen Preis Sie das in der Zukunft tun werden.

Wir haben heute auch die Schützenhilfe der Kommunistischen Partei zu dieser Vorlage feststellen können und es wäre der Abg. Pölzl nicht der Abgeordnete der Kommunistischen Partei gewesen, wenn er nicht gerade heute die Gelegenheit ergriffen hätte, um den Zuhörern die Zustände zu erläutern, die in unserem Österreich nach seiner Meinung herrschen.

Ich muß mich doch damit beschäftigen. Er hat sich mit einem gewissen Recht über Preissteigerungen beklagt und hat nur vergessen zu erwähnen, daß es nicht solange her ist, daß durch die Kommunistische Partei Jugoslawiens vor nicht allzulanger Zeit der Brotpreis um 100% und die Mieten um 300% erhöht worden sind. Hat man jeweils von einer Reaktion der dort gequälten Kreatur gehört? Herr Abg. Pözl, ich habe nie die Absicht gehabt, mit Ihnen zu polemisieren, weil es zwecklos ist. Ich möchte nur kurz mich an Sie mit der Feststellung wenden, daß Gott sei Dank das österreichische Volk gegen den kommunistischen Bazillus eine derartige Immunität aufweist, daß Ihr bekanntes schablonenhaftes Plätschern jede Wirkung verfehlt und Ihre Feststellungen, wie immer kurze Beine haben. Sie kennen das betreffende Sprichwort schon. Sie haben in der 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1953 folgenden prophetischen Satz dem versammelten Haus vorgehalten: „Die Volksopposition wird wachsen, sie wird wachsen, sie wird an Kräften zunehmen, denn unser österreichisches Volk will nicht ins Verderben der Massenarbeitslosigkeit, nicht ins Verderben des vielleicht heißen Krieges gehen, wohin Ihre (gemeint die der ÖVP) Politik letzten Endes führt.“ Die Ereignisse haben Sie Lügen gestraft. (Abg. Pözl: „Sie scheinen vergessen zu haben, daß Raab inzwischen in Moskau war!“) Sie haben vergessen, daß es nach Ihrer Auffassung wohl angängig ist, in den Satellitenstaaten die Großmama bis zum Kind zu bewaffnen. Sie haben vergessen, daß man dort wohl vom Frieden spricht, hier aber in jedem größeren Weg, den das Land da oder dort zu bauen unternimmt, eine strategische Straße und nach einem strategischen Plan vorgefaßte Unternehmung sieht. Nun ich glaube, daß Ihre Prophezeiungen und Feststellungen zu nicht mehr herbeiführen als ein Schmunzeln und wenn Sie besonders innig werden, auch ein Lachen. Jedenfalls haben Sie der Öffentlichkeit den innigen Kontakt zwischen Ihnen und der SPO vor Augen geführt.

Wir haben heute schon vom Herrn Berichterstatter eine Atmosphäre vorexerziert bekommen, die ich mit dem Ausdruck „Verkrampft sein“ bezeichnen möchte. Wenn das Hohe Haus sonst gewöhnt ist, den Berichterstatter in sachlichen Argumenten die Meinung des Ausschusses vortragen zu hören, so war dies heute anders. Er ist polemisch geworden, hat so die Art und Weise dokumentiert wie diese Vorlage der ÖVP durch die bestehende Arbeitsgemeinschaft einfach aufoktroiert werden soll. Wir sind nicht nur aus Gründen der Demonstration gegen organisierte Parteimanager zu unserem Verhalten angetreten, sondern auch aus unsere Erfahrungen mit gewissen Wahlleitern. Der Terror, der speziell in Wahlzeiten von sozialistischen Funktionären da und dort ausgeübt wird, der soweit geht, daß diesem oder jenem Geschäftsmann mit dem Boykott seines Geschäftes gedroht wird, diesen Terror wollen wir, das ist unsere Absicht, möglichst ausschalten. Um ein konkretes Beispiel hier zu geben — es wird dies Herrn Landesrat Matzner interessieren —, will ich auf den Bürgermeister von Werndorf, den Sozialisten Uhl, hinweisen, der die ganzen Jahre hindurch mit einer Brutalität sondergleichen seine Minderheit, die aus 3 ÖVP-Gemeinderäten besteht, terrorisiert,

der keiner Gemeinderat ordnungsgemäß einberuft. Ich will hinweisen, daß in dieser Gemeinde der Herr Bürgermeister bei öffentlichen Arbeiten sich über die Gemeindeordnung hinwegsetzt, daß er, ohne Anbote einzuholen, Aufträge im Werte von 500.000 S vergibt, wie jetzt wieder beim Gemeindehausbau, und daß er trotz Vorhaltes unserer Fraktion (Hört-Hört-Rufe bei ÖVP) allein herumfuhrwerkt. Auf der anderen Seite bleibt er seit Jahren den Schulbeitrag schuldig. Ebenso den Gewerbesteuerausgleichsbeitrag. Die Gemeinde Wildon würde beispielsweise für die Hauptschule 20.000 S bekommen. Ich muß der Wahrheit die Ehre geben, daß jetzt erst durch die Entscheidung des Herrn Landesrates dieser Willkür hinsichtlich des Schulgeldbeitrages gesteuert worden ist, ich bin aber neugierig, wann der Herr Bürgermeister Uhl zahlt. Er setzt sich über Recht und Ordnung in seiner Gemeinde mit der stereotypen Antwort hinweg: „Wir sind die Stärkeren, Ihr könnt mir ja nichts machen, mir hilft der Matzner.“ Ich kann mir vorstellen, daß dieser Bürgermeister Uhl nun sehr gut mit den amtlichen Stimmzetteln in einer Weise umgeht, die auch wir ausschließen wollen, aber ich zweifle, daß es möglich sein wird, solche geistige Bolschewiken von der Art dieses Bürgermeisters zur Raison zu bringen. Das sind persönliche Feststellungen gewesen. Ich bitte Sie, Ihren Genossen zur Raison zu bringen.

Kurz und gut, Hohes Haus, wir haben Beispiele genug, um unserer Meinung dahingehend Ausdruck zu geben, daß die Einführung des amtlichen Stimmzettels

1. die amtlichen Stellen zu einer Propaganda für die Parteien degradiert und
2. daß hier noch mehr Mißbrauch getrieben werden kann durch die Haltung gewisser Unterfunktionäre.

Die Vorlage erweckt in uns heute noch insofern ein deprimierendes Gefühl, als sie unter dem Aspekt eines dreistündigen Durchpeitschens beschlossen und unter Ablehnung jeglicher Verhandlungen uns einfach aufoktroiert werden soll. Ich wiederhole nochmals, daß wir mit unserer Haltung eine Demonstration gegen das Parteimanagement zum Ausdruck bringen und daß diese Haltung von der Öffentlichkeit auch in dem Sinne verstanden werden wird. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Hofmann-Wellenhof: Meine Damen und Herren! Wenn ich mit dem Altertum beginne, so bitte erschrecken Sie nicht. Ich will damit nicht sagen, daß ich bis in die fernste Vorzeit zurückgehe, ich will nur ein Wortspiel bringen, das mir eingefallen ist. Im Altertum hat man bekanntlich gewisse Abstimmungen mit Täfelchen hervorgerufen, man hat durch so ein Gericht, also durch Scherben, ein Abstimmungsergebnis bekommen. Ich fürchte, daß es bei uns umgekehrt sein wird, bei uns wird man durch ein Abstimmungsergebnis Scherben bekommen. Nun liegt es an mir, diesem Thema neue Seiten abzugewinnen.

Die Debatte dreht sich um den amtlichen Stimmzettel. Neue Seiten kann ich diesem Thema nur abgewinnen, wenn man alle politischen Momente außeracht läßt und dazu habe ich ein Recht. Ich weiß, meine Damen und Herren, Sie haben das alle nie zu

ernst genommen, daß ich ohne parteiliche Bindung hier stehe. Es bewährt sich aber doch manchmal sehr gut, man hat eine gewisse geistige Freizügigkeit und Freiheit.

Ein Vorfall hat mir zu denken gegeben. Es geht mich nichts an, aber es hat auf mich tiefen Eindruck gemacht. In der vormittägigen Sitzung haben Sie sich, Herr Abg. Rösch, zum Worte gemeldet und der Herr Abg. Taurer hat Sie geradezu angefaucht und hat Ihnen die Hand heruntergezogen. Ich bin kein Gedankenleser, aber es war Ihnen anzusehen, daß Sie tief verärgert waren, weil Sie nicht reden durften. Ich habe das beobachtet. Entschuldigen Sie bitte, aber ich habe mir das auf einen Zettel geschrieben: „Freiheit der Meinung, Taurer.“ (Gelächter.) Es kann eine Kleinigkeit gewesen sein, aber für mich hatte es den Anschein, als wären Sie furchtbar verärgert, weil Sie nicht reden durften. (Abg. Rösch: „Wir verstehen uns sehr gut!“) Es ist verständlich, gerade in einer engen Freundschaft gibt es Reibereien. Aber nun zurück zur Freiheit der Meinung.

Es ist hier sehr viel über das Klima gesprochen worden und nun liegt es an mir, nicht zur Verschlechterung dieses Klimas beizutragen. Als ich im Jahre 1953 die Ehre hatte — ich habe es als Ehre empfunden — als ich gewählt worden und hier eingezogen bin, habe ich niemanden von den Damen und Herren besonders gekannt. Ich habe nicht gewußt, wer dieser und jener ist und habe mir gedacht, wir leben im Jahrhundert des Tests, ich werde mich hinstellen und werde mir alle ansehen, und mich bemühen herauszubekommen, wer zu wem gehört. Und da habe ich mir dann gedacht, als einer daher kam, das ist ein typisches Sozigesicht, das ist bestimmt ein Sozi (Heiterkeit), dann kam einer mit einem Embonpoint, also mit einem Bauch, da dachte ich mir, das ist einer von uns ein Kapitalist. Das war, bitte, rein bildlich! Wie wir dann hineingekommen sind, ich mit meiner Schüchternheit, zu meiner ersten Verblüffung mußte ich feststellen, daß meine Typenkenntnis vollkommen fehlgeschlagen hat. Auf einmal ist der Kapitalist bei Ihnen gesessen und das Sozigesicht in meiner Nähe. (Gelächter.) Ja, so einfach ist das nicht!

Ich habe schon bei anderen Gelegenheiten beobachtet, daß manches durch Durchzieher gekennzeichnete Gesicht nicht einmal mehr ein sicheres Zeichen ist. Ich glaube, daß es nicht nur im politischen Leben schon vorgekommen ist, daß mancher als Marcho-Teutone angefangen und als „Marxoteutone“ aufgehört hat.

Mehrmals wurde die „Neue Zeit“ zitiert, ein mir gut bekannter, der sehr werte Dr. Brandl, hat einen Aufsatz über die Inflation geschrieben. Er ist nicht sehr schön, aber ich glaube nicht, daß er auf seinem Mist gewachsen ist. Es wurde ein anderer Aufsatz aus der „Zukunft“ vorgelesen, der durchaus das Kind seines Geistes ist. Sie kennen die Stimme des Gewerkschaftlers Fritz Klenner, Wien, des Dr. Nennung in Graz, Journalist der „Neuen Zeit“, der einen zutreffenden, über eine ganze Seite reichenden Artikel zum Beginn des Bundestages des BSA verfaßt hat, in welchem Artikel er klipp und klar auf eine knappe Formel gebracht, festgestellt hat: Natürlich gibt es noch vielen sozialen Notstand hierzulande. Aber das Problem unserer Zeit ist das, daß wir im

Augenblick in einer wirtschaftlichen Blüte und in einer geistigen Krise leben. Wir sollen das nicht mit einem Wort abtun. Wir reden hier, als lebten wir in einer großen wirtschaftlichen Krise, von der geistigen Krise ist nicht die Rede. Dieses Wort ist zweifellos gut, das Dr. Nennung hier geprägt hat.

Nun finde ich gerade wieder in der „Neuen Zeit“, die verschiedenen Strömungen Raum geben muß, nicht nur Artikel von der Art des Dr. Nennung, sondern auch z. B. des Nationalrates Eibegger, der nur von Krieg und Barrikaden spricht und ein ungeheures Vokabularium auspackt, das eigentlich schon als abgetan gelten müßte (Abg. Wegart: „Er hat nichts dazu gelernt!“), wenn wir an das zurückdenken, was wir alle zusammen mitgemacht haben. Mittwoch, den 10. Oktober 1956, heißt es im Leitartikel: „Die große Lüge“ des Dr. Josef Reichel. (Zwischenruf: „Schon wieder lesen!“) Sie können nicht verlangen, daß ich für diese Sitzung hier den Leitartikel der „Neuen Zeit“ auswendig lerne. (Heiterkeit.) Der Beginn ist schon ungewöhnlich: Schon bei Johannes heißt es in der Bibel: „Erkennt die Wahrheit und die Wahrheit wird Euch freimachen!“ Es muß richtig heißen: „Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird Euch freimachen!“ Diese Worte hat 1938 ein Pastor in der Heilandskirche den Kindern auf das Kommunionbild geschrieben. „Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird Euch freimachen.“ Und im Mathäus-Evangelium steht das geflügelte Wort: „Eure Rede sei: ja, ja, nein, nein! Was darüber ist, stammt vom Bösen!“ — Und bei einem der Schöpfer der europäischen Freiheitsideen, bei dem Königsberger Philosophen Kant, steht der ewig gültige Satz: „Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält, denn er kann irren; aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaft sein.“ Und die sozialistische Bewegung hat — das ist nicht mehr von Kant, sondern von Reichel — überhaupt das Streben nach Wahrheit und Wahrhaftigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Sie hat auch den berühmten Satz vom Unverstand der Massen geprägt, den nur des Geistes Schwert durchbricht. Und des Geistes Schwert ist nichts anderes als die Sonde zwischen Lüge und Wahrheit. Die Sozialisten aller Länder sind in diesem Sinne erzogen worden und es wäre zum Beispiel in Österreich unmöglich, mit politischen Lügen eine sozialistische Wählerschaft zu beeinflussen; und wenn verschiedene Wählerschichten der Sozialistischen Partei den Vorwurf machen, weil sie nicht ebenso lügt wie die ÖVP, so ist dieser Vorwurf für den lebenden Geist des Sozialismus die höchste Anerkennung, die es für eine Bewegung überhaupt geben kann. Im weiteren Verlauf heißt es noch dem Sinne nach: Die einen lügen nie, die anderen lügen immer. So geht es natürlich nicht. (Zwischenrufe.) Ich möchte folgendes betonen: Ich glaube, so einfach geht das nicht; beide großen Parteien unseres Staates sind annähernd gleich stark. Jede hat eine ungefähre Wählermasse von zwei Millionen, man kann nicht einfach sagen, das sind die Wahrheitsliebenden und die anderen sind Lügner. Das ist eine zu einfache Sache, wie das hier dargestellt wird, daß der eine nur die lautere Wahrheit spricht, der andere nur lügt. In allen meinen Reden und Ansprachen, die ich halten konnte, war

ich immer bestrebt zu sagen, daß wir von jedem Lager die Ordentlichen und Anständigen anerkennen und stark genug sind, einzugestehen, daß es im eigenen Lager nicht nur anständige, sondern auch schlechte gibt.

Ich glaube, letzten Endes kann niemand solche Auslassungen, wie von NR. Eibegger und Dr. Reichel begrüßen, da sie eine Geistesrichtung aufzeigen, die gefährlich ist, nämlich nur daran zu denken, die ganze Innenpolitik lediglich nach einer parteipolitischen Linie zu betreiben und nicht ein bißchen darüber hinaus zu sehen. Ich habe nicht die Verpflichtung übernommen, mit Scheuklappen nur eine Richtung zu verfolgen. Nach Kant haben wir darnach zu streben, wahrhaft zu sein, ob es wahr ist oder nicht; wenn ich das Falsche erwische, habe ich Pech, aber streben nach Wahrheit kann jeder.

Als ich in diesen schönen Saal hereingekommen bin, sah ich vor mir die herrlichen Allegorien und hinter mir das Bild des Erzherzogs Johann; mir ist es heute ganz recht, daß sein Bild hinten hängt, daß er nicht alles gesehen hat, was hier im Laufe der Jahre vor sich gegangen ist. Ich glaube das eine, man muß sich doch immer wieder davon freimachen, daß man die Sache nur aus der momentanen Perspektive sieht und gerade bezüglich des Stimmzettels — jetzt sind wir mitten beim Thema — sollten wir einmal ehrlich die Frage erheben: „Was will eigentlich der Wähler in diesem Lande?“ Wenn man ganz ehrlich ist, so muß man sagen, es ist den Leuten in unserem Land überhaupt unverständlich, warum das geändert werden soll. Auf diese Frage werden sie jetzt überhaupt erst hingewiesen werden. Sie werden nun erst sehen, daß es hier ein Problem gibt. Wenn man den kleinen Mann fragt, wird er fragen: „Warum wollt Ihr das eigentlich ändern?“ Warum, darauf werden wir ja hier noch zurückkommen. Ich glaube, daß hier ein sehr großer Fehler gemacht worden ist, es war durchaus leichtfertig und es ist vom Herrn Landeshauptmann auch betont worden, daß wir in Bausch und Bogen diese ganzen Wahlen als verdächtig bezeichnet haben, die bisher waren. Ich glaube wirklich — schauen Sie, wenn das schon Schwierigkeiten macht festzustellen, wo rechts und links ist, wie schwierig wird es dann erst sein, ein Kreuz zu machen. Man ist davon ausgegangen zu sagen, daß alle diese Wahlen dubios waren. Warum hat sich Pözl so gefreut? Darum, weil er nun irgend etwas in der Hand hat und sagen kann, na ja, da seht, das waren undemokratische Wahlen, das Wahlgeheimnis war nicht gewährleistet, selbstverständlich werden wir bei ordentlich und korrekt geführten Wahlen entsprechend günstigere Resultate erzielen. Mit solchen Argumenten darf man nicht kommen, das kann nicht unser aller Interesse sein. Wir haben immer wieder betont, daß wir gerade gegenüber den anderen Ländern mit 99% Ja-Stimmen den Vorsprung haben, daß bei uns das freie Wahlrecht gewährleistet ist. Immer wird es Ausnahmen geben, das ist klar und es gibt kein Wahlsystem, das lückenlos wäre, das ist aber nur eine sehr kleine und geringe Menge. Ich glaube, daß wir der ganzen Sache keinen guten Dienst erweisen, wenn wir das bisherige Wahlsystem anfechten. Warum eigentlich?

Was wollen die Parteien? Was von der Österreichischen Volkspartei dargelegt wurde, brauche ich nicht näher zu erläutern. Die Einstellung der FPÖ scheint mir begreiflich. Sie wollen ihre Existenz noch auf einige Monate erstrecken, ich finde das begreiflich. Es hat sich ein Widerspruch ergeben. Im März haben Sie für die Auflösung gestimmt und die FPÖ bekanntlich dagegen, und nun stimmen Sie gegen und wir für die Auflösung. Es ist der Kitt zwischen uns beiden die FPÖ, zum Unterschied von Ihrem Wahlplakat, wo Sie einen Keil hineingeschlagen haben. Der Keil ist zum Kitt geworden, zu einem Leim, auf dem Sie auf Ihrem Sessel kleben.

Es wurden auch die Kosten der Stimmzettel angezogen, und wenn ich mich recht erinnere, haben Sie gesagt, der amtliche Stimmzettel würde 3 Groschen kosten. Es wurde dann gesagt, wenn Sie selbst diese Stimmzettel beschaffen müssen, bräuchten Sie 300.000 Schilling. Das gibt 1 Million Stimmzettel. Ich glaube doch, das Argument, daß man dem wirtschaftlich Schwächeren helfen will, ist nicht zutreffend, andererseits scheint es mir nicht gut, daß man nun auch schon vom Staat die Stimmzettel verlangt und sogar die Verteilungskosten ersetzt haben will durch irgend welche Organisation. Es müßte doch eine Partei so viel an Idealismus aufbringen, daß sie einen Apparat zuwege bringt, der das macht. Ich glaube, daß es gar nicht gut wäre, wenn man überhaupt jede Art von Parteitätigkeit und diesen Kontakt zwischen Propagandisten und Wählern auf ein ganz amtliches Geleise verschiebt. Das ist mein ganz persönlicher Eindruck. Was die Kosten betrifft, so sind doch die sonstigen Propagandakosten ein Vielfaches und ich könnte mir vorstellen, daß wir da wirklich alle zusammen populär werden könnten, daß man diese Plakate, Verlautbarungen usw. auf das unerläßlichste Minimum einschränkt. (Zwischenruf: „Schauen Sie, es will halt keiner anfangen!“) Nun aber ist es hier und immer wieder von allen bestritten worden, daß irgend jemand verstandesmäßig oder nervenmäßig nicht imstande sein könnte, dieses Kreuz hineinzuplacieren. Ich weiß nicht, wenn wir jetzt diese Wahl mit diesem neuen Stimmzettel machen, ob es sich nicht herausstellen wird, daß wir einen größeren Satz ungültiger Stimmen erhalten werden. Ich könnte mir vorstellen, daß wir 5—10.000 ungültige Stimmen mehr hätten. Durch das Streichen sind gewisse Stimmen ungültig geworden, das läßt sich denken. Aber das andere, das finde ich denn doch bedenklich. Wir haben bei unserer heutigen sehr ausgedehnten Diskussion uns nicht immer alles vor Augen gehalten. Wir haben darüber gesprochen, daß es in Deutschland und Italien keine Wahlpflicht gibt. Solche Leute, die sich nicht fähig fühlen, aus irgend einem Grunde ihre Stimme abzugeben, solche gibt es, es ist selbstverständlich und auch natürlich, es gibt Hunderte und Tausende, denen das Schwierigkeiten machen würde, die sehr nervös sein werden. Seien wir uns ehrlich, ich kann ein Kreuz machen, aber wenn ich zur Wahl gehe, man hat eine Art Besorgnis und man schaut viermal nach, ob man den richtigen Stimmzettel hat und wenn man hinausgeht, hat man noch immer die Vorstellung, man hat 2 Zettel hineingegeben. (Abg.

Rösch: „Stellen Sie den Antrag auf Aufhebung der Wahlpflicht, wir stimmen zu!“)

Mich stört Ihr Zwischenruf insoferne, weil es sich hier nicht um die Wahlpflicht, sondern genau gesehen, um einen lächerlichen Streit handelt. Ich halte die Steirer gewiß nicht für Trottel, aber es ist so, daß sich immerhin einige Tausend ergeben werden, die dieses Kreuzerl nicht ordentlich placieren, sodaß der beste Wahlsprengelleiter auf dem Lande nicht wissen wird, wohin das Kreuzerl gehört. Die Situation in unserem Lande ist nicht so wie in Vorarlberg oder in Tirol. Die Situation in unserem Lande ist doch so, daß die beiden großen Parteien ziemlich ausgeglichen sind. 1953 war die SPÖ voran, 1956 war die ÖVP voran bei den Nationalratswahlen. Im großen und ganzen aber ist das Stimmenverhältnis ausgeglichen. Nun könnte sich für den Feind dieser Demokratie geradezu eine Grotteske ergeben, daß nämlich diese nichtfähigen Kreuzelschreiber im Lande Steiermark das Zünglein an der Waage bilden. Es kann sich um einige tausend Stimmen handeln und dazu kommen, daß schließlich diese Leute, die nicht fähig sind, ein Kreuz zu machen, über unser Wohl und Weh, über die Zusammensetzung der Regierung, entscheiden. Das sollten wir nicht so bildhaft deutlich den Feinden eines demokratischen Wahlsystems vor Augen führen. Wir stellen das nur zur Erwägung. (Abg. Pölzl: „Einzig den Weg der Wahrheitssuchenden!“) Wenn ich Ihnen folgen wollte, Kollege Pölzl, wäre das vielleicht romantisch, ich glaube aber, es wäre furchtbar gefährlich, denn entweder überdauern wir das beide oder aber überleben es nicht.

In Deutschland ist dieses Wahlsystem, wie wir gehört haben, seit 60 Jahren in Schwung. Dort besteht keine Wahlpflicht. Diese Kreuzelschreiber bleiben dort zuhause. Auch Italien sollten wir uns nicht zum Vorbild der demokratischen Reife nehmen. Sie wissen, daß die Wahlzahl in Italien sehr gering ist, sie liegt um 65%. Es ist bekannt, daß Neapel die Stadt mit dem trostlosesten Proletarielerend einen monarchistischen hochkapitalistischen Bürgermeister hat. Und wieso haben sie diesen Bürgermeister? Weil dieser ein ganz einfaches Wahlsystem eingeführt hat. Er verdankt seine Popularität dem Umstande, daß er Präsident des FC Napoli ist. Er sagte, wenn ich Bürgermeister bin, kaufe ich diesen Mittelstürmer um soviel Millionen. Er hat außerdem 10.000 Paar Schuhe an die Armen verteilen lassen, aber nur die rechten Schuhe, die linken würden sie erst dann bekommen, wenn er gewonnen hat. (Heiterkeit.) (Abg. Pittermann: „Das möchten die Sozi bei uns auch!“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Das wäre ein System Rösch; das wäre eine vollendete Koalition, links und rechts, die Paare würden sich zusammenfinden. Die Herren von der FPÖ würden abschwimmen!“) Die Herren von der Freiheitspartei würden Patschen bekommen. (Helles Gelächter.) (Abg. Scheer: „Sie müssen lauter reden, man hört ja nichts!“)

Diese köstliche Anekdote ist wahr und nur in Italien begreiflich, daß so ein steinreicher Mensch ausgerechnet in Neapel die Gunst des Volkes erringt — als Monarchist und Nabob. Ich weiß nicht, ob Sie Einblick haben in die neapolitanischen Ver-

hältnisse und den Lebensstandard dieser Bevölkerung kennen. Ich bitte um Entschuldigung, man soll nicht Menschen mit Tieren vergleichen, aber es ist dort nahezu ein tierisches Leben, die Menschen leben dort zu sechst und acht in winzig kleinen Räumen, man hat von der Straße aus einen offenen Einblick in die Wohnungen, das Leben spielt sich zum Teil auf der Straße ab. Aber nicht genug damit, den durchfahrenden amerikanischen Matrosen werden von den Burschen die kleinen Schwestern angeboten; die Matrosen werden von Kind zu Kind weiterverkauft als nutzbringende Ware. Ein schauerliches Milieu, ein unvorstellbares Elend! So ist es begreiflich und verständlich, daß in Italien so große innenpolitische Spannungen auftreten. Da kommt ein Mann, bringt einen Mittelstürmer — das kostet ihm einige Millionen — teilt die rechten Schuhe aus und wird gewählt. Heute aber wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß Italien in demokratischer Reife diesen amtlichen Stimmzettel hat. Italien hat eine große Anzahl von Analphabeten. Ich habe früher schon mit den vielleicht unpassenden Wort von „Patschen“ angespielt, daß Sie sich fürsorglich für die kleinen Parteien engagiert haben. Das ist sehr schön, es ist auch das Wort gefallen in diesem Zusammenhang, daß Sie mit dem Stimmzettelt nicht nur bei den kleinen Parteien Halt machen, sondern damit bis zu den Betriebsratswahlen weitergehen wollen; das wäre zweifellos richtig. Die sozialistische Fraktion hat z. B. schön gedruckte Stimmzettel von der Gewerkschaft, die Parteilosen haben sich die Stimmzettel auf der Schreibmaschine gedruckt, obwohl sie auch Gewerkschaftsmitglieder sind und auch Beiträge an die Gewerkschaft zahlen. (Abg. Pittermann: „Beim Kassieren sind sie großzügig!“) (Zwischenruf bei SPÖ: „Der ÖAAB. ist ein billiger Verein!“)

Ich habe mir als letztes Stichwort das Wort Obstruktion aufgeschrieben. Dieses Wort ist im Laufe der ausgedehnten Debatte manchmal gefallen und dieses Wort Obstruktion hat in mir die Erinnerung an ein Erlebnis aus der Jugendzeit wachgerufen. Ich erinnere mich, es war im Jahre 1926. Ich kann mich gut erinnern, ich bin als Mittelschüler in der Herrengasse gestanden und habe vom Landhaushof her den großen Krawall und Lärm herausgehört aus diesem Hause, in dem mit Grammophon und Sirene Obstruktion gemacht wurde. (Abg. Rösch: „Sirenen haben wir auch heute!“) (Abg. Pölzl: „Die Obstruktion ist noch da, das Geräusch hat sich geändert!“) (Abg. Rösch: „Die Reden der ÖVP waren auch nur Geräusch!“) Es war eine Obstruktion mit Grammophonen und Sirenen und mit weiß Gott welchen Instrumenten. Hier aber sind es nicht mechanische Sirenen und wenn Sie schon jetzt von Obstruktion gesprochen haben, so läßt sich diese Obstruktion höchstens als individuelle Obstruktion bezeichnen und einem Zug der Zeit folgend, sonst zieht doch die Zeit zur Mechanisierung, während diese Obstruktion hier, die Sie gehört haben, zur Individualisierung neigte und durchaus nicht zur Mechanisierung führte, weil jeder so lange gesprochen hat, bis er nicht mehr konnte. Sirenen und Grammophone wurden nicht mitgebracht. Ich möchte hier einige Auszüge vorlesen aus dieser Art der Obstruktion. Ich habe das durchgelesen und will

Ihnen einige Rosinen herausholen. Ich weiß schon, was man seinem Publikum zu bieten hat, wenn es ein so vielfärbig gemischtes ist. Es sind einige spassige Sachen darin, es ist aber auch ein ernster Kern dabei und der Humor schaut nur für den Oberflächlichen so spassig aus. Humor ist, wenn man trotzdem lacht! Das ist eine Definition. Es ist doch manchmal aber auch der Humor mit Weisheit des Herzens zu definieren, wenn man die spart, bleibt nur der Witz übrig.

Ich möchte betonen, daß ich mich bemühen werde, keine Namen zu nennen, schon um dieser ganzen Vorlesung nicht irgendwie einen rein parteipolitischen Propagandacharakter zu geben. Es sind sehr viele der hier Auftretenden verstorben, es schiene wenig pietätvoll, sie wieder aufstehen zu lassen. Doch kommt man nicht darum hinweg, die Hauptperson zu erwähnen, das war der Minister Rintelen, der zum Landeshauptmann gewählt hätte werden sollen. Es zieht sich über einige Tage hin, da seine Wahl hätte verhindert werden sollen. Das ist hier ein kleiner Abschnitt, ungefähr 12 Zeilen, das ist der ganze Inhalt einer zweistündigen Sitzung. Da ist etwas mehr als eine halbe Seite und die Sitzung hat rund 10 Stunden gedauert. Es ist nur ein Geräusch. Es hat damit begonnen, daß die Herren, die die Wahl des Rintelen verhindern wollten — es heißt hier, „...“, daß wir einen jeden derartigen Versuch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden. . . . (liest) „Beifall, ungeheurer Lärm. . . .“ „Lösen Sie den Landtag auf, der Mann da hat nichts zu reden, merken Sie sich das!“ („Fortgesetzter Tumult.“) „Verehrter Herr Kollege, das hat hier nichts damit zu tun.“ „Sie mißverstehen mich!“ wird dann gerufen. Ich bemühe mich, nur den Ton wiederzugeben, der damals in diesem Hohen Hause geherrscht hat und ich habe betont, daß ich keine Namen nennen werde. Ich glaube, weil heute hier über Obstruktion gesprochen wurde, daß doch in diesen 30 Jahren ein Fortschritt zum Besseren, zur Vernunft, zur Toleranz und zu besseren Umgangsformen eingetreten ist. Es hat sich heute um Lebende gehandelt, das ist überhaupt nicht zu vergleichen. . . . (liest.) Es heißt hier „(Fortgesetzter ungeheurer Tumult.)“ „Ich ersuche die Herren Abgeordneten, die parlamentarischen Formen zu beachten.“ „Löst die Sitzung auf!“ Die Sitzung wird auf 10 Minuten unterbrochen, dann geht es weiter . . . (liest) . . . „Der Herr hat hier nichts zu suchen. Was macht der Herr hier unter den Herren Abgeordneten?“ Vielleicht war das Haus so groß, daß man erst einen entfernt hat, der nicht dazu gehörte. . . . das ist der offizielle Pressedienst!“ Ich weiß nicht, es ist wirklich ohne Spaß, stellen Sie sich vor, daß sich die Beamten der Landesregierung in einem Tumult befinden und dann erst durch die Ordner festgestellt werden muß, ob alle da sind. Es ist eine Art Zeitdokument und wenn Sie mir den Schluß gestatten auf die Jetztzeit, so werden Sie sehen, meine Absicht ist, hier das vorzutragen, was man eine Verschlechterung des Klimas nennt. . . . (liest) . . . „Glauben Sie, daß mir Ihr Schreien imponiert, da kennen Sie mich schlecht!“ „Wenn ich auf Ihre Beschimpfungen nicht antworte, so deshalb, weil ich es unter meiner Würde finde, Ihnen zu antworten.“

Nun geht es weiter, sehr fröhlich in dieser Manier. (Abg. Scheer: „Gehört das alles zum Stimmzettel?“) Ja, das gehört dazu! Wenn Sie in dieser Debatte die Obstruktion angezogen haben, so kann man eine Parallele finden. Hier heißt es, „Das ist eine Gemeinheit, die nicht entschuldigt wird, Sie sind ganz ein gewöhnlicher Lump, wenn Sie das sagen.“ Keine Ordnungsrufe. Das ist sehr bedenklich.

„Verehrtes Haus, ich habe mich nicht um die Stelle des Landeshauptmannes beworben, sondern meine Partei hat von mir verlangt, daß ich auf-trete . . .“ (Tumult.) „Das ist charakterlos, schamlos, ich bitte, sich auf die Plätze zu begeben.“ Und nun geht es ununterbrochen weiter und hier ist dann noch etwas, was mir köstlich erschienen ist. (Liest) . . . „Sie können eine liebe Frau sein, ich möchte Sie aber warnen, Ihrem Parteichef zu folgen . . .“ „Oho!“ Und in dieser Art, meine Damen und Herren, geht die ganze Obstruktion weiter.

Hier ein Beispiel für die sogenannte Kulturarbeit und Tradition. (Zwischenruf: „Nicht lesen!“) Aus dem Stenographischen Protokoll 1926: Es finden sich da solche Ausdrücke wie: „Sind Sie ein gewöhnlicher Verleumder! Sie sind ein Schuft! Sie sind ein Schurke!“ „Präsident: Ich eröffne die 57. Sitzung des Hohen Hauses.“ (Lärmende Obstruktion.) „Auflösen!“ (Lärmende Obstruktion mit allen möglichen Instrumenten.) (Zwischenruf: „Was ist mit dem Mikola-Walzer?“) (Auf Verlangen wird der Schnellpolka wiederholt. Rufe: „Auflösung“, „Neuwahlen!“) Diese Sitzung dauerte von 10,05 Uhr bis 7,10 Uhr abends.

Ich glaube doch, daß diese wenigen Kostproben genügen, um zu zeigen, daß das ein Weg war, der von der Demokratie durchaus weggeführt hat. Das war im Jahre 1926! Es kam dann der Juli 1927, der Februar 1934, der Juli 1934, eine Katastrophe für unser Volk nach der anderen, die wir alle, jeder in seiner Art, unmittelbar oder mittelbar, zu spüren bekamen. Was das Schlimme ist: Ich habe mit Absicht keine Namen genannt, denn fast jeder dieser Männer, die in persönlicher Weise so herabgesetzt wurden, sitzen heute in den höchsten Stellen des Landes, der Stadt und der Exekutive, sind hochgeachtet, ihr Wirken wird von allen anerkannt und von der gesamten Bevölkerung gewürdigt. Wenn man diese Protokolle liest, muß man als Außenstehender den Eindruck haben, diese Volksvertretung ist ein Verein gewesen von üblen Roßtäuschern, von Leuten, die sich gegenseitig verleumden und keine anderen Interessen haben, als die Ehre des anderen abzuschneiden. Das war ein Weg, der zweifellos dazu beigetragen hat, die Demokratie zu untergraben. Wir müssen jedenfalls bemüht sein, in unserer ausgedehnten Sitzung, dem Blick des Mannes an der Rückwand des Saales, des Erzherzogs Johann, irgendwie standzuhalten. Die Würde des Hauses ist in unsere Hand gegeben und jeder muß diese Würde in seiner Weise zu wahren versuchen. (Verschiedene Zwischenrufe.) (Abgeordneter S c h a b e s : „Wir haben schwer gelitten vom Jahre 1934 an. Der Ton ist der gleiche!“) (Abg.

R ö s c h : „Warum obstruiert Ihr dann, wenn es um die Würde geht?“

Ich habe, Herr Kollege Schabes, diese Stellen nicht zitiert, um die Wunden aus 1934 aufzureißen, dies wäre ein grobes Mißverständnis. (Zwischenrufe bei SPO: „Denken Sie an die Abruzzenräuber!“)

Ich weiß nicht, ob dies an dieser Stelle ein glücklicher Zwischenruf ist. Wir stehen uns mit persönlicher Sympathie gegenüber, ich habe nicht das Recht, Ihnen einen Zwischenruf zu verbieten. Ich kann aber freundschaftlich sagen, verehrter Herr Kollege, es wäre besser gewesen, Sie hätten diesen Zwischenruf nicht gemacht.

Es schaut aus, als rede ich nur darum herum, aber ich rede nicht darum herum, mir liegt die Sache am Herzen. Der Mensch kann wohl irren, er hat aber wahrhaft zu sein. Das Publikum ist nicht so ungeheuer groß; ob die Fenster offen oder zu sind, man spricht hier nicht zur Welt. Und was in der Zeitung steht, ob 5 oder 3 Zeilen darinnen stehen, ist für die Menschen, die lange Zeit in der Publizistik tätig sind, wurscht. Das war der Kern, der unrichtig ausgewalzt wurde; in diesem Falle war das nicht glücklich, es bringt einen Ton herein, denn gerade ich in meinen Ausführungen vermeiden sehen wollte. Ich habe anfangs betont und habe mich dazu bekannt, daß ich in dieses Haus gekommen bin, nicht um das Klima zu verschlechtern, sondern im Gegenteil, mit meinen eigenen, persönlich durchaus nicht starken Kräften zu versuchen, es zu verbessern. Ich habe genug menschliches Leid gesehen und habe genug erfahren und erinnere an das Wort des bekannten Dichters Werfel: „Feindschaft ist unzulänglich, es kommt nichts auf weite Sicht und im Naheffekt wenig heraus.“ Wir sind verpflichtet zu einer gemeinsamen Arbeit zum Wohle des Landes. (Zwischenruf Abg. P ö l z l.) Herr Abg. P ö l z l, Sie sind persönlich ein kommoder Mensch, wenn ich mich steirisch ausdrücken darf, Sie sitzen da und geben der Sache Farbe. Wenn der Landtag im Mai aufgelöst worden wäre, säßen sie nicht da. Dann hieße es: „Schade, der Pözl ist nicht mehr da, war doch eine Hetz!“ (Abg. R ö s c h : „Hätten Sie damals den Landtag aufgelöst!“) Landesrat P r i r s c h : „Kindisch!“ Ich bin kein guter Zwischenrufer. (Abg. R ö s c h : „Ihnen gefällt heute gar nichts!“)

Mir liegt das nicht, ich habe ein Talent zum Zuhören. Auf einmal loszufahren, das will gelernt sein von zuhause aus. Man muß da einen anderen Fundus mitbringen und muß sich überwinden und, wenn es nicht ganz gescheit ist, mit dem Zwischenrufen zurückhalten. Vielfach ist es so: Es spricht einer, da merkt man, wenn ich ihm jetzt das Prädikat abschneide, purzelt das ganze herunter; schneiden Sie auch mir das Prädikat nicht ab, außer es hat einen wirklichen Inhalt, was Sie zu sagen haben. Im Rahmen dieser Materie sollte man sich außerordentlicher Zurückhaltung befleißigen.

Ich möchte kurz darauf verweisen, daß es sehr gefährlich ist, nur aus einer momentanen taktischen Situation heraus eine große Einrichtung in Mißkredit zu bringen. Ich habe in dieser stundenlangen Lektüre heute vormittag viel gelernt aus jenen Zei-

ten und mit Schrecken gesehen, daß gerade die Leute, die heute eine große Rolle spielen, damals in den Kot gezogen wurden. Das ist nicht recht! Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, bei so etwas mitzumachen; man muß sich so viel persönliche Freiheit bewahren und auch Freizügigkeit, um mit Kant sagen zu können — und zwar gilt dies überall und auch für die politische Arbeit —: „Man kann sich irren, aber in allem, was der Mensch sagt, muß der Mensch wahrhaft sein.“ Er muß versuchen, die Wahrheit zu suchen. In diesen Sitzungsberichten aus dem Jahre 1926 steht auch eine merkwürdige kleine Äußerung. Es heißt dort: „Ja, Sie haben mich nicht nur politisch unanständig, Sie haben mich auch menschlich unanständig genannt.“ Ich glaube, die Dinge haben sich inzwischen doch zum besseren entwickelt. Allmählich hat sich die Überzeugung herauskristallisiert, durch die Erlebnisse 1938 bis 1945, daß die Anständigkeit nicht recht teilbar ist in eine politische und menschliche.

Ich möchte gerade mit dieser Erwägung meine relativ kurzen Ausführungen schließen, daß wir menschlich und politisch anständig sein sollen. Ich habe das Bestreben, nach diesem Prinzip zu handeln: Daß man die Wahrheit anstreben soll und daß es nicht angeht, eine Unterscheidung zu machen weder für sich noch in der Öffentlichkeit zwischen politischer und menschlicher Anständigkeit. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Ich muß befürchten, Sie zu enttäuschen, weil ich nicht die Gabe meines Vorredners habe, Humor mit Ernst so gut zu mischen, daß letzten Endes der Eindruck auf die Herzen, aber auch auf den Geist der Zuhörer nicht ausbleiben kann. Mein Vorredner hat in seinen zahlreichen Zitaten auch von den geistigen Schwertern gesprochen. Wir wissen alle, die wir hier sind, daß dieses geistige Schwert heute nicht durchdringen wird, da wir aus dem Mund des Herrn Parteisekretärs gehört haben, wie Sie abstimmen werden. Der wahrlich geistige Kampf kann sich nicht in diesem Saale heute oder morgen abspielen. Um sie aber nicht vollends zu enttäuschen, verzichte ich auf ein bewährtes Mittel aller Redner, denen die Aufgabe zukommt, um etwa 11 Uhr abends noch die Aufmerksamkeit der Zuhörer in Anspruch zu nehmen, nämlich sie im Ungewissen zu lassen, was er sagen will. Ich will im voraus sagen, daß das Endthema meines Vortrages noch eine kleine kritische Zusammenfassung der Landtagssitzung mit dem Thema Landtagswahlordnungsnovellierung im Verhältnis zu der Auffassung über die Demokratie sein wird.

Aber bevor ich zu diesem Endthema komme, muß ich einige Zeit Ihre Aufmerksamkeit mit etwas in Anspruch nehmen, was irgendwie an meinen Vorredner anschließt, der Ihnen aus praktischen Beispielen vorgeführt hat, wie tief im Jahre 1926 die äußeren Umgangsformen in diesem Saale gesunken waren und wie nunmehr heute sich Ihr Verhalten geäußert hat. Es hat zwar manchmal lebhaftere Zwischenrufe gegeben — die Redner wurden zum überwiegenden Teil von unserer Partei gestellt —, es hat Auseinandersetzungen gegeben, ich habe aber nicht bemerkt, daß etwa in der Erregung die Her-

ren Abgeordneten die Sitze verlassen haben oder daß Lärminstrumente verwendet wurden oder Beschimpfungen gefallen sind. Um diese Kontraste stärker hervorzuheben, will ich Ihnen einiges vortragen aus der beratenden Körperschaft des Nationalrates über dieses Thema, das uns heute als Gegenstand zur Entscheidung vorgelegen ist. Sie haben nicht bloß darüber zu entscheiden, ob der amtliche Stimmzettel eingeführt wird, sondern Sie haben auch darüber zu entscheiden, ob die Form der Wahlordnung über die Listenlockerung, über die Reihung und Streichung aufrechterhalten bleibt. Ich glaube, daß es eine ziemliche Zumutung wäre, wenn ich Ihnen die ganzen Beratungen vor Augen führen würde. Es ist aber gewiß eine abschließende Erforschung, wenn Sie jetzt jene Erwägungen hören, die damals den Nationalrat dazu bestimmt haben, diese Wahlordnungsänderung für den Nationalrat, die ja dann verfassungsmäßig bestimmt war, sich an die übrigen Wahlordnungen anzuhängen. Ich muß vorausschicken, daß der Berichterstatter Dr. Tschadek war, Ihr Parteigenosse, und die Eingangsworte, die er seinem Bericht vorausgeschickt hat, sind von grundlegender Bedeutung. Ich erspare Ihnen den mir vorliegenden Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben an Hand des Materials, weil das wahrscheinlich bis morgen mittag dauern würde. Nun hat damals Herr Tschadek, also Ihr Parteigenosse, darüber zu berichten gehabt und folgendes gesagt:

„Hohes Haus! Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volke aus. Mit dieser Erklärung der Bundesverfassung ist die Demokratie in Österreich gesetzlich verankert. Wie alle Demokraten der Neuzeit ist auch Österreichs Demokratie eine indirekte, eine repräsentative Demokratie. Das Recht, das vom Volk ausgeht, wird bestimmt durch die gewählten Volksvertreter, den österreichischen Nationalrat im Zusammenwirken mit dem Bundesrat. Daher ist das Wahlrecht ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Rechtsordnung in unserem Land.“ Ich schmeichle mich, daß ich, ohne die damaligen Ausführungen zu kennen, die gleichen Gedankengänge gegangen bin in meiner heutigen ersten Wortmeldung. „Wenn wir uns heute mit einer Wahlordnung zu beschäftigen haben, dann ist es vielleicht interessant, wenn ich als Berichterstatter ganz kurz auf die möglichen Wahlsysteme hinweise, die in einer Demokratie verwirklicht werden können. Wir kennen heute in den modernen europäischen Staaten grundsätzlich drei Formen des Wahlrechtes: Das Einer-Wahlrecht mit relativer Mehrheit, wie es in England historisch gewachsen ist, das Einer-Wahlrecht mit der absoluten Mehrheit, wie wir es in Frankreich haben, ein Wahlrecht, das immer wieder Stichwahlen und Nachwahlen nötig macht, und endlich das proportionale Listenwahlrecht, wie wir es in Österreich seit 1919 eingeführt haben.“ Und nun trägt Herr Dr. Tschadek die damals zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegten zahlreichen Novellierungen und Änderungen der Nationalratswahlordnung vor, ich übergehe diese und komme zu jenem Punkt, nämlich zum Reihungs- und Streichungsrecht. Er sagt nun: „Und nun kommen wir zu dem Kapitel, das den größten Raum in der Diskussion des Verfassungsausschus-

ses eingenommen hat, zu dem Kapitel, das sich mit der Auflockerung der Liste, mit der Umreihung der Kandidaten und mit der Möglichkeit der Streichung von Kandidaten beschäftigt. Nach der nunmehrigen Vorlage des Verfassungsausschusses haben die Wähler das Recht, einen Stimmzettel mit und ohne Reihungsvermerke abzugeben. Es sind Stimmzettel gültig, die nur eine Parteibezeichnung tragen, es sind Stimmzettel gültig, die neben der Parteibezeichnung die Liste der Kandidaten aufweisen, und es sind Stimmzettel gültig, die nur einen oder mehrere Kandidaten einer Partei aufweisen, wenn der Wille des Wählers aus diesem Stimmzettel klar und deutlich zu erkennen ist.

Nach einem Vorschlag der Österreichischen Volkspartei soll jeder Wähler das Recht haben, die von der Partei vorgeschlagene Liste abzuändern, indem er eine Umreihung der Kandidaten vornimmt oder einzelne Kandidaten von dieser Liste streicht. Dazu ist es nicht notwendig, daß der Betreffende unbedingt den Stimmzettel verwendet, der die Namen aller Kandidaten trägt. Er kann auch einen Stimmzettel, der nur die Parteibezeichnung trägt, mit dem Vermerk versehen: Kandidat Nr. 1 ist der bisherige Kandidat Nr. 3. In diesem Fall hat der Wähler eine Umreihung vorgenommen und wir haben es mit einem Stimmzettel mit Reihungsvermerk zu tun. Entscheidend bei der Beurteilung ist aber, daß nach wie vor in erster Linie die politischen Parteien als gewählt betrachtet werden, daß also nach wie vor die politischen Parteien die Grundlage für die Ermittlung des Wahlergebnisses darstellen. Wenn aus einem Stimmzettel nicht ersichtlich ist, welche politische Partei gewählt ist, dann kann ein solcher Stimmzettel auch nicht als gültig gezählt werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn zum Beispiel auf den Stimmzettel einer Partei der Name eines Kandidaten einer anderen Partei gesetzt wird, so daß man nicht mehr feststellen kann: wollte der Wähler den Kandidaten oder wollte er die Partei wählen.

Alle diese Dinge sind im Gesetze eingehend geregelt und es erübrigt sich wohl, die einzelnen Fälle aufzuzählen. Ich habe im schriftlichen Motivenbericht auf verschiedene Dinge hingewiesen, die meiner Meinung nach bei der Frage, ob ein Stimmzettel gültig ist, berücksichtigt werden müssen. Es wäre denkbar, daß ein Wähler, der an der Grenze zweier Wahlkreise wohnt, die Stimmzettel verwechselt und zum Beispiel die Kandidatenliste des Wahlkreises 8 im Wahlkreis 9 in die Wahlurne wirft. Ist aus dieser Kandidatenliste klar ersichtlich, um welche Partei es sich handelt, dann hätte der Stimmzettel für diese Partei zu zählen, und zwar als Stimmzettel ohne Reihungsvermerk. Es sind also die von der Partei im Wahlkreis 9 aufgestellten Kandidaten als vom Wähler gewählt anzusehen. Diese Dinge können in Wien und an den Grenzen von Wahlkreisen vorkommen. Deshalb ist es zweckmäßig, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß das Verwechseln von Kandidatenlisten nicht dazu führen kann, daß ein Stimmzettel ungültig wird, wenn klar und deutlich der Wille des Wählers, welcher Partei er seine Stimme geben wolle, erkenntlich ist.

Bei der Überprüfung des Wahlergebnisses werden zwei getrennte Vorgänge notwendig sein. Man wird zunächst feststellen müssen, wie viele Stimmzettel auf die einzelnen Parteien entfallen. Danach kann man noch am Wahltage errechnen, wie viele Mandate jede einzelne wahlwerbende Partei bei den Wahlen erobert hat. In einem zweiten Verfahren wird dann festgestellt werden müssen, wie viele Wahlpunkte jeder Kandidat bekommen hat. Die Stimmzettel müssen deshalb bei der Zählung getrennt werden in Stimmzettel mit Reihungsvermerk und in solche ohne Reihungsvermerk. Selbstverständlich wird dies zu einer wesentlichen Erschwerung des Skrutiniums führen. Man wird also am Abend des Wahltages wohl wissen, wie viele Kandidaten jede einzelne Partei — die Restmandate, die erst verteilt werden müssen, ausgenommen — ins Parlament entsenden kann, man wird aber unter Umständen nicht wissen, welche Mandatare jede Partei entsenden wird. Dies kann erst festgestellt werden, wenn die Zahl der Wahlpunkte für jeden einzelnen Kandidaten feststeht.

Die Ermittlung der Wahlpunkte ist nun, Hohes Haus, in § 82 der Vorlage eingehend erörtert. Es handelt sich hier um ein mathematisch etwas kompliziertes System, das jedoch unvermeidlich ist. Ich möchte es mir ersparen, es hier vorzutragen, da ich nichts anderes tun könnte, als den § 82 zu verlesen. Dies wäre meiner Meinung nach eine überflüssige Belastung des Hohen Hauses. Wesentlich und wichtig ist es, zu erklären, daß der Verfassungsausschuß auf dem Standpunkt steht, daß die Wahlpunkte nur zu errechnen sind, um festzustellen, welche Abgeordneten gewählt wurden, daß sie aber nicht zu veröffentlichen sind.

Im ersten Vorschlag, der erstattet wurde, war man der Meinung, man sollte den Wählern sagen, mit wie vielen Punkten jeder Abgeordnete ins Parlament gewählt wurde. Dies würde aber, Hohes Haus, zu einer völlig falschen Beurteilung der wahren Sachlage führen. Wir haben im Verfassungsausschuß darauf hingewiesen, daß die Reihung der Kandidaten in einem Wahlkreis durchaus nicht immer einer Mehr- oder Minderbewertung entsprechen muß. Eine Partei, die in einem Wahlkreis fünf Kandidaten nennt, reiht sie so, daß der Kandidat des stärksten Bezirkes an erster Stelle, des zweitstärksten an zweiter, des drittstärksten an dritter Stelle gereiht wird usw., ohne daß man damit eine persönliche Wertung der Kandidaten zum Ausdruck bringen will. Alle Kandidaten werden selbstverständlich gleich gewertet, denn sie besitzen alle das uneingeschränkte Vertrauen der Partei. Bei der Wahlpunkteermittlung bekommt aber notwendigerweise der Listenführer um tausende Punkte mehr als der Kandidat, der an dritter oder vierter Stelle steht, auch wenn dieser gar nicht gestrichen wird, weil anders nach diesem Punktesystem nicht gerechnet werden kann.

Die Veröffentlichung dieser Punktezahl würde also zu einer vollkommen falschen Einschätzung des Wertes der Abgeordneten führen und es ist klar, daß das Hohe Haus nicht Abgeordnete erster und zweiter Güte kennen kann. Es kann nur die gewählten Vertreter des österreichischen Volkes kennen,

die mit gleichen Rechten und Pflichten in diesem Hohen Hause als Abgeordnete ihr Mandat ausüben. Aus diesem Grunde werden also die Wahlpunkte errechnet. Es wird ermittelt, wer gewählt ist, die Reihenfolge der Ersatzmänner wird festgelegt, eine Veröffentlichung des Punkteergebnisses wird aber nach dem derzeitigen Vorschlag nicht erfolgen.

Hohes Haus! Ich glaube auch über das Ermittlungsverfahren nicht viel Worte machen zu müssen. Auch hier sind keine wesentlichen Änderungen erfolgt und der Verfassungsausschuß war mit der im V. Hauptstück der Wahlordnung festgelegten Art des Ermittlungsverfahrens einverstanden, so daß es überflüssig ist, diese Bestimmungen hier im einzelnen oder auch nur auszugsweise aufzuzählen. Ich muß nur auf eine Sache hinweisen, die im Verfassungsausschuß eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat. Und da hat der Vertreter gesagt und die Feststellung gemacht, daß die Arbeiten im Unterausschuß und im Verfassungsausschuß wirklich von demokratischem Geist getragen waren. Leider können wir nicht feststellen, daß dasselbe im Gemeinde- und Verfassungsausschuß vor sich gegangen ist, dessen Antrag Sie heute zur Beschlußfassung vorgelegt erhalten haben."

Sie sehen jetzt, daß Dr. Tschadek, obwohl es sich hier nur um die Abgabe eines Zettels handelt, dennoch die Möglichkeit nicht ausschließt, daß es noch zu Verwechslungen kommt. Wieviel näher liegend ist eine Verwechslung, wenn ein Wähler innerhalb weniger Minuten auswählen soll, wohin er das Kreuz zu setzen hat.

Ich bitte, das ist ein Beispiel dafür, mit welcher Objektivität Nationalrat Dr. Tschadek, der jener Partei angehört, die nicht für den Reihungsvermerk war, berichtet hat. Er sagt zum Schluß: „Hohes Haus! Damit habe ich in kurzen Zügen über die Wahlordnung berichtet, die Ihnen heute zum Beschluß vorliegt. Der Verfassungsausschuß ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß reine demokratische Wahlen durchgeführt werden sollen, die den Willen des Volkes klar erkennen lassen. Der Verfassungsausschuß hat die Beratungen in einer wirklich gründlichen Art und Weise geführt. Es haben sich fast alle Mitglieder des Ausschusses an den Debatten beteiligt und auch der Bundesminister für Inneres und der Stab des Innenministeriums haben wiederholt eingegriffen. Ich möchte als Berichterstatter hier klar und deutlich sagen, daß die legistische Arbeit, die das Bundesministerium für Inneres bei diesem Gesetz geleistet hat, bedeutend war. Die Herren vom Innenministerium haben über 170 Abänderungsvorschläge, die im Laufe der Debatte gestellt und zum Teil wieder zurückgezogen wurden, jeweils von einem Tag auf den anderen Tag verarbeitet, so daß die Arbeiten des Ausschusses jederzeit glatt vonstatten gehen konnten. Ich glaube, der Verfassungsausschuß spricht dem Innenministerium und den Herren, die wirklich aufopfernd an dieser Wahlordnung gearbeitet haben, seinen Dank aus.

Der Verfassungsausschuß war sich der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewußt. Die Wahlen in Österreich müssen einen Beweis für die demokratische

Reife unseres Volkes erbringen. Wir hoffen, daß der Wunsch nach reinen demokratischen Wahlen auch von den Alliierten in Österreich geteilt wird, daß also die Wahlen nach dem von uns erlassenen Gesetz im ganzen Lande in voller Freiheit und ohne jede ausländische Einmischung abgehalten werden können.

In diesem Sinne beantragt der Verfassungsausschuß, dem Gesetz die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen."

Ich muß sagen, daß ich von diesen Ausführungen des Nationalrates Dr. Tschadek der Sozialistischen Partei tief beeindruckt bin, wie er als Berichterstatter für die Annahme einer Vorlage eingetreten ist, die nicht Ihrer Parteiauffassung entspricht. Er ist pflichtgemäß dafür eingetreten. Der Nationalrat hat auch diese Änderung beschlossen.

Da es immer meine Tendenz ist, in geistigen Auseinandersetzungen mit gleichen Waffen zu kämpfen und der Herr Abgeordnete Pölzl hier schon deshalb im Nachteil ist, weil er zum Gegenstand nur zweimal das Wort ergreifen kann, will ich einen kleinen Ausgleich schaffen und die Ausführungen des Abgeordneten Nationalrat Fischer zu dieser Gesetzesvorlage im Nationalrat, die zum Teil humorvoll sind, Ihnen zur Kenntnis bringen.

„Meine Damen und Herren! Der Gesetzesentwurf über die Wahlordnung wurde im Parlament im Dezember des vorigen Jahres eingebracht. Es hat nahezu ein halbes Jahr gedauert, bis dieser Gesetzesentwurf in den Beratungen des Verfassungsausschusses seine jetzige Fassung erlangt hat, eine außerordentlich lange Zeit, und man muß offen sagen, die große Zeitspanne wird durch das Ergebnis nicht gerechtfertigt. Es wurde zwar eine Reihe kleiner Verbesserungen beschlossen, es wurde auch eine Reihe von kleineren und größeren Verschlechterungen in die Wahlordnung hineingebracht, aber alles in allem und im wesentlichen hat sich nichts geändert, und wenn man auf alle die langen Beratungen zurückblickt, dann muß man feststellen, daß eine Reihe von grundsätzlichen Fragen zwar in Diskussion gezogen wurde — in eine zum Teil sehr angeregte Diskussion, wie schon der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat —, daß aber das Ergebnis mehr oder minder null geblieben ist.

Nun, meine Damen und Herren, den Beratungen dieses Wahlgesetzes ist eine außerordentlich lebhafte Agitation, vor allem der Österreichischen Volkspartei, vorangegangen. Der Herr Staatssekretär Graf ist wie ein Stabstrompeter der Demokratisierung durch ganz Österreich gefahren und hat ununterbrochen die Idee einer sogenannten Demokratisierung der Wahlgesetze in die Diskussion geworfen. Es wäre zweifellos nicht schlecht, wenn man versucht hätte, eine tatsächliche Demokratisierung in die Wahlordnung hineinzubringen, wenn man versucht hätte, eine unmittelbare Anteilnahme des Wählers herbeizuführen. Das allerdings ist nicht geschehen. Durch diese Wahlordnung ist diese sonderbare, etwas autoritäre österreichische Demokratie in keiner Weise geändert worden.

Nun, meine Damen und Herren, was meine ich damit? Es scheint mir über jeder Diskussion zu stehen, daß bei allen Formen der Demokratie

Grundsatz sein muß, daß jede Wählerstimme gleichwertig ist, daß nicht, wie in Schillers „Demetrius“ von dem Vertreter der Adelspartei, dem Fürsten Sapiaha, gesagt wird: „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen!“, sondern daß es Grundsatz der Demokratie in allen ihren Formen sein muß, daß die Stimmen gezählt werden und daß jede Stimme gleichwertig jeder anderen Stimme ist, ganz gleichgültig, in welchem Bundesland, in welchem Gebiet und für welche Partei sie abgegeben wird. Wir haben nun in Österreich diese demokratische Gleichwertigkeit aller Wählerstimmen nicht. Wir haben zum Beispiel in Vorarlberg die Tatsache, daß für ein Mandat 14.000 Stimmen genügt haben, während es sonst in Österreich Wahlkreise gibt, wo 20.000, in einem sogar 21.000 Stimmen für ein Mandat notwendig waren. Ich habe gar nichts gegen die Vorarlberger. Ich halte die Vorarlberger für einen sehr sympathischen und sehr demokratischen Teil des österreichischen Volkes, es ist aber nicht einzusehen, warum ein kleines Bundesland so sehr begünstigt sein soll, andere mehr industrielle Gebiete Österreichs aber so sehr benachteiligt werden sollen. Es ist nicht einzusehen, warum in einem einheitlichen Staatsgebiet, in einer einheitlichen Republik die Stimmen derart verschieden gewertet werden.

Wir haben in der österreichischen Verfassung eine Bestimmung, aus der diese undemokratische Ungerechtigkeit hervorgeht, daß nämlich bei der Zuweisung der Mandate nicht die Zahl der Wahlberechtigten, sondern die Zahl der Bevölkerung entscheidend ist, wodurch also hier eine Art von Pluralwahlrecht in das Gesetz eingeführt ist. Von einer Reihe von Rednern der Volkspartei wurde im Verfassungsausschuß erklärt, das sei durchaus berechtigt; wenn jemand mehr Kinder habe, müsse seine Stimme mehr wiegen, als wenn jemand weniger Kinder habe; er muß also sozusagen seine Stimme für das Mehr an Kindern abgeben. Nun, dieser Gedanke scheint mir recht abwegig und gefährlich zu sein, denn wenn man ihn zu Ende denkt, dann könnte man nur darüber diskutieren, ob man einem kinderreichen Vater ein Plus an Stimmen zugestehen soll oder nicht. Jeder würde einsehen, daß das absurd wäre. Bei dem gegenwärtigen System jedoch profitiert der Junggeselle in Vorarlberg dadurch, daß dort andere mehr Kinder haben, und seine Stimme nimmt also an Gewicht zu, obwohl er gar nichts dazu getan hat. Wie immer man also versucht, dies zu begründen, es ergibt sich immer wieder darauf ein Unsinn, ein Nonsens. Es ist also auf diese Weise in der Tat eine Art von Pluralwahlrecht in das österreichische Wahlrecht hineingeschmuggelt worden.

Meine Damen und Herren, es schien und scheint uns als das Gerechteste und Demokratischste, daß für eine bestimmte Anzahl von Stimmen ein Mandat gegeben wird. In der Diskussion im Verfassungsausschuß hat man gegen diese unsere Anregung eingewandt — und der Herr Berichterstatter hat es hier wiederholt —, es sei nicht zweckmäßig, die Zahl der Abgeordneten von der größeren oder geringeren Wahlbeteiligung abhängig zu machen. Ich sehe keineswegs die Gefahr, die der Herr Berichterstatter hier heraufbeschworen hat, nämlich,

daß es plötzlich zu wenige Abgeordnete geben könnte, so daß das Parlament nicht mehr arbeitsfähig wäre. Ich halte aber auch nicht den Grundsatz einer variablen Zahl von Abgeordneten für das Entscheidende, sondern ich und meine Partei halten für entscheidend, daß tatsächlich eine bestimmte für das ganze Bundesgebiet einheitliche Wahlzahl festgestellt wird und daß nicht ein Abgeordneter mit 14.000 und der andere, wie die Abgeordneten meiner Partei, mit 45.000 Stimmen gewählt wird. Es schien uns zunächst — ich wiederhole das hier — durchaus demokratisch und richtig, daß man die Zuteilung von Mandaten nicht von einem Grundmandat abhängig macht. Ich stelle aber fest, daß wir diesen Antrag sofort, schon im Verfassungsausschuß, zurückgezogen haben, weil mir auch das nicht als das allein Entscheidende erscheint, denn Sie können beruhigt sein: wir werden in den kommenden Wahlen nicht nur ein Grundmandat, sondern recht viele Grundmandate bekommen. Wir haben keine Sorge über den Ausgang dieser Wahlen. Wir verstehen aber sehr gut die Sorge der beiden Regierungsparteien über den Ausgang dieser Wahlen.“

Und nun kommt es weiter, ich glaube fast den Landtag zu hören: (Ironische Heiterkeit.) „Man könnte sagen, daß dies vielleicht für den Wähler ganz interessant wäre, dies könnte vielleicht eine gewisse Befriedigung bei jenen hervorrufen, die diesen oder jenen Kandidaten gestrichen haben. Aber nicht einmal das soll der Fall sein. Es ist vielmehr im Gesetz ausdrücklich enthalten, daß alle diese Reihungen und Streichungen ein Geheimnis bleiben sollen, das wohlgehütete Geheimnis der Wahlkommission, daß öffentlich überhaupt nichts mitgeteilt werden soll, daß also der Wähler hier wirklich der Angeschwindelte ist. Er weiß nicht einmal, er erfährt überhaupt nicht, welches auch noch so bescheidene, auch noch so geringfügige Resultat sein Akt der Reihung und Streichung herbeigeführt hat.“

Ich möchte abschließend zu diesem meist diskutierten Komplex des Wahlgesetzes sagen: Es ist sicherlich kein Malheur, daß diese Bestimmungen in das Wahlgesetz hineingekommen sind. Sie bedeuten eine außerordentliche Erschwerung des Zählvorganges, eine außerordentliche Komplizierung des Wahlvorganges, aber das allein wäre noch kein Argument dagegen. Diese Bestimmung ist aber absolut wirkungslos und es wird sich dadurch überhaupt nichts ändern, ich glaube sogar, der gewollte Effekt, daß dieser oder jener naive Wähler sich täuschen läßt und meint, er könnte durch Reihungen und Streichungen eine Änderung herbeiführen, wird bei den Wahlen nicht eintreten. Ich halte die österreichischen Wähler nicht für so naiv, daß sie darauf hereinfließen.“

Sie sehen, daß der Herr Abg. Nationalrat Fischer auch immer prognostiziert hat, diese Wahlordnung wird sich fürchterlich schlecht auswirken. Die Kommunisten werden in der Wirtschaft Stimmen gewinnen. Nun, meine Damen und Herren, es ist mir unmöglich, diese ganze Rede des Nationalrates Fischer wiederzugeben, aber wenn Sie mir gestatten, werde ich unseren Berichterstatter von damals zu Worte kommen lassen.

„Abgeordneter Grubhofer: Nun zur Wahlrechtsreform. Ich bin an sich stolz darauf, daß meine Herren Vorredner in diesem Zusammenhang besonders unser kleines Bundesland Vorarlberg erwähnt haben. Scheinbar ist es ihnen doch wert, das zu erwähnen, da dort die Demokratie vielleicht doch eine besondere Prägung hat, nicht wahr, Herr Staatssekretär Fischer! Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch folgendes sagen: Sowohl Herr Abg. Dr. Pittermann als auch Herr Abg. Fischer haben hier hinsichtlich der Wahlreform grundsätzlich Stellung bezogen und Erklärungen abgegeben. Der Herr Abg. Fischer hat im Zuge seiner Ausführungen mehrmals betont, daß er absolut für das Mehrparteiensystem ist und daß er Sorge hat, daß durch dieses Streichen wer weiß was für Leute hineinkommen könnten. Er ist besorgt, es könnte dieser oder jener von uns gestrichen werden. Herr Staatssekretär, überlassen Sie diese Sorge der Österreichischen Volkspartei! Aber gestatten Sie mir, daß ich doch einen Zweifel darüber zum Ausdruck bringe, daß gerade Sie hier für das Mehrparteiensystem eintreten und weiterhin für das, was ist, plädieren. Ich weiß nicht, ist das wirklich aufrichtig von Ihnen, da Sie ja schließlich doch eine Partei vertreten, die immer wieder bewiesen hat und es erst kürzlich wieder in Ungarn unter Beweis stellte, daß sie absolut für das Einparteiwahlssystem eintritt. Sind Sie über mich nicht ungehalten, aber ich muß Ihre Aufrichtigkeit bezweifeln.“

Herr Dr. Pittermann hat gesagt, die SPO stimme nicht für die Wahlreform, die Wahlreform sei technisch eine ungeheure Verschlechterung, technisch bedinge sie wer weiß was für Plakate, die dann in den Wahlkanzleien notwendig sein werden, und wo bleibe da die Verwaltungsreform? Herr Dr. Pittermann, mich wundert es, daß gerade Sie in diesem Punkt von Verwaltungsreform sprechen. Wohin könnte eine Verwaltungsreform hinsichtlich des Wahlgesetzes und der Durchführung der Wahlen wohl führen? Ich glaube, wenn man da sparen und auf diese Art reformieren will, landet man dort, wo Sie selber es ebenfalls nicht haben wollen, nämlich bei jenem System, nach dem in Ungarn die Wahlen am letzten Sonntag durchgeführt wurden. Aber man soll nicht im Zusammenhang damit von Verwaltungsreform reden, das kann man ja sehr weit dehnen!

Die Österreichische Volkspartei hat schon in den Jahren 1946 und den folgenden Jahren von der Wahlreform gesprochen. Es ist nicht so, wie der Herr Abgeordnete Fischer sagt, daß nur Herr Staatssekretär Graf davon gesprochen hat, sondern überall, vom Burgenland bis nach Vorarlberg, stand die Wahlreform zur Debatte und hat auch Anklang gefunden, findet sie noch und wird sie auch weiterhin finden. Jedenfalls hat damals die gesamte Volkspartei, haben wohl alle Mandatare hier und in verschiedenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht, daß eine Wahlreform kommen soll und das starre Listensystem fallen müsse. Wir haben uns genau überlegt, was wir machen, wir haben Vergleiche angestellt, wir haben das aber durchaus nicht irgendwie von etwa gemacht, sondern sind auch in die anderen Länder und Staaten hinausgegangen, wo man bereits fortschrittlichere

Wahlgesetze hat, und haben erforscht, wie es dort aussieht, Wir haben in der Schweiz und in Italien gesehen, wie es gemacht wird, und sind schließlich zur Überzeugung gekommen, daß das Wahlsystem vor allem in der Schweiz der Demokratie ja doch weit nähergekommen ist als bei uns. Das ist eine andere Sache. Wir haben dann die bekannten Vorschläge eingebracht und haben gesagt: Gut, der Wähler soll Einfluß nehmen können, und zwar in der Weise, wie es schon mehrmals ausführlich dargelegt wurde, er soll Reihungen, Streichungen vornehmen und auch einen Kandidaten dazu setzen können. Wir wollten also diese drei Etappen, man kann sie vielleicht auch „Stationen“ nennen, einführen.“

Meine Herren, es ist wirklich vergebliche Mühe, das in Erinnerung zu rufen. Ich wiederhole meine Worte von Leichtfertigkeit und Leichtsinn. Wir haben die Redner aller Parteien gehört und festgestellt, wie auch genau beraten wurde im Unterausschuß und Verfassungsausschuß, und in den ganzen Beratungen habe ich überhaupt kein Wort gehört über die Aufhebung des Streichungsrechtes. Wir haben aber hier immer nur gehört: „Das habt Ihr gewollt, wir schaffen es für das Land Steiermark ab.“ Wenn schon über unseren Willen hinweggegangen wird; aber daß Ihr über die geistige Arbeit des Nationalrates, die ja auch eine gewissenhafte Erforschung war, hinweggegangen seid, daß Ihr darüber so leichtfertig hinweggeht, das hat mit Demokratie wirklich nichts zu tun. Der Herr Abgeordnete Grubhofer hat zu diesem Thema lange gesprochen und hat in Bestätigung dessen, was im Unterausschuß beraten wurde, den Nationalrat gebeten und beantragt, der Vorlage zuzustimmen. Der damaligen Vorlage ist zugestimmt worden. Es ist bekanntlich die Listenlockerung und das Reihungs- und Streichungsrecht in die Nationalratswahlordnung aufgenommen worden. Daß wir dann, wenn wir, wie nach Ihrer Erklärung zu erwarten war, in der Minderheit bleiben werden, auch in diesem Punkt der Abweichung der Landtagswahlordnung gegenüber der Nationalratswahlordnung, dies zur Grundlage einer Anrufung des Verfassungsgerichtshofes machen werden, sei wiederholt. Wenngleich sich Ihre Reihen erheblich gelichtet haben, so halte ich mich nochmals verpflichtet und erhebe den Appell, ob es denn wirklich dafür steht, die Unsicherheit in die kommende Wahl in Steiermark in dieser Weise hineinzutragen. Es ist ein Risiko. Es mögen dort andere Kräfteverhältnisse und andere Erwägungen mitspielen haben. Diesmal haben wir aber einmal das Ganze durchgesprochen und wir bleiben dabei, daß es verfassungswidrig ist, die Rechte des Wählers so verschieden bei Wahlen, die schließlich im gleichen Gebiet, nämlich im Bundesgebiet Steiermark, vollzogen werden, in zwei gesetzgebende Körperschaften so verschieden zu umreißen.

Ich habe Ihnen in Aussicht gestellt, daß ich die Beweisführung antreten könnte, daß der Stimmzettel, also richtig gesagt der tatsächliche Wahlvorgang, die Tätigkeit des Wählers bei Ausübung seines Wahlrechtes in unlöslichem Zusammenhang ist mit den übrigen Bestimmungen jeder Wahlordnung. Ich habe hier 17 solcher Variationen herausgesucht und es gab kein Land Europas, dessen

Wahlrecht mit irgend einem Wahlrecht eines anderen Landes identisch ist. Immerhin könnte ich Sie darauf hinweisen, daß zwei Länder, die in vieler Hinsicht uns verwandt sind, nicht nur der Bevölkerungszahl nach, sondern auch nach dem Volkscharakter und in gewisser Hinsicht ihren Schicksalen nach, beide auch das fakultative Stimmzettelverfahren haben. Es muß irgendwie mit der Auffassung von der Demokratie seitens der uns verwandten Völker zusammenhängen, und damit komme ich zurück auf das, was eigentlich die Debatte dieser zwei Tage beherrscht hat, und zwar der Auflösungsantrag.

Über diesen Auflösungsantrag zu sprechen ist mir verwehrt worden. Es kann doch nicht übersehen worden sein, daß der Schatten dieses Antrages über der ganzen Debatte liegt. Es war so, daß die Debatte über die Frage der Stimmzetteländerung ein wesentlich größeres Gewicht deshalb erhalten hat, weil unser Antrag auf Auflösung des Landtages vorausgegangen ist. Also nicht nur Ihr Beschluß, den Sie angekündigt haben, widerspricht unserer Auffassung von Demokratie, sondern auch die Art, wie Sie zu diesem Beschluß kommen wollen. Es muß daher einiges aus dieser stundenlangen Debatte doch noch kurz wiederholt werden.

Meine Damen und Herren, es ist von meinem Vorredner auf einen Zwischenruf bemerkt worden, er will nicht den Geist des Jahres 1934 heraufbeschwören. Er hat Beispiele aus dem Jahre 1926 angezogen und ich glaube, es ist auch in Ihren Zwischenrufen beabsichtigt gewesen, zum Ausdruck zu bringen, daß damals schon das Unglück begonnen hat, Ursache-Wirkung, Wirkung-Ursache und es entwickelte sich das, was im Jahre 1945 zum größten Zusammenbruch Österreichs geführt hat, auch zu den großen Zusammenbrüchen des demokratischen Geistes.

Am kürzesten und markantesten erscheint mir, wenn man die Demokratie als eine Symbiose zwischen Individualismus und Kollektivismus auffaßt. Wenn innerhalb eines Staates dieser Ausgleich zwischen den Interessen des Einzelnen zum Gesamtinteresse zu einem gewissen Gleichgewicht gelangt ist, dann fühlt sich die Bevölkerung in dieser Demokratie wohl und sie empfindet dies als einen Rechtsstaat.

Hier ist irgendetwas gestört in diesem Landtag heute, denn es vollzieht sich nicht ganz so, wie wir es uns vorstellen. Ich muß nochmals auf die unseligen Zeiten zurückkommen. Sie haben als Motiv Ihrer Haltung angeführt: Die kleinen Parteien müssen unterstützt werden, weil unsere Demokratie einen Entwicklungsgang nehme, der zum Zwei-Parteien-System führe. Und wenn zwei Parteien sich nicht verstünden und dann eine Partei überwiegen würde, es zu einer Entwicklung kommen könnte, die schon einmal zu diesen unseligen Zeiten geführt hat. Das hat der Abg. Taurer im Gemeinde- und Verfassungsausschuß angedeutet. Als Heilmittel betrachten Sie nun die Förderung der kleinen Parteien, nicht Partei, sondern Parteien! Es müßte Ihnen demnach recht sein, wenn Splitterparteien entstehen. Die Stunde ist zu weit vorgerückt, als daß ich eine lange historische Rückschau über die

Entwicklung im Deutschen Reich geben könnte. Kurz gefaßt, hat es schließlich vor 1933, das wir und Sie als Unglück für das Deutsche Reich empfinden, in ständigem Maße immer mehr Splitterparteien gegeben. Dies hat dazu geführt, daß die eine Partei, die durch den Führerwillen gelenkt und in ihrer Propaganda schlagkräftig war, alle anderen zersplitterte und es zur unseligen Diktatur kam. Ich will nicht schwarz malen, aber der Demokratie im Deutschen Reich hat die Förderung der Splitterparteien, die eine unweigerliche Folge des Wahlsystems war, keine guten Dienste geleistet. Ich glaube nicht, daß die weitere Entwicklung des Zweiparteiensystems, das gewiß viele Schattenseiten hat, durch die Förderung von Splitterparteien beeinflusst werden kann. Ein zweiter Gedanke, der doch noch erwähnenswert ist zu dieser späten Stunde und auch von einem Vorredner schon angedeutet wurde, — bitte mich nicht mißzuverstehen mit Zwischenrufen wie: „Wir machen die steirischen Wähler blöd oder dumm!“ — daß wir mit einer Anzahl von ungültigen Stimmzetteln rechnen müssen, weil das Kreuz nicht richtig hineingemacht wurde, eventuell auch an falscher Stelle oder für zwei Parteien, so daß der Wille des Wählers nicht erkenntlich ist. Es könnte geschehen, daß einige tausend Stimmen den Ausschlag geben, ob wir oder Sie die Stärkeren sind. Es ist wirklich nicht zu verantworten, daß so etwas Negatives den Ausschlag geben kann; es ist nicht töricht, sondern ungeschickt, wenn Wähler ihren politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen können, zum Unterschied von jenen, die ihren politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen wollen wie die Abstinenz- und Protest-Nichtwähler. Die es nicht können, werden jedenfalls mehr werden, denn einen Zettel abzugeben ist leichter, als einen zu beschreiben. Wenn diese Stimmen den Ausschlag geben, wäre es ein Fehlschluß. Das ist eine demokratische Erwägung.

Ich will in so später Stunde nicht die Stimmung verschärfen, aber es darf nicht unerwähnt bleiben, daß wir alle auf dieser Seite den Eindruck haben müssen, und dieser wird wiederholt durch Ereignisse bestärkt, daß Sie von vornherein durch einen absolut negativen Willen gelenkt sind und unserer Auffassung ein „Nein“ entgegensetzen und darüber nicht diskutieren wollen. Sie hatten hiezu Gelegenheit im Gemeinde- und Verfassungsausschuß; dort hat der Herr Landeshauptmann zu Beginn und am Schluß den Versuch unternommen, wobei wir aber wahrnehmen mußten, daß Ihr Parteisekretär, der Herr Abg. Taurer, sichtlich ohne Einvernehmen mit anderen, in die Situation mit einem glatten „Nein“ eingegriffen hat. Das ist etwas, was uns außerordentlich abstößt und was die Beratungen über dieses Gesetz und das Ergebnis, das ja schließlich zu erwarten ist, mit einem Makel behaftet. Ich habe scharfe Worte gebraucht in meiner ersten Rede zu diesem Thema und gesagt, das Gesetz möge Gesetz werden; es wird zu einer Blamage für den Steiermärkischen Landtag, die Fachleute werden es verhöhnen und die Praktiker werden es verfluchen. Ich bleibe bei diesen harten Worten und wir können nicht deutlich genug unseren Willen zum Ausdruck bringen, daß aus sachlicher Überzeugung

und nicht aus parteipolitischen Erwägungen wir dagegen stimmen werden.

Ich richte einen letzten Appell an Sie: Erwägen Sie, daß es für Sie keinen Prestigeverlust bedeuten würde, wenn Sie Ihre Zustimmung zur Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß geben würden und bei dieser Gelegenheit auch wirklich Ihren ersten Willen bekunden würden, sich mit unseren Erwägungen auseinanderzusetzen. Ich habe gesagt, daß die gestrige und heutige Debatte von unserem Antrag auf Auflösung des Landtages beschattet ist. Ich weiß nicht, ob es Absicht war, es hat aber immerhin eine Wirkung gehabt, daß Sie gleich vorweg die Erklärung abgegeben haben, Sie werden gegen diese Auflösung stimmen. Das fällt auch in das Gebiet, das wir vorhin besprochen haben. Wenn meine Definition über die Demokratie stimmt, so muß die Verfassung einen Ausweg geben. Dort wo die gesetzgebenden Körperschaften nicht mehr den Ausgleich der geistigen Kräfte schaffen, muß eine Neubildung dieser Körperschaften bewerkstelligt werden, und diesen Vorschlag haben wir Ihnen gemacht. Dieser Vorschlag ist in die zuständige Beratung gekommen und unterliegt Ihrem Beschluß. Es ist eine notwendige Folge des Beschlusses, den Sie über dieses Gesetz fassen. Ich appelliere nochmals, die sachlichen Argumente zu erwägen und das Gesetz nicht in der vom Ausschuß beantragten, sondern in der von uns vorgeschlagenen Form zu beschließen. Wenn Sie dies nicht tun wollen, dann wählen Sie den Ausweg, nämlich die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß! (Lebhafter Beifall der ÖVP.)

LH. Krainer: Ob unser Appell eine Wirkung auf Ihre Seite ausgelöst hat, wird sich zeigen. Wir werden uns selbstverständlich — darüber hat es keinen Zweifel gegeben, was immer auch im Laufe dieser Verhandlung in Zwischenrufen gegen uns behauptet wurde — der Mehrheit unterordnen, so wie im Gemeinde- und Verfassungsausschuß auch hier im Hohen Haus. Lachen Sie nicht, Herr Vizepräsident Scheer, das ist nicht zum Lachen! (Präsident Scheer: „Ich lache nicht über Ihre Ausführungen!“)

Ich will Ihnen jetzt auch offen sagen, warum wir 2 Tage über diese Vorlage oder gegen sie gesprochen haben. Wir verfolgen damit das Ziel, Ordnung und Achtung vor der Geschäftsordnung und Verfassung wieder zu erreichen oder zu erzwingen. Wir werden nie vergessen, daß im Zusammenhang mit diesem Initiativantrag die Worte gefallen sind: „Innerhalb von 3 Stunden ist der Fall erledigt!“ Wir werden das nie vergessen. Wir machen das nicht dem VdU zum Vorwurf, aber wir machen es der Sozialistischen Partei und den Beratern des VdU zum Vorwurf. Wir möchten auch feststellen, daß kein Zeitmangel vorgelegen hat, also auch keine Notwendigkeit, um diese Vorlage innerhalb von 3 Stunden durchzupeitschen. Glauben Sie nicht, daß die ÖVP-Abgeordneten, wenn sie wollten, noch in der Lage wären, über dieses Thema zu reden und zu lesen, ohne die Würde dieses Hauses zu verletzen? Sie haben ja versucht zu behaupten, wir würden die Würde dieses Hauses verletzen. Beson-

ders der Herr Abg. Pölzl hat es für notwendig befunden, uns aufmerksam zu machen, wir sollen doch nicht mehr weiter reden: Ich verstehe, warum Sie uns vorschlagen, nichts zu reden. Meine Damen und Herren, wir haben nicht 3 Stunden, sondern wir haben von dem Zeitpunkt an, wo Sie uns angekündigt haben, in 3 Stunden diese Vorlage zu beschließen, 25 Tage gebraucht. 25 Tage sind seit diesem Zeitpunkt verstrichen! Es ist also reichlich Zeit zur Überlegung gewesen und das wollten wir erreichen, daß Sie Zeit zur Überlegung finden.

Ich möchte es aber auch als kein Ruhmesblatt dieses Hohen Hauses hinstellen, daß diese Vorlage, ohne die zuständige Abteilung damit zu befassen, beschlossen wurde. Dieses Gesetz, dieser Vorschlag weist Mängel auf, Mängel, die außer Zweifel auch den Verfassungsdienst oder den Verfassungsgerichtshof beschäftigen werden. Wir haben deshalb offensichtlich in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht und demonstriert gegen diese Vorlage, nicht nur weil wir überzeugt waren, daß es eine große Zahl von ungültigen Stimmen geben wird, sondern zu sagen: So darf der Steiermärkische Landtag nicht Gesetze beschließen! Ein Gesetz so oberflächlich auszuarbeiten und überdies eine Gesetzesfrage zu einem Prestige zu machen, das dient weder der Sache noch der Demokratie. Wir haben unsere Auffassungen klar dargelegt.

Ich möchte nur noch sagen, daß was sich hinter den Kulissen im Zusammenhang mit dieser Vorlage abgespielt hat, darüber wird die Geschichte später schreiben. Die Angebote, die uns gemacht worden sind, die müssen wir selbstverständlich ablehnen. Wir werden darüber noch sprechen. Ich möchte wohl warnen, einen solchen Weg zu gehen. Ich möchte das Hohe Haus bitten, sich fern zu halten von solchen Erwägungen, im Wege des Druckes auf eine Partei ein Ziel anzustreben, das für den einen oder anderen erstrebenswert sein mag, aber niemals der Weg sein kann zu einem sicheren Ziel. Die Bevölkerung hat für solche Dinge ein feines Gefühl. Bitte, verletzen wir dieses Gefühl nicht, wir schaden damit dieser jungen Demokratie und wir wollen doch alle dieser Demokratie und unserer Heimat dienen.

Meine Damen und Herren! Parteienverhandlungen abzulehnen, bei Verhandlungen eine Arroganz an den Tag zu legen, wie dies bei Männern nicht vorkommen darf, das hat uns verstimmt und war auch mit ein Grund, um mit unseren Reden zu zeigen, daß man uns nicht überfahren und überrumpeln kann. Wir sind aber nicht hier, um uns in Streit auseinanderzusetzen, sondern um diesem Land, der Bevölkerung zu dienen. Wir haben in diesen zwei Tagen nichts versäumt. Möge es politische oder auch sogenannte objektive Kritiker geben, die glauben, uns Vorschriften machen zu können, wie man sich im Landtag zu verhalten hat, wir sind für Anregungen dankbar, Bevormundungen brauchen wir keine. Ich hoffe, daß die Einsicht, vor allem die Einsicht bei der Sozialistischen Partei wiederum siegen wird und daß solche Vorkommnisse, wie wir sie in den letzten 25 Tagen miterlebt haben, der Vergangenheit angehören.

Ich hoffe auch, daß diese Wahlordnung nicht der Anfang eines Mißtrauens gegen Wahlen, Kandida-

ten und öffentliche Körperschaften wird. Ich hoffe, daß durch entsprechende Aufklärung bis zum letzten Wähler in der Steiermark jedem bewußt wird, wie er diesen Stimmzettel zu handhaben hat. Ich hoffe, daß uns das gelingen wird. Wir verfolgen keine einseitigen Parteiinteressen dabei, sondern wir wollen, daß auch der letzte der einfachen Leute, auch der, der von Ihnen dumm genannt wurde (Abg. R ö s c h : „Nicht von uns als dumm hingestellt!“), doch in der Lage sein wird, wählen zu können. Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß der steirische Wähler trotz Ihrer Spekulation doch letztlich aus diesem komplizierten Stimmzettel eine überzeugende Entscheidung finden und treffen wird. Es wäre traurig um uns bestellt, wenn Sie nur leben oder Macht entfalten könnten, weil diese Entscheidung gerade von einem Zufall begünstigt ist. Ich hoffe, daß dieses Gesetz nicht dem Zufall Vorschub leistet, sondern daß dieser neue Stimmzettel letztlich doch, wenn er überhaupt Gültigkeit bekommt, auch in der Wählerschaft bekannt wird, damit die Wählerschaft in ihrer wirklichen Überzeugung nicht behindert ist und nicht behindert werden kann. (Beifall.)

Ich beantrage Schluß der Wechselrede. Ich möchte diesen Antrag auch begründen. Wir haben durch eineinhalb Tage in diesem Hohen Hause hier versucht, Ihnen mit Argumenten beizukommen und wir haben Überlegungen angestellt, warum man den Weg, den Sie eingeschlagen haben, nun eine neue Wahlordnung zu beschließen, nicht gehen soll. Wir haben mit innerer Überzeugung versucht, Sie davon zu überzeugen, daß dieser Weg, den Sie mit diesem Initiativantrag eingeschlagen haben, undemokratisch ist, nichts nützt und, auf die Dauer gesehen, nur schaden kann. Ob unser Appell Wirkungen auf Ihrer Seite ausgelöst hat, wird die Abstimmung ergeben. (Anhaltender starker Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Sie haben den Antrag auf Schluß der Wechselrede gehört; ich lasse über diesen Antrag abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht!)

Der Antrag ist angenommen.

Ich muß bekanntgeben, daß ich noch eine Reihe von Wortmeldungen auf der Liste gegen die Vorlage habe.

Landeshauptmann Krainer: Ich erkläre namens der vorgemerkten Redner, daß sie auf die Wortmeldung verzichten.

Präsident: Die Wortmeldung ist beendet, ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Hueber:** Da sich während der Rede des Herrn Landeshauptmannes das Haus wiederum gefüllt hat, kann ich mein Schlußwort kurz fassen. In den vielstündigen Debatten wurden Gesichtspunkte für und gegen die Annahme des Antrages auf Erlassung einer Wahlordnungsnovelle 1956, wie sie der Ausschuß beantragt hat, erörtert. Die Ausführungen der Gegenredner haben nichts ergeben, was den Berichterstatter veranlassen könnte, an dem vom Gemeinde- und Verfassungs-

ausschuß beschlossenen und gestellten selbständigen Antrag eine Änderung vorzunehmen. Das gilt auch für den von der Fraktion der ÖVP gestellten Minderheitsantrag. Ich halte daher den vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß gestellten Antrag vollinhaltlich aufrecht und wiederhole daher meinen eingangs gestellten Antrag, der da lautet:

„Der Hohe Landtag wolle die Landtagswahlordnungsnovelle 1956 in der vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß beantragten Fassung beschließen.“

Präsident: Da kein Redner mehr gemeldet ist, kann ich zur Abstimmung schreiten.

Mir liegt ein Antrag, gefertigt von einem Fünftel der Abgeordneten, vor und zwar nach § 51 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung, die Abstimmung geheim durchzuführen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Abg. Dr. Kaan: (Zur Geschäftsordnung!) Mit Rücksicht darauf, daß die Mehrheit des Landtages den Antrag auf Abhaltung einer geheimen Abstimmung abgelehnt hat, beantrage ich die namentliche Abstimmung, damit im Protokoll festgehalten wird, wer die Verantwortung für diese Wahlgesetznovelle künftig zu tragen hat.

Präsident: Ich stelle im Sinne des § 51 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Unterstützungsfrage. Der Antrag hat die notwendige Unterstützung. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Bei der Abstimmung halte ich es für angebracht, zunächst über alle Bestimmungen des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses abzustimmen, die in diesem Ausschuß einstimmig angenommen wurden. Dann über die Abänderungsanträge der ÖVP und schließlich über alle übrigen, vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß mit Mehrheit angenommenen Gesetzesteile abzustimmen.

Ich nehme die Zustimmung zu diesem Vorgang an, wenn kein Einwand erhoben wird.

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte die beiden Schriftführer, die Abgeordneten Wegart und Friedrich Hofmann zu mir auf das Podium zu kommen. Ich werde durch Schriftführer Abg. Wegart die Namen der Landtagsmitglieder aufrufen und durch Schriftführer Abg. Hofmann das Abstimmungsergebnis auf einer Liste festhalten lassen. Wer für die vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß einstimmig angenommenen Bestimmungen ist, sage beim namentlichen Aufruf „Ja“, wer gegen diese Bestimmungen ist, „Nein“.

Ich bitte um den namentlichen Aufruf:

(Abg. Wegart ruft die Abgeordneten namentlich auf.)

Abg. Afritsch: Ja	Abg. Ebner Leopold: Ja
Abg. Dr. Allitsch: —	Abg. Ebner Oswald: Ja
Abg. Bammer: Ja	Abg. Edlinger: Ja
Abg. Berger: Ja	Abg. Ertl: Ja
Abg. Brandl: Ja	Abg. Gruber: Ja

Abg. Hafner: Ja	Abg. Dr. Pittermann: Ja
Abg. Hegenbarth: Ja	Abg. Pölzl: Ja
Abg. Hirsch: Ja	Abg. Dr. Rainer: Ja
Abg. Hofbauer: Ja	Abg. Rösch: Ja
Abg. Hofmann: Ja	Abg. Sebastian: Ja
Abg. Hofmann-Wellenhof: Ja	Abg. Dr. Speck: Ja
Abg. Horvatek: Ja	Abg. Schabes: Ja
Abg. DDr. Hueber: Ja	Abg. Scheer: Ja
Abg. Dr. Kaan: Ja	Abg. Schlacher: Ja
Abg. Ing. Kalb: Ja	Abg. Stiboller: Ja
Abg. Ing. Koch: Ja	Abg. Stöffler: Ja
Abg. Koller: Ja	Abg. Strohmayer: Ja
Abg. LH. Krainer: Ja	Abg. Taurer: —
Abg. Lackner: Ja	Abg. Wallner: Ja
Abg. Lendl: Ja	Abg. Wegart: Ja
Abg. Matzner Fritz: Ja	Abg. Weidinger: Ja
Abg. Matzner Maria: Ja	Abg. Wernhard: Ja
Abg. Operschall: Ja	Abg. Wolf Sophie: Ja
Abg. Peterka: Ja	Abg. Wurm: Ja

Präsident: Ich stelle fest, daß dieser Teil der Vorlage einstimmig angenommen wurde.

Wir schreiten zur Abstimmung über den von der ÖVP-Fraktion als Minderheit im Gemeinde- und Verfassungsausschuß eingebrachten Antrag. Ich ersuche die Abgeordneten, die für diesen Minderheitsantrag eintreten, mit „Ja“, die nicht dafür eintreten, mit „Nein“ zu stimmen.

Abg. Afritsch: Nein	Abg. Lendl: Nein
Abg. Dr. Allitsch: —	Abg. Matzner Fritz: Nein
Abg. Bammer: Nein	Abg. Matzner M.: Nein
Abg. Berger: Ja	Abg. Operschall: Nein
Abg. Brandl: Nein	Abg. Peterka: Nein
Abg. Ebner Leopold: Ja	Abg. Dr. Pittermann: Ja
Abg. Ebner Oswald: Ja	Abg. Pölzl: Nein
Abg. Edlinger: Nein	Abg. Dr. Rainer: Ja
Abg. Ertl: Ja	Abg. Rösch: Nein
Abg. Gruber: Nein	Abg. Sebastian: Nein
Abg. Hafner: Nein	Abg. Dr. Speck: Nein
Abg. Hegenbarth: Ja	Abg. Schabes: Nein
Abg. Hirsch: Ja	Abg. Scheer: Nein
Abg. Hofbauer: Nein	Abg. Schlacher: Ja
Abg. Hofmann: Nein	Abg. Stiboller: Ja
Abg. Hofmann-Wellenhof: Ja	Abg. Stöffler: Ja
Abg. Horvatek: Nein	Abg. Strohmayer: Nein
Abg. DDr. Hueber: Nein	Abg. Taurer: —
Abg. Dr. Kaan: Ja	Abg. Wallner: Ja
Abg. Ing. Kalb: Nein	Abg. Wegart: Ja
Abg. Ing. Koch: Ja	Abg. Weidinger: Ja
Abg. Koller: Ja	Abg. Wernhard: Nein
Abg. LH. Krainer: Ja	Abg. Wolf Sophie: Ja
Abg. Lackner: Nein	Abg. Wurm: Nein

Präsident: Der Minderheitsantrag erscheint mit 26 gegen und 20 Stimmen dafür abgelehnt. Ich schreite nun zur Abstimmung über jene Anträge, die im Gemeinde- und Verfassungsausschuß mit Mehrheit angenommen worden sind, das sind die restlichen Anträge. Ich bitte um Verlesung der Namen und ersuche zur Klarstellung jene Abgeordneten, die für den mit Mehrheit im Gemeinde- und Verfassungsausschuß angenommenen Antrag

stimmen, mit „Ja“, und jene, die dagegen stimmen, mit „Nein“ zu antworten.

Abg. Afritsch: Ja	Abg. Horvatek: Ja
Abg. Bammer: Ja	Abg. DDr. Hueber: Ja
Abg. Berger: Nein	Abg. Dr. Kaan: Nein
Abg. Brandl: Ja	Abg. Ing. Kalb: Ja
Abg. Ebner Leop.: Nein	Abg. Ing. Koch: Nein
Abg. Ebner Osw.: Nein	Abg. Koller: Nein
Abg. Edlinger: Ja	Abg. LH. Krainer: Nein
Abg. Ertl: Nein	Abg. Lackner: Ja
Abg. Gruber: Ja	Abg. Lendl Hella: Ja
Abg. Hafner: Ja	Abg. LR. Matzner: Ja
Abg. Hegenbarth: Nein	Abg. Matzner Maria: Ja
Abg. Hirsch: Nein	Abg. Operschall: Ja
Abg. Hofbauer: Ja	Abg. Peterka: Ja
Abg. Hofmann: Ja	Abg. Dr. Pittermann: Nein
Abg. Hofmann-Wellen- hof: Nein	Abg. Pölzl: Ja
	Abg. Dr. Rainer: Nein

Abg. Rösch: Ja	Abg. Strohmayer: Ja
Abg. Sebastian: Ja	Abg. Wallner: Nein
Abg. Dr. Speck: Ja	Abg. Wegart: Nein
Abg. Schabes: Ja	Abg. Wernhard: Ja
Abg. Scheer: Ja	Abg. Weidinger: Nein
Abg. Schlacher: Nein	Abg. Wolf Sophie: Nein
Abg. Stiboller: Nein	Abg. Wurm: Ja
Abg. Stöffler: Nein	

Das Abstimmungsergebnis ist in diesem Falle 26 für die Vorlage und 20 gegen die Vorlage. (Beifall bei SPO und WdU.) Damit erscheint die Vorlage mit der im Gemeinde- und Verfassungsausschuß beantragten Fassung angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen. Ich werde die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen.

Ende: 0.10 Uhr.